

UNIVERSITE DE NEUCHÂTEL - FACULTE DE DROIT
Section des Sciences commerciales, économiques et sociales

Ueber die Investition und ihre Rolle in der Planwirtschaft

Ein Beitrag
zum Problem der marktwirtschaftlichen und der
planwirtschaftlichen Regelung
der Kapitalbildung

THÈSE

présentée à la Section des Sciences commerciales,
économiques et sociales
de la Faculté de Droit de l'Université de Neuchâtel
pour obtenir le grade de
Docteur ès sciences commerciales et économiques

par

ERNST BLEULER

Licencié ès sciences commerciales et économiques

IMPRIMERIE JOSEF BENZ & CO., BREMGARTEN/AG

1 9 5 3

Monsieur Ernst Bleuler, de Herrliberg (ZH), est autorisé à imprimer sa thèse de doctorat ès sciences commerciales et économiques: „Ueber die Investition und ihre Rolle in der Planwirtschaft". Il assume seul la responsabilité des opinions énoncées.

Neuchâtel, le 29 mars 1952.

Le Directeur de la Section des sciences
commerciales, économiques et sociales,

P.-R. ROSSET

INHALTSVERZEICHNIS

Vorwort	Seite V
Einleitung	VII

I. ABSCHNITT

I. Kapitel: Das Kapital als Produktionsfaktor

1. Allgemeines über Begriff und Wesen des Kapitals	1
2. Arten des Produktivkapitals	4
Zirkulierendes und fixes Kapital	
Dauerhafte und nicht dauerhafte Kapitalgüter	
Spezifische und nicht spezifische Produktionsmittel	
3. Kapitalbildung	6
4. Die Quellen der Kapitalbildung	14

2. Kapitel: Spezielle Probleme der Investition

1. Vom Begriff der Investition	19
2. Beziehungen zwischen Konsumtion und Investition (Beschleunigungsprinzip)	24
3. Investitionsschwankungen und zirkulierendes Kapital	27
4. Keynes und das Problem der Investition	37

II. ABSCHNITT

I. Kapitel: Die Planwirtschaft

1. Allgemeines	50
2. Das Problem der Wirtschaftsrechnung	55
3. Das Beispiel der sowjetrussischen Planwirtschaft	58
Entwicklung	
Investition und Produktion	

2. Kapitel: Die Investitionspolitik der englischen Planwirtschaft

1. Die Wandlungen der britischen Wirtschaftsstruktur als Ausgangslage	66
2. Produktionsziele und Investitionsaufgaben	71
3. Die Investitionstätigkeit im Rahmen der wirtschaftlichen Gesamtentwicklung	74
4. Bemerkungen zur britischen Investitionspolitik	85
5. Streiflicht in die Verstaatlichung	88
Schluss	91
Literaturverzeichnis	95

Vorwort

Der zweite Weltkrieg brachte der Planwirtschaft unter dem Zwange der Verhältnisse eine unerwartete Verbreitung, nachdem vorher von den bedeutenderen Staaten nur Russland, Deutschland und Italien dieses Wirtschaftssystem gekannt haben. Die als Kriegswirtschaft zu bezeichnende Planwirtschaft hat einen mächtigen Apparat geschaffen, Gesetze aufgestellt, Wirtschaftszweige aufgelöst oder eingeführt und mit Unterstützung der durch die ausserordentlichen Zeitumstände in einer Zwangslage stehenden Völker ihre Aufgabe — Mobilisierung der gesamten Wirtschaft für die Kriegsführung — tatsächlich auch befriedigend erfüllt.

Zu dieser bemerkenswerten Tatsache kommt aber nun die Entwicklung in der Nachkriegszeit hinzu, die dadurch gekennzeichnet ist, dass die — nun nicht mehr kriegsnotwendige — Planung aus anderen Gründen beibehalten wurde, denken wir nur an die Niederlande, an England, an Schweden, Frankreich und die osteuropäischen Staaten.

Der Krieg hat — wie immer — den Tendenzen, die auf Beseitigung oder Korrektur der herrschenden Ordnung hinzielen, neuen Auftrieb gebracht. Die Opfer und Entbehrungen, die sich das ganze Volk eines Staates auferlegen musste, fanden ihre Reaktion in dem Begehren, dafür im Frieden durch eine Erhöhung des Lebensstandards und Sicherung der Existenz vor Not entschädigt zu werden. Tatsächlich wurden zum Teil noch in der Kriegszeit auf sozialem Gebiet grosse Pläne und Programme aufgestellt oder in Kraft gesetzt. So erhielt England im sog. Beveridge-Plan ein umfassendes System sozialer Versicherung, und so ist in der Schweiz die Alters- und Hinterbliebenenversicherung entstanden. Auf politischem Boden fand diese vorauszusehende Strömung ihren Niederschlag im Aufkommen von Parteien, die nicht nur schon lange für den grosszügigen Ausbau der Sozialgesetzgebung gekämpft hatten, sondern die auch den Gedanken des Kollektivismus auf wirtschaftlichem Gebiet noch viel ausgeprägter verwirklichen wollten, und die über die Aenderung der Einkommensverteilung und über die Verstaatlichung bis zur absoluten Planwirtschaft zu schreiten gewillt sind.

Als weiterer, entscheidender Grund für die Beibehaltung der Planwirtschaft sind ferner die grosse Güterknappheit zu nennen, sowie die durch den Krieg aus dem Gleichgewicht geratene Wirtschaft, die Verknappung der Währungsreserven und die gleichfalls kriegsbedingte Verschiebung des Schwergewichtes der Weltwirtschaft.

Diese Tatsachen bewogen viele Menschen, der Planwirtschaft grössere Chancen zu geben als der freien Marktwirtschaft, die nicht nur 6 Jahre zurücklag und zudem noch infolge der vergangenen Krisenjahre bei manchem in unliebsamer Erinnerung war, sondern von der man auch annahm, dass sie durch die Freiheiten, die sie in der Konsum- und Produktionsphäre dem Individuum gewährt, niemals in der Lage wäre, der grossen Schwierigkeiten in nützlicher Frist Herr zu werden.

Die Erfahrungen, die aber bis jetzt gemacht wurden, und die Vergleiche, die zwischen einzelnen Ländern möglich sind, haben jedoch gezeigt, dass die Planwirtschaft der Marktwirtschaft durchaus nicht überlegen war, als es sich darum handelte, die friedensmässige Güterversorgung und das wirtschaftliche Gleichgewicht zurückzugewinnen. Es lässt sich auch beweisen, dass die Planwirtschaft eine strukturelle Umschichtung der Wirtschaft in manchen Beziehungen schlechter und in vielem nicht besser als die Marktwirtschaft durchzuführen imstande ist.

In der durch diese Situationen charakterisierten Nachkriegszeit rückte naturgemäss das Problem der Kapitalbildung in den Vordergrund, und die Planwirtschaft musste sich deshalb als einer der wichtigsten Aufgaben auch mit der Frage der volkswirtschaftlichen Investitionstätigkeit befassen. Letztere spielte zwar schon vorher in Wirtschaftstheorien, die der zentralgeleiteten Wirtschaft zuneigten, eine wichtige Rolle, allerdings eher als Instrument zur Erreichung und Erhaltung der Vollbeschäftigung. Unverkennbar haben diese Theorien die Politik der Nachkriegswirtschaft in einigen Staaten noch sehr beeinflusst. Es ist deshalb interessant zu verfolgen, wie die Planwirtschaft die unmittelbaren Aufgaben der Nachkriegszeit — Ankurbelung der Produktion und Anpassung an die neuen Verhältnisse — zu lösen und mit ihren anderen Zielen in Uebereinstimmung zu bringen versuchte. Hiezu soll unsere Arbeit — im Ausschnitt der Investitionstätigkeit — einen Beitrag liefern.

Einleitung (Problemstellung)

In der vorliegenden Arbeit soll uns das Problem der Investition nicht in erster Linie unter dem konjunkturellen Aspekt der Vollbeschäftigung interessieren und vor allem nicht dazu dienen, Erklärungen zum allgemeinen Konjunkturablauf zu liefern, sondern wir wollen versuchen, die Problematik einer planwirtschaftlichen Investitionstätigkeit in einer inflatorischen, der Knappheit an Produktionsmitteln unterworfenen Wirtschaft aufzuzeigen. Es wird gefragt, ob im Gegensatz zur marktwirtschaftlichen Ordnung die zentralgeleitete Planwirtschaft besser und eher in der Lage ist, eine gleichgewichtsgestörte Volkswirtschaft durch eine gelenkte Investitionstätigkeit ins Gleichgewicht zurückzuführen und ob sie darüber hinaus auch nach erreichtem Gleichgewicht fähig ist, dieses durch ihr System von Ordnungsmassnahmen aufrecht zu erhalten. Wir werden anhand einiger Beispiele sehen, unter welchen Bedingungen eine Planwirtschaft ihre Investitionspolitik durchführt. Ferner interessiert es uns, ob die zentrale Planung der Investition tatsächlich in der Lage ist, den gesamten Wohlstand einer Volkswirtschaft ohne Hilfe von aussen planmässig zu heben und auf einen früher unter wesentlich günstigeren Bedingungen innegehabten Stand zurückzuführen.

Es ist selbstverständlich nicht möglich, alle damit verbundenen Probleme zu behandeln; man müsste zu diesem Zweck den Kreis der Arbeit zu weit ziehen. Eine Einbeziehung aller die Kapitalbildung beeinflussenden Faktoren hätte insbesondere eine zu grosse Auflockerung des theoretischen Teils zur Folge gehabt (denken wir z. B. nur an das Zinsproblem!) Indessen war es notwendig, innerhalb der gesteckten Begrenzung des Themas auf die wichtigsten fundamentalen Begriffe zurückzugehen und sie in dem Sinne zu umschreiben, in dem sie in der vorliegenden Arbeit aufgefasst werden sollen. Es wird dadurch versucht, Missverständnisse, die sich infolge der in den Wirtschaftswissenschaften oft sehr unterschiedlichen Begriffsauffassungen ergeben könnten, zu vermeiden und wenigstens im Rahmen dieses Ausschnittes eine einheitliche Linie zu wahren.

Der erste Abschnitt der vorliegenden Arbeit ist vorwiegend theoretisch ausgerichtet. Die Theorie Keynes' konnte selbstverständlich nicht übergangen werden, und andererseits sind es die Vertreter der „Oesterreichischen“ Schule, die neben Keynes und anderen Anglo-Amerikanern wertvolle Beiträge zu diesem Problem geliefert haben. Der zweite Abschnitt ist demgegenüber der Rolle der Investi-

tionen innerhalb der Planwirtschaft gewidmet. Da die Planwirtschaft keinen eigenen wirtschaftlichen Gesetzmässigkeiten untersteht, sondern eben jenen, die für das Wirtschaften schlechthin — also auch für die Markt- oder Konkurrenzwirtschaft — gültig sind, finden wir hier vor allem praktische Aufzeichnungen. Es wäre an sich wünschenswert gewesen, wenn neben der verhältnismässig kurzen Abhandlung über die sowjetrussischen Erfahrungen und der eingehenden Untersuchung der britischen Nachkriegs-Wirtschaftspolitik auch noch andere Länder hätten berücksichtigt werden können, besonders hätte uns Schweizer z. B. die schwedische Investitionspolitik interessiert (die allerdings einer Verarbeitung aus sprachlichen Gründen schwer zugänglich ist), doch darf das Beispiel Grossbritanniens als das Anschaulichste und Bedeutendste gelten. Die hier gemachten Erfahrungen treffen zudem mehr oder weniger auch auf andere Planwirtschaftsexperimente zu.

Es muss betont werden, dass sich die Ausführungen über England in der Hauptsache auf die eigentliche Nachkriegszeit beschränken, die im Jahre 1948 zu Ende ging; das Jahr 1947 kann als letztes wirkliches Nachkriegsjahr angesprochen werden. Es handelt sich also um die Periode, in der die kriegsbedingte absolute Lenkung der Produktion in anderen Ländern abgebaut wurde und sich die Frage stellte, ob das wirtschaftliche Gleichgewicht durch die Planwirtschaft oder die Marktwirtschaft schneller erreicht sei. In Zusammenhang mit diesen Problemen stehen wiederum eine Reihe interessanter Fragen, so zum Beispiel, ob Produktion, Distribution und Konsumtion in ihren Grössen durch die Planungsstelle genügend genau bestimmt werden können und insbesondere, wie ein Investitionsprogramm in Wirklichkeit funktioniert. Das Problem der planwirtschaftlichen Lenkung der Investitionen, d. h. die Festsetzung deren Gesamtgrösse und die Verteilung auf die einzelnen Wirtschaftszweige ist Gegenstand des zweiten Abschnittes.

1. ABSCHNITT

I. Kapitel: Das Kapital als Produktionsfaktor

1. Allgemeines über Begriff und Wesen des Kapitals

Von den zahlreichen verschiedenen Kapitalbegriffen interessiert uns hier vor allem jener, der das Kapital als Produktionsfaktor umfaßt. In diesem Zusammenhang wird das Kapital auch als Produktivkapital bezeichnet, worunter alle jene produzierten sachlichen Güter verstanden werden, denen im wirtschaftlichen Produktionsprozess eine bestimmte Rolle zukommt und die sich, soweit es sich um sog. Konsumgüter handelt, noch nicht in den Händen der Konsumenten befinden. Unter Kapital in diesem Sinn werden demnach allgemein „produzierte Produktionsmittel“ verstanden, d. h. wirtschaftliche Güter, die ihre Existenz auf bereits bestehende Produktionsmittel (im weitesten Sinn) aufbauen und die ihrerseits dazu bestimmt sind, weitere wirtschaftliche Sachgüter, in letzter Linie solche des persönlichen Verbrauchs, zu erzeugen. Die Konsumgüterproduktion ist „nur“ noch die Schlussphase einer langen Produktionskette, die nach oben (dem Anfang zu) immer schmaler wird. Diese vertikale Interdependenz der Produktion wird dann noch durch die horizontale erweitert (z. B. Transportmittelindustrie: Auto, Flugzeug, Schlepper, Eisenbahn).

Allerdings ist zu bemerken, dass dem Kapital die Eigenschaft als selbständiger Produktionsfaktor von mancher Seite abgesprochen oder der Begriff auf Grund und Boden ausgedehnt wird (Eucken und Hicks). Der häufigste Einwand argumentiert, dass alle Kapitalgüter aus der Kombination von Arbeit mit dem Boden hervorgegangen sind und folglich nur diese beiden Kategorien der Produktionsmittel als eigentliche Produktionsfaktoren betrachtet werden können. Dem Kapital wird dann höchstens noch der Charakter eines abgeleiteten, aber nicht selbständigen (im Gegensatz zu den ursprünglichen) Produktionsfaktors zugebilligt.¹ Indessen steht bei näherer Betrachtung

1 Walter Eucken: „Kapitaltheoretische Untersuchungen“, S. 54.

„Alles wäre in Ordnung — wenn festzustellen wäre, was eigentlich dieser dritte Produktionsfaktor ist. Die produzierten Produktionsmittel, häufig „Volkswirt-

ausser jedem Zweifel, dass das Kapital als eine selbständige wirtschaftliche Kategorie angesehen werden muss. Wäre es nichts anderes als eine technische Verbindung der beiden ursprünglichen Produktionsfaktoren, so müsste man es jederzeit durch eine entsprechende Anzahl derselben wieder ersetzen können, und die zu seiner Herstellung erforderlichen Mengen dieser beiden Faktoren Arbeit und Boden müsste zusammen dasselbe Produktionsergebnis erzielen. Ist dies aber schon technisch in den wenigsten Fällen möglich, so ist es wirtschaftlich fast durchwegs unmöglich.

Betrachten wir die Bewertung des Kapitals in der Wirtschaft, so ist sofort erkenntlich, dass es neben der Arbeit und dem Boden durchaus gleichwertig dasteht, dass es in der Wirtschaftsrechnung des Unternehmers als gleichrangige Grösse fungiert.² Dank der Mitwirkung des Kapitals ist die Produktion ungleich leistungsfähiger als vorher. Es ermöglichte die Nutzbarmachung vieler Naturkräfte im Dienste der Wirtschaft, die früher brach gelegen haben. Es ist demnach wirtschaftlich betrachtet nicht von grosser Bedeutung, dass das Kapital aus den beiden anderen Produktionsfaktoren hervorgegangen ist, denn auch das Problem der Substitution der Produktionsfaktoren ist vor allem ein wirtschaftliches, denn wenn es auch technisch möglich ist, zwei Produktionsfaktoren untereinander zu ersetzen, so sind doch die wirtschaftlichen Voraussetzungen und die Ergebnisse jeweils sehr verschieden.

schaftliches Kapital" oder „Realkapital" genannt, scheiden aus. Sie sind Ergebnisse der Produktion und stellen keinen Produktionsfaktor dar."

J. R. Hicks: „The Social Framework", S. 38.

„Land, which nineteenth-century economics used to reckon as a third factor of production, is here included in Capital."

Auch Walras und Fisher sind ähnlicher Ansicht.

Der Begriff „produzierte Produktionsmittel" ist ein genetischer, weshalb er von verschiedenen Nationalökonomern durch einen anderen ersetzt wird (z. B. Hayek, Wickseil). Nach deren Auffassung ist es nicht so entscheidend, zu betonen, dass dieses Produktionsmittel produziert worden sei, sondern dass es nicht permanent sei und deshalb ersetzt werden muss, soll ein unveränderter Einkommensstrom aufrechterhalten werden. Kapital wird deshalb auch als nicht permanentes Produktionsmittel definiert. Der Blick richtet sich bei dieser Definition „vorwärts" und nicht „rückwärts".

2 Alfred Amonn: „Volkswirtschaftliche Grundbegriffe und Grundprobleme", S. 79.

„Daher werden sie (die produzierten Produktionsmittel, d. Verf.) auch verschieden und unabhängig von diesen (Boden und Arbeit) wirtschaftlich bewertet und in Rechnung gestellt und darauf kommt es in der Wirtschaft an. Dem liegt aber in letzter Linie die verschiedene Art und Weise zugrunde, in welcher die verfügbare Menge dieser Art von Produktionsmittel oder ihre ‚Knappheit' bestimmt ist."

Das Hervorgehen des Kapitals aus den beiden anderen Produktionsfaktoren ist vor allem in genetischer Beziehung interessant. Die Erzeugung von produzierten Produktionsmitteln ist dadurch möglich geworden, dass der Mensch in einer bestimmten Periode entweder mehr gearbeitet, als es der unmittelbare Bedarf erfordert hätte, oder dass er seinen Konsum unter das bisherige Niveau gesenkt hat. Er konnte sich so einen Vorrat häufen, der ihn für eine zeitlang der Sorge um die Existenzsicherung weitgehend entthob und ihm erlaubte, diese Zeit der Verfertigung von Geräten (Jagdwaffen, Haushaltsgeräte usw.) zu widmen, mit deren Hilfe ihm alsdann die Beschaffung der Nahrung, Kleidung und Wohngelegenheiten leichter fiel, oder mit denen er wiederum andere, grössere oder vollkommene Werkzeuge herzustellen vermochte. Er konnte aber auch die aufgewendete Mehrarbeit unmittelbar für die genannten Zwecke reservieren, ohne sich zuerst einen Subsistenzmittelvorrat anzulegen. Durch die Anwendung solcher Hilfsmittel ist die Gütererzeugung allmählich immer mehr gesteigert und erweitert worden und er hat sich im Laufe der Geschichte die Produktion im weiteren Sinne zu ihrer typischen kapitalistischen Form entwickelt, indem der Grossteil der Produktionsmittel nicht mehr für den unmittelbaren Konsumbedarf, sondern für die Erzeugung von sachlichen Produktionsgütern, von Kapital, arbeitet. Die Produktivität der Wirtschaft hängt aber nicht nur von der absoluten Menge der jeweils vorhandenen Produktionsfaktoren ab, sondern auch von der Kombination derselben.³

Ein weiteres wesentliches Merkmal des Produktionsfaktors Kapital ist die Tatsache, dass es selbst im Produktionsprozess mehr oder weniger rasch untergeht. Nach der Dauerhaftigkeit unterteilt man deshalb die produzierten Produktionsmittel in dauerhafte und nicht dauerhafte oder in fixes und zirkulierendes Kapital, wobei unter erstem jene Güter gemeint sind, die im allgemeinen mehrere Produktionsprozesse überdauern und sich erst im Laufe der Zeit abnutzen, und unter letzterem diejenigen Produktionsgüter, die im Ablauf des Produktionsprozesses auf einer Produktionsstufe aufgebraucht werden. Der Unterschied zwischen fixem und zirkulierendem Kapital wird uns später noch beschäftigen.

³ Die Bewirtschaftung eines ausgedehnten landwirtschaftlichen Areals kann bei wenig menschlicher Arbeitskraft nur mit Hilfe von Motoren, arbeitssparenden Geräten und Maschinen (Kapital) ertragreich gemacht werden, oder es braucht sehr viel Menschen. Fehlt einer der beiden Produktionsfaktoren in genügender Menge, so nimmt der Ertrag (die Produktivität) entsprechend ab.

2. Arten des Produktionskapitals

Zirkulierendes und fixes Kapital

Eine kurze Betrachtung der Unterschiede zwischen dem fixen Kapital und dem zirkulierenden ist nicht nur empfehlenswert im Hinblick auf die konkreten wirtschaftlichen Vorgänge auf dem Gebiete der Produktion, sondern auch im Hinblick auf die wirtschaftstheoretische Diskussion. Die Theorie des Kapitals ist noch weit entfernt davon, eine Einheit zu sein. Auf der einen Seite haben wir die anglo-amerikanische Betrachtungsweise, die sich in ihren Untersuchungen vollständig auf das Fixkapital stützt und die Rolle dieses Kapitals in der Wirtschaft beschreibt. Für sie besteht also wenigstens theoretisch das Kapital nur aus dauerhaften Gütern und nur diese werden von ihr als Kapitalgüter bezeichnet⁴. Vertreter der sog. „oesterreichischen Schule, z. B. K. Wicksell und F. von Hayek⁵, stützen sich hauptsächlich auf die Theorie Böhm-Bawerks und unterstreichen vor allem die Rolle des zirkulierenden Kapitals im Zusammenhang mit der Dauer des Produktionsprozesses, da nach ihrer Meinung diese Betrachtungsweise die charakteristischen Züge des Kapitals am besten beschreiben könne. Als charakteristischer Grundzug aller Kapitalgüter wird im Gegensatz zu den „Anglo-Amerikanern“ die Vergänglichkeit („non-permanence“) der Kapitalgüter hervorgehoben, so dass die Emphase auf die Notwendigkeit der kontinuierlichen Reproduktion des Kapitals gelegt wird, während die andere Betrachtungsweise die dauerhaften Güter so behandelt, als wenn sie nur periodisch oder nichtkontinuierlich ersetzt werden müssen.

Basierend auf diesen Grundlagen, kommen die beiden Richtungen in vielen Fällen zu andersartigen Erklärungen und Ergebnissen. So erklären die Anglo-Amerikaner die Notwendigkeit der Kapitalvermehrung aus einer lateralen Ausdehnung der Produktion, d. h. einer blossen Vermehrung der bereits existierenden Kapitalgüter. Die „Oesterreicher“ andererseits sagen, dass eine Kapitalvermehrung deshalb nötig sei, um Aenderungen in der Produktionstechnik zu ermöglichen (Kombination der Produktionsfaktoren), was zu einer Verschiebung in der Länge des Produktionsprozesses führt. Ferner nehmen die Anglo-Amerikaner an, dass die Nachfrage nach Kapitalgütern in derselben Richtung wie die der Konsumgüter geht, jedoch in verschärfter Weise. Die Oesterreicher andererseits glauben, dass sie gerade in umgekehrter Richtung wie die Nachfrage nach

⁴ Fisher, Marshall u. a.

⁵ ... jedoch nicht Menger, Wieser und Schumpeter.

Konsumgütern geht.⁶ Es braucht nicht speziell betont zu werden, dass zwischen diesen beiden Richtungen tiefe Kluften bestehen, die bis anhin noch nicht wirklich überbrückt werden konnten.

Dauerhafte und nicht dauerhafte Kapitalgüter

Die geläufige Unterteilung in zirkulierendes und stehendes Kapital stimmt überein mit der Dauerhaftigkeit der Kapitalgüter, wobei die dauernden Kapitalgüter mit dem stehenden, die nicht dauerhaften mit dem zirkulierenden Kapital identifiziert werden. Daneben gibt es noch die vom Unternehmerstandpunkt aus wichtige, volkswirtschaftlich jedoch nicht brauchbare Unterscheidung, ob ein Gut in einem Unternehmen Produkt oder Produktionsmittel ist. So kann eine Maschine in einem Unternehmen zirkulierendes Kapital sein, in jenem Betrieb, der sie kauft, wird sie aber vielleicht zu fixem Kapital. Solange ein Gut seine endgültige Gestalt noch nicht besitzt, solange es also im Entstehungs- oder Produktionsprozess ist, gehört es zum zirkulierenden Kapital. Zum zirkulierenden Kapital rechnen wir auch jene Güter, die ihre endgültige Gestalt erst auf der Konsumgüterstufe erreichen, m. a. W., die den Produktionsprozess so lange durchlaufen, bis sie direkt verbrauchsreif sind. Das zirkulierende Kapital wechselt so manchesmal seine Gestalt, so viele Produktionsstufen vorhanden sind, die es durchläuft. Eine klare volkswirtschaftliche Unterscheidung dieser beiden Kapitalarten gibt es jedoch nicht, die Grenzen sind vielfach verwischt, und oft führt auch eine Identifizierung mit den dauerhaften, resp. nicht dauerhaften Kapitalgütern zu keinem brauchbaren Resultat.

Die relative Dauerhaftigkeit eines Kapitalgutes manifestiert sich in zweifacher Weise. Wir haben die Möglichkeit, die Dauerhaftigkeit des Gutes zum voraus zu bestimmen, und zwar durch die Art und Mengen der dafür aufgewendeten Produktionsmittel⁷. Je zahlreicher und qualitativ besser die Produktionsmittel sind, umso dauerhafter wird das Gut. Es kann dann nachher natürlich mehr oder weniger intensiv benutzt werden, aber dann steigt oder sinkt auch seine Dienstleistung. Andererseits gibt es Güter, die einer bestimmten Quantität und Qualität aufgewendeter Produktionskraft bedürfen, deren Dauerhaftigkeit aber dann ganz von der Intensität ihrer Nut-

6 F. A. von Hayek: „The pure Theory of Capital“, S. 49 ff.

7 z. B. können wir ein Haus bauen, das unter einer gewissen Beanspruchung ca. 10 Jahre standhält, oder eines, das Jahrhunderte überdauert, je nach den Mitteln, die wir verwenden. Selbstredend unter der Voraussetzung, dass seine Dienste überhaupt in Anspruch genommen werden.

zung bestimmt ist⁸. Natürlich sind dies Extremfälle, die als solche kaum auftreten, sondern es werden in der Wirklichkeit diese beiden Komponenten immer ineinanderspielen, wenn auch mit stärkerer Betonung einmal dieser, einmal der anderen Seite.

Spezielle und nichtspezielle Produktionsmittel

Wieder eine andere Unterscheidung ist diejenige zwischen Produktiv-(Kapital-)gütern, die in allen oder den meisten Produktionsstufen Verwendung finden können, und Produktivgütern, die nur in einer beschränkten Anzahl solcher Stufen verwendet werden.

Die allseitig oder vielseitig verwendbaren Kapitalgüter gehören zu den nichtspezifischen Produktionsmitteln (zu denen dann noch, unter Vorbehalt allerdings, die menschliche Arbeit d. h. fast alle ursprünglichen Produktionsmittel zu zählen wären). Die beschränkt einsetzbaren Güter heissen im Gegensatz dazu spezifische Produktionsmittel⁹. Diese Unterscheidung kann nicht als absolut gelten und ist nicht überall anwendbar, besitzt jedoch einen relativen Wert, insbesondere in Bezug auf die Beweglichkeit der Produktionsfaktoren.

3. Die Kapitalbildung

Weil der Produktionsfaktor „Kapital“ der Abnutzung und dem Verzehr unterworfen ist, ist die Wirtschaft gezwungen, immer wieder dafür zu sorgen, dass als Ersatz für die untergehenden neue Kapitalgüter erzeugt werden, um den Bestand auf seiner alten Höhe zu halten. Diesen Vorgang nennt man allgemein die Reproduktion des Kapitals. *Vermag* die Reproduktion diesen Bestand nicht mehr zu erreichen, so spricht man von Kapitalverzehr.¹⁰

Um einen grösseren Aussagewert zu erhalten, wird aber das Kapital in Beziehung mit der Bevölkerungsgrösse gesetzt; es kann nicht mehr nur mit den absoluten Grössen operiert werden, denn die gleichbleibende Güterversorgung ist nur bei unveränderter Bevölkerungsziffer durch die Reproduktion gesichert. Bei zunehmender Bevölkerung sinkt jedoch die Kapitalquote pro Kopf und es stellen sich

⁸ Hierunter fallen z. B. Geräte, Maschinen usw., die, damit sie überhaupt gemacht werden können, eine bestimmte minimale Menge und Qualität von Produktionsfaktoren benötigen. Je nach dem Grade ihrer Nutzung variiert dann die Lebensdauer.

⁹ F. A. von Hayek: *Preise und Produktion*, S. 71 ff.

¹⁰ Spricht man von Kapitalbestand, so denkt man in erster Linie an „fixes Kapital“.

die gleichen Folgen wie beim Kapitalverzehr ein, wenn die Konsumgüternachfrage pro Kopf gleichbleibt. Damit die Güterversorgung auf dem alten Niveau gehalten werden kann, muss also die Produktion von Kapital absolut erhöht werden, und soll sich die Güterversorgung verbessern, so braucht es dazu noch eine Kapitalvermehrung pro Kopf der Bevölkerung. Daraus folgt, dass es bei einer sinkenden oder unveränderten Einwohnerzahl geringerer Anstrengungen bedarf, die Kapitalausstattung pro Kopf zu erhalten, als bei einem wachsenden Volk.

Die allgemeine Bedeutung des Ausdruckes Kapitalbildung umfasst die Erzeugung von Kapitalgütern schlechthin, also die Reproduktion + Nettoerzeugung. Verschiedentlich (so von Amonn) wird aber nur die Nettovermehrung als Kapitalbildung betrachtet. Die Vermehrung des Produktionsfaktors Kapital kann in diesem Fall als Kapitalbildung im engeren Sinn bezeichnet werden. Es ist also die über die Reproduktion der vorhandenen Kapitalgüter gehende Erzeugung von neuen Produktionsmitteln. Sie besteht in der Veränderung des Produktionsaufbaues zugunsten der Herstellung von Sachgütern, die ihrerseits Güter produzieren helfen (Maschinen usw.) auf Kosten der laufenden Konsumgütererzeugung. Diese Aufgabe der Umdisponierung erfüllt in der freien Wirtschaft der Unternehmer. Soll es zu einer solchen Umdisponierung kommen, so bedarf es einer diesbezüglichen Handlung der Wirtschaftssubjekte, die aus zwei voneinander verschiedenen Arten besteht. Das eine Verhalten bezeichnen wir als **Sparen**, das andere als **Investieren**.¹¹

Sparen ist **Konsumaufschub** in der Gegenwart zugunsten eines zukünftigen Konsums; es besteht darin, dass Einkommensteile anstatt für den unmittelbaren Bedarf aufgewendet, für spätere Zwecke „zurückgelegt“ werden. **Investieren** heisst Ankauf von Produktionsmitteln (Arbeit, Kapital und Boden), um mit ihnen zu produzieren. Die beiden Definitionen bezeichnen Vorgänge der Privatwirtschaft und einzelne, individuelle Handlungen von Wirtschaftssubjekten.

Die Umdisponierung von Produktionsmitteln, die eine Veränderung des Produktionsstromes bewirkt, wird ermöglicht, indem Geldmittel aus dem Konsumkreislauf in den Produktionskreislauf übergeführt werden, was mit anderen Worten heisst, dass die infolge des Konsumverzichtes freigewordenen Geldmittel einem Investoren zum Ankauf von Produktionsmitteln zur Verfügung gestellt werden müs-

¹¹ Der erste Autor, der zwischen Sparen und Investieren unterscheidet, ist Ludwig von Mises („Theorie des Geldes und der Umlaufmittel“, zitiert in Keynes: „Vom Gelde“, S. 140).

sen. Die beiden Funktionen des Sparens und Investierens werden also meist von verschiedenen Wirtschaftssubjekten ausgeführt; sie können aber auch in einer Person vereinigt werden (z. B. Selbstfinanzierung). Oft wird auch im privatwirtschaftlichen Sinn zwischen Investieren und Sparen kein Unterschied gemacht und werden beide Ausdrücke als Synonyme gebraucht. Es ist jedoch klar, dass ein Unterschied bestehen muß zwischen dem Fall, wo die gesparten Geldmittel aus dem Kreislauf herausgenommen (gehortet, thesauriert) und dem, wo sie vom Konsumkreislauf in den Produktionskreislauf umgeschaltet werden. Im Falle des Hortens ist über die spätere Verwendung noch nichts entschieden (vom Standpunkt der Allgemeinheit aus), diese mag im Ankauf von Konsumgütern oder von Produktionsmitteln bestehen, vorläufig ist das Geld dem Kreislauf entzogen und zieht dadurch andere Wirkungen nach sich.¹²

Die Frage ist nun, ob die bis jetzt angewandte Umschreibung der Begriffe Sparen und Investieren auch auf die Volkswirtschaft als Einheit bezogen werden kann. Ein Wirtschaftssubjekt, das spart, kann sich jene Güter, auf die es heute verzichtet, zu einem späteren Zeitpunkt beschaffen, denn da die volkswirtschaftlichen Prozesse alle synchronisch ablaufen, wird ja anderswo weiterproduziert. Die analoge Anwendung des privatwirtschaftlich allgemeingebräuchlichen Sparbegriffes auf die Volkswirtschaft — wobei dann dieses Sparen die Summe aller individuellen Sparakte wäre — ist deshalb unpräzise, weil eine ganze Volkswirtschaft nicht sparen kann, ohne dass sie nicht auch dafür sorgt, dass dann später umso mehr Güter vorhanden sind. Es muss also in diesem Fall beim Sparen eine Verknüpfung mit der Produktion bestehen, welche letztere dermassen umgestaltet wird, dass zu einem späteren Zeitpunkt Konsumgüter auf den Markt kommen. Damit dies eintritt, dürfen aber nicht Konsumgüter, sondern es müssen Produktivgüter fabriziert werden. Somit fällt jedoch der Begriff des volkswirtschaftlichen Sparens mit dem Begriff Kapitalbildung zusammen. Volkswirtschaftliches Sparen umfasst

12 Der Ausdruck „Horten“ bietet etliche Schwierigkeiten. Keynes braucht diesen Ausdruck nicht, er operiert mit dem Begriff der Liquiditätsvorliebe, die nach ihm zusammen mit der Geldmenge die Höhe des Zinsfußes bestimmt. Die Keynes'sche Liquiditätsvorliebe geht jedoch viel weiter als was wir unter Horten verstehen wollen. Die Wirkung des Hortens von Geld durch ein Individuum bedeutet die Abnahme der Umlaufgeschwindigkeit der zirkulierenden Geldmenge. Aber neben dem Horten gibt es noch andere Vorgänge, die diese Umlaufgeschwindigkeit herabsetzen, z. B. wenn Geld in Wirtschaftszweige (wie etwa die Landwirtschaft) fließt, wo es naturgemäss eine langsamere Zirkulation hat (S. Gottfried Haberer: „Prosperität und Depression“, S 196).

also nicht nur das individuelle Sparen, sondern auch das privatwirtschaftliche Investieren. Betrachten wir nun die in der Produktion tätigen Produktionsfaktoren, so erkennen wir, dass durch die Kapitalbildung jeweils ein bestimmtes Quantum derselben, die in der Gegenwart verfügbar sind (Arbeit, Boden) zu in der Zukunft verfügbaren Produktionsmitteln umgewandelt werden¹³. Aehnlich wie das sparende Wirtschaftssubjekt sein „Kapital“ durch den Zins vermehren kann, erhält die Volkswirtschaft den Vorteil der grösseren Produktivität. Sparen — Investieren — Kapitalbildung können also, in dem aufgeführten Sinn gebraucht, als gleichwertige Begriffe betrachtet werden.

Nun besteht aber gerade in den Begriffen Sparen und Investition terminologisch eine ziemliche Uneinheit zwischen den verschiedenen Theorien. Für Keynes z. B. sind Investieren und Sparen einander gleich, was er aus folgender Formel ableitet:

$$\text{Sparen} = \text{Einkommen} - \text{Konsum}$$

$$\text{Investieren} = \text{Produktion} - \text{Konsum.}$$

Das Gesamteinkommen entspricht dem Wert der Gesamtproduktion, beide sind einander gleich. Wir können also auch setzen:

$$\text{Investieren} = \text{Einkommen} - \text{Konsum}$$

$$\text{Sparen} = \text{Einkommen} - \text{Konsum}$$

$$\text{Also: Investieren} = \text{Sparen.}^{14}$$

Im Gegensatz zu Keynes stehen die Vertreter der Richtung Wicksell (Ueberinvestitionstheorie), u. a., die die Ungleichheit von Sparen und Investieren hervorheben, eine Erscheinung, die als erstes Symptom des konjunkturellen Ablaufs zu werten sei.

Auch wir schliessen uns der Auffassung an, dass Sparen und Investieren von einander abweichen können, und zwar infolge der selbständigen Funktion des Geldes. Eine durch inflatorische Geldvermehrung gespiesene Investition übersteigt den Wert der Ersparnisse zum gleichen Zeitpunkt, woraus aber bereits tiefgehende Wirkungen ausgehen. Wie wir später zeigen werden, zwingt die inflatorische Produktionserweiterung in den meisten Fällen doch zum Sparen, d. h. zu einer Konsumeinschränkung, aber nicht als Ursache, sondern als Folge der Investition. Aber auch bei gleichbleibender Geldmenge sind die beiden Grössen einander nicht (ex definitione) gleich, dies würde eine Umlaufgeschwindigkeit des Geldes von Unendlich voraussetzen. Sowenig wie Sparen und Investieren beim Individuum zeit-

13 Alfred Amonn: „Volkswirtschaftliche Grundbegriffe u. Grundprobleme“, S. 99.

14 J. M. Keynes: „Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes“, S. 63.

lich zusammenfallen, so wenig ist es — per Saldo — der Fall bei der Volkswirtschaft. Die Investition kann die Sparakte sowohl (beim Geldeinkommen) übersteigen als auch unterschreiten. Was aber hier unter Sparen verstanden wird, deckt sich eher mit der landläufigen, nicht aber mit der rein volkswirtschaftlichen Auffassung dieses Begriffes, die bedeutend weitergeht, wie wir oben feststellten.

Die Tatsache, dass Sparen und Investieren im volkswirtschaftlichen Sinn als mit der Kapitalbildung identische Begriffe gebraucht werden, andererseits aber im privatwirtschaftlichen Sinn, der ihr ursprünglicher ist, nicht denselben Inhalt besitzen, zwingt uns, eine Abgrenzung im Gebrauch vorzunehmen. Man kann in diesem Fall vom Sparen und Investieren als von den **B e d i n g u n g e n** der Kapitalbildung sprechen. Dadurch erhalten wir eine bessere Unterscheidung der Probleme der Investition, die hauptsächlich mit der Nachfrage nach und dem Ankauf von Produktionsmitteln, deren Herausnahme aus dem Konsumkreislauf, die Folgen auf die Zusammensetzung des Produktionsstromes usw. zu tun haben, von dem, was wir als Quellen der Kapitalbildung bezeichnen wollen und worunter die Herkunft, die Form und Menge der dem Konsumkreislauf entzogenen Kaufkraft verstanden werden soll.¹⁵

Welche Güter in concreto unter den Begriff des Kapitals fallen, lässt sich nicht ohne weiteres sagen und hängt auch gar nicht von ihrem technischen Wesen ab. Wie wir gesehen haben, gehören oft auch sogenannte „Konsumgüter“, d. h. die Produkte der letzten technischen Produktionsstufe, dazu. Solange sie in den Händen des Produzenten sind, repräsentieren sie Kapital. Oft kann ein Gut seinen Charakter mehrmals wechseln, je nach der Bestimmung, mit der es eingesetzt wird, oder es dient als Produktivmittel und als Konsumgut zugleich (z. B. Jeep eines Landwirtes). Erst beim Konsumenten verlieren die Güter im allgemeinen die Kapitaleigenschaft (im Sinne des Produktionsfaktors). Ein Grossteil der sachlichen Güter kommen nur für die Investition in Frage und werden deshalb Investitions- oder Kapitalgüter genannt. Sie stellen auch das Hauptkontingent des Produktionsfaktors „Kapital“.

Nun können aber die Kapitalgüter auf zwei Arten verwendet werden, sie können entweder wiederum in der Zwischenproduktion oder aber in der Konsumgüterindustrie gebraucht werden. Im ersten Fall helfen sie, neue Kapitalgüter zu schaffen, im zweiten Fall dienen sie

15 Dadurch wird der Wert der Keynes'schen Formel $S = I$ nicht beeinträchtigt, da auf die Dauer per Saldo nicht mehr investiert werden kann, als durch den Nicht-Konsum zur Verfügung gestellt wird, ob nun das Sparen der Investition vorangeht oder folgt.

der Vergrößerung des Konsumgüterangebotes. Nicht jede Investition, so verstanden, führt also zur Kapitalbildung. Was gemeinhin als Kapitalbestand (capital equipment) bezeichnet wird, muss nicht unbedingt an der Kapitalbildung beteiligt sein. Andererseits gibt es oft Perioden, in denen viele Kapitalgüter beschäftigungslos aus dem Produktionskreislauf ausgeschaltet bleiben.

In diesem Zusammenhang stellt sich naturgemäss auch die Frage, ob jede Herstellung von Produktionsmitteln als Kapitalbildung angesprochen werden kann. Gegen die Identifizierung von „Produktionsgütererzeugung“ und „Kapitalbildung“ spricht die Tatsache, „dass bestimmte Wirkungen, an die man stets denkt, wenn man von der Kapitalbildung spricht, nicht mit jeder Vermehrung von Produktionsmitteln verbunden sind“ (Schiff)¹⁶. Schiff bezeichnet die Schaffung von Produktionsmitteln auf Grund von zusätzlicher Schöpfung von Bankkredit als „unechte Kapitalbildung“. Den auf Grund von Geldkapitalbildung erzeugten Produktivgütern fehle in der Regel — was sich erst nach einiger Zeit herauszustellen pflegt — die wirtschaftliche Eingliederungsfähigkeit. Damit kommt zum Ausdruck, dass solchen Gütern, um Kapital zu sein, das wesentliche Merkmal der wirtschaftlichen Eingliederungsfähigkeit eigen sein muss. Die Auffassung, dass die durch die zusätzliche Kreditschöpfung finanzierte Investition meist nicht zur Bildung von Kapital, sondern zur Kapitalfehleitung führe, wird vor allem von Wissenschaftlern, die in der zusätzlichen Kreditschöpfung ein wirtschaftliches Krankheits-symptom sehen, vertreten.¹⁷

Um grössere Klarheit zu erhalten, ist es von Nutzen, eine Unterscheidung in dem Sinn zu machen, dass wir einmal vom betriebs- oder privatwirtschaftlichen Standpunkt aus, das andere Mal von einem rein volkswirtschaftlichen Standpunkt aus urteilen. Eine betriebswirtschaftliche Kapitalfehleitung, eine Fehlinvestition, beruht auf einer falschen Berechnung von Kosten und Erlös und manifestiert sich in „Unterrendite, Rentenlosigkeit und Verlust, zu denen oft noch

16 Erich Schiff: „Kapitalbildung und Kapitalaufzehrung im Konjunkturverlauf“, S. 3.

17 Wilhelm Röpke: „Gesellschaftskrisis der Gegenwart“, S. 168. „Dabei ist aber zu beachten, dass die Kapitalmenge in einer Volkswirtschaft in jedem Augenblick in einem bestimmten Umfange gegeben und für eine absehbare Periode nur innerhalb enger Grenzen vermehrt werden kann. Es gibt ein Mittel, diese Grenzen hinauszuschleiben und die Kapitalmenge innerhalb kurzer Zeit gewaltsam auszudehnen, nämlich die Kreditexpansion, aber die Anwendung dieses gewaltsamen Mittels rächt sich in der Regel durch eine darauffolgende Krise.

Siehe auch: „Theorie der Kapitalbildung“, S. 15 ff.

die Illiquidität kommt".¹⁸ Dies ist auch volkswirtschaftlich eine Fehlleitung, die dadurch zum Ausdruck kommt, dass die Wirtschaft für diese Produkte den dafür verlangten Preis nicht zahlen will. Das Merkmal dieser Fehlleitung ist, dass sie als solche unmittelbar nachher erkannt wird. Es können aber auch Fehlleitungen auf dem Gebiet der Produktionsgütererzeugung auftreten, die erst „auf zeitliche Distanz“ als solche erkenntlich sind und die vom privatwirtschaftlichen Standpunkt aus keine eigentlichen Fehlinvestitionen darstellen. Dieser Fall kann in einem kollektivistischen Wirtschaftssystem eintreten, wo durch die zentrale Lenkung der Aufteilung der Einkommen auf die Ersparnisse und Konsumausgaben einerseits und die Produktion von Konsum- und Produktivgütern andererseits die subjektiven Bedürfnisse der Nation nicht mehr berücksichtigt und dadurch das wirtschaftliche Gleichgewicht gestört wird. Durch die Aufhebung der Marktwirtschaft und des sie regulierenden Preissystems können solche Fehlleitungen in grossem Masse auftreten. Darunter darf aber nicht nur die eigentliche Verschleuderung von Produktionsmitteln zur Herstellung von Gütern (Konsum- oder Produktivgüter) verstanden werden, die überhaupt nicht in der Lage sind, ein Bedürfnis zu befriedigen oder eine Produktionsaufgabe zu erfüllen, sondern auch jene „temporären“ Fehlleistungen, die davon herrühren, dass schon für zwanzig oder noch mehr Jahre voraus geplant wird, und demzufolge man irgendwo mit grossem Aufwand und Verschleiss Riesenwerke erstellt, während andere dringendere Aufgaben unerledigt bleiben. In striktem Sinn ist jede Verwendung von Produktionsfaktoren ausserhalb ihrer grössten Nützlichkeit eine Fehlleitung und, wie wir noch sehen werden, unterliegt besonders die Planwirtschaft infolge ihrer Fernziele, ihrer programmatischen Starrheit, oft dieser Gefahr.

Aber auch in der Marktwirtschaft besteht durch die Kreditexpansion die potentielle Gefahr solcher „Fehlinvestitionen“ im volkswirtschaftlichen Sinn. Immerhin darf dafür die Kreditexpansion als solche nur haftbar gemacht werden, insofern dadurch eine sogenannte Ueberinvestition erfolgt.¹⁹ Damit schliessen wir jene Kreditfinanzierungen aus, durch die das gesamte Investitionsvolumen nur auf die Höhe der Gesamtersparnisse gebracht wird und ferner brachliegende Produktionsfaktoren mobilisiert werden. Sobald aber dieser Zustand erreicht wird, können weitere Investitionen nur auf Kosten der Kon-

¹⁸ Walb: „Kapital und Kapitalismus, Bd. 2. S. 375.

¹⁹ Es kommen aber in der Periode der Hochkonjunktur mit Ihrer Kreditaufblähung recht häufig auch Fehlinvestitionen vor, die auf der Ueberschätzung der Gewinnmöglichkeiten, unangebrachtem Optimismus u. ä. individuellen Fehlern beruhen, Erschnehnungen, die mit Spekulationsfleber, Profitgier usw. zusammenhängen.

sumgütererzeugung durchgeführt werden. Dies führt zu einem Minderangebot an Konsumgütern, dem aber gleichwohl eine durch keine entsprechenden Ersparnisse geschmälerte Kaufkraft gegenübersteht. Die in der Folge eintretenden Preissteigerungen der Konsumgüter wirken natürlich nicht bremsend auf die Investitionstätigkeit, so dass die Kapitalbildung von zwei Seiten (Konsum und Investition) her genährt wird. Die starke Aufblähung des Kredites in der Zwischenproduktion kann jedoch zu starken Spannungen führen, die bei geringster Störung eine Krise auszulösen vermögen, worauf dann jene Investitionen, die nicht mehr weiter finanziert und amortisiert werden können, sich nachträglich als Fehlleitungen herausstellen. Besonders die in der späteren Periode der Kreditausweitung unternommenen Produktionsausweitungen zeigen sich zum grössten Teil als richtige privatwirtschaftliche Fehlinvestitionen, die auf mangelnder Voraussicht und Vorsicht, zu kurzfristiger Disposition etc. beruhen. Im kumulativen Niedergangsprozess teilen aber viele Industrien, denen dieses Odium nicht zukommt, das gleiche Schicksal, was schliesslich dazu führt, dass die Ergebnisse der Kapitalbildung durch die Ausserdienststellung von Kapital wieder kompensiert werden.

Kommen wir nun zurück auf die Eingliederungsfähigkeit der Produktionsmittel in die Wirtschaft, so sehen wir, dass unmittelbar darüber die Fähigkeit des Unternehmers entscheidet. Der Unternehmer hat die für die Marktwirtschaft so wichtige Aufgabe zu besorgen, stets die beste Kombination der Produktionsfaktoren zu wählen und die Teilung der Produktion in Konsumgüter- und in Produktivgüterproduktion anhand der Nachfrage aufeinander abzustimmen. Dadurch, dass er im Wettbewerb mit allen anderen Unternehmern als Käufer der Produktionsfaktoren auftritt, entsteht die Preisbildung dieser Faktoren, wodurch sie dorthin gelenkt werden, wo sie am nötigsten und nützlichsten sind und in ihrer Gesamtheit und auf die Dauer mit der Nachfrage der Konsumenten nach Konsumgütern im Einklang stehen.

In einem Wirtschaftssystem, in dem die Gesamtmenge der für die einzelnen Produktionszweige zur Verfügung stehenden Produktionsfaktoren nach irgendwelchen anderen Richtlinien geregelt wird, muss sich nun eine Spannung dort ergeben, wo die Kaufkraft der Konsumenten die Unternehmer in die Lage versetzt, die Preise der quantitativ limitierten Produktionsmittel in die Höhe zu treiben. Auf dem Konsumgütermarkt ergeben sich z. T. beträchtliche unterschiedliche Preissteigerungen. Auf dem Produktionsmittelmarkt wird es dazu kommen, dass — infolge der Substitutionsmöglichkeit von Produktionsfaktoren und anderer Ursachen — alle Produktionsfaktoren zwangsweise zugeteilt werden müssen.

4. Die Quellen der Kapitalbildung

Die erste Bedingung der Kapitalbildung ist, wie ausgeführt wurde, das **Sparen**, worunter wir die Konsumverzichte der Wirtschaftssubjekte verstehen. Eine solche Einschränkung der Konsumtion, die zu einer Umdisponierung des Produktionsprozesses führt, weist nun nicht nur eine, sondern mehrere und sehr verschiedene Formen auf. Die gebräuchlichste Einteilung ist diejenige nach der Art der Herbeiführung der Konsumverzichte, eine Einteilung, der das Schema der Kapitalbildung von Röpke zugrunde liegt.²⁰ Folgen wir dieser auch im angelsächsischen Sprachgebiet meist benutzten Klassifizierung, so ist zunächst als ursprünglichste Form der Kapitalbildung die naturalwirtschaftliche Kapitalbildung zu nennen, die wir zu Beginn dieses Kapitels kurz geschildert haben. In der kapitalistischen Wirtschaftsordnung spielt sie natürlich keine erwähnenswerte Rolle mehr, so dass wir auf ein näheres Eingehen verzichten können.

Wichtiger sind jene Formen, in denen das Geld als Träger und Uebermittler der dem Investor von Seiten des Sparerers ausgehändigten Kaufkraft dient. Darunter fällt als erste und heute immer noch bedeutendste Quelle das Sparen im allgemeingebrauchlichen, ursprünglichen Sinn des Wortes. Hervorstechendstes Merkmal dieser Form ist die Freiwilligkeit des Sparentschlusses. Es ist dem freien Ermessen des Wirtschaftssubjektes, des Sparerers, überlassen, gestützt auf bestimmte wirtschaftliche Daten (Zins, Flüssigkeit der Anlage, Preise der Konsumgüter usw.) und in Abwägung des gegenwärtigen mit dem zukünftigen Nutzen, sowie in Abschätzung der wirtschaftlichen und allgemeinen Entwicklung, vom Einkommen zu sparen oder nicht. Er hat dabei die Alternative, das Geld selbst liquid zu halten (zu horten) oder seine Ersparnisse einem anderen Wirtschaftssubjekt zur Verfügung zu stellen (Bank, Unternehmer, Staat). Wenn wir die Fälle vernachlässigen, wo das Geld dem inländischen Kreislauf entzogen wird (Hortung, Auslandinvestition) und wo es u. U. nicht oder nicht direkt in den Produktionskreislauf gelangt (Kriegsanleihe, Konsumkredite usw.), ist der Beitrag des Sparerers zur Kapitalbildung damit, dass er seine

20 Wilhelm Röpke: „Theorie der Kapitalbildung“, S. 17.

Die Quellen der Kapitalbildung.

I. Naturalwirtschaftliche Kapitalbildung.

II. Geldwirtschaftliche Kapitalbildung.

1. Sparen,

2. Unternehmungskapitalbildung,

3. Finanzwirtschaftliche Kapitalbildung

4. Geldpolitische Kapitalbildung

} Zwangskapitalbildung

Ersparnisse dem Investor übergibt, beendet. Neben dem freien Ermessen ist die Funktionsteilung in einen Sparer und in einen Investor ein weiteres Merkmal des Sparens im engeren Sinne. Sie ermöglicht nicht nur die Herbeiziehung kleiner und kleinster Beträge zur Kapitalbildung, sondern bringt auch eine Risikoverminderung für den Sparer, die soweit geben kann, dass ihm das Bewusstsein eines Risikos weitgehend entschwindet. Bereitstellung und Verwendung sind hier eine Angelegenheit des Marktes, des Kapitalmarktes. Was vom Gütermarkt gilt, hat auch hier Berechtigung: Die Preisbildung gewährleistet eine volkswirtschaftlich richtige Verwendung der Ersparnisse, so dass im allgemeinen der Satz, dass die Funktionsteilung zwischen Sparer und Investieren die rationellste Kapitalbildung ermöglichte, richtig ist.

Bei der Selbstfinanzierung kommt es dann aber gleichwohl zu einer Verschmelzung der beiden getrennten Funktionen. Röpke nennt diese Form Unternehmungskapitalbildung. Wir verstehen darunter jene Form des Sparens, durch die die erzielten Gewinne oder Teile davon von der Unternehmung nicht ausgeschüttet werden, sondern im eigenen Unternehmen wieder investiert werden.²¹

Es ist interessant, dass sich die Werturteile hinsichtlich der Selbstfinanzierung diametral gegenüberstehen. Als Argument der Gegner dieser Sparform dient vor allem der Einwand, dass infolge der Vereinigung von Sparen und Investieren in einer Person der Kapitalmarkt übergangen werde und somit also auch dessen regulierende Funktion²². Wenn es auch an sich richtig ist, dass in der Selbstfinanzierung

21 Siehe auch Ihsan Gürgân: „Contribution à l'étude du Capital et de sa formation en économie politique“, § 7: „L'autofinancement“, S. 139.

22 Wilhelm Röpke: „Theorie der Kapitalbildung“, S. 19 ff.

„Man könnte sich zwar vorstellen, dass eine rigorose kalkulierende Unternehmungsleitung Gewinnrücklagen nur dann im eigenen Betrieb investieren würde, wenn sie unter anderen Umständen Fremdkapitalen aufgenommen haben würde, mit anderen Worten, wenn der zu erwartende Ertrag höher als der Marktzins sein wird, während sie es sonst vorziehen würde, die Gewinnrücklagen zum Marktzins auszuleihen. Indessen weiss jeder, dass die Wirklichkeit weit von jenem Ideal entfernt ist. Es kommt vielen Unternehmern gar nicht in den Sinn, eine solche Abschätzung vorzunehmen, solange das Zurückbleiben des zu erwartenden Ertrages der Betriebsinvestierung hinter dem Marktzins nicht zu auffallend ist. Die Mehrzahl wird geneigt sein, die Ertragsmöglichkeiten im Fall der Selbstfinanzierung in einer weit grösseren Menge als im Falle der Aufnahme von Fremdkapital abzuschätzen, Dispositionen für eine viel längere Zeit zu treffen, als es der Marktzins erlaubt, und irrationalen Impulsen wie dem Stolz auf das Wachstum des eigenen Unternehmens einen weit grösseren Raum zu gewähren. Steuerliche, kartellpolitische Erwägungen treten hinzu. Es darf mithin als erwiesen gelten, dass die Unternehmungskapitalbildung den Keim der Kapitalverschwendung in sich trägt.“

ein solcher „Keim“ zur Kapitalfehlleitung vorhanden ist, so sprechen aber andere Tatsachen wieder zugunsten derselben. Die Selbstfinanzierung geht meist auf dem Weg der Abschreibungen und Rückstellungen vor sich, wodurch beträchtliche offene und stille Reserven angehäuft werden. Durch die Abschreibungen muss das Umlaufvermögen zu- und das Anlagevermögen abnehmen. Die Liquidität der Unternehmung wird gesteigert. Bei Ersatz- oder Neuinvestitionen geht dann das Umlaufvermögen um den entsprechenden Betrag wieder zurück, aber diese neuen Anlagen sind nun durch eigene Mittel gedeckt. Es steht fest, dass ein Unternehmen, das sich in so starkem Masse selbst finanziert hat, Schwankungen auf dem Markt, Zahlungsverzögerungen der Kunden, Kursverluste, Enteignungen von Filialen usw. viel besser verträgt und damit einen wertvollen Beitrag zur Stabilisierung des Wirtschaftsablaufes leisten kann. Durch den Wegfall der Zinsen für aufgenommene Fremdkapitalien und durch die Verminderung des Anteils des dividendenberechtigten Teils des eigenen Kapitals können auch die effektiven Kosten gesenkt werden.

Ferner haben die Gegner der Selbstfinanzierung für ihre Argumentation Beispiele vor Augen, die sich in der Schweiz nicht finden lassen. Hier sind den Tendenzen zur Ueberexpansion, wie sie in Deutschland z. B. durch die Selbstfinanzierung gefördert worden sind, durch die Begrenztheit der Binnenwirtschaft Schranken gesetzt. Die Aufnahme der Produktion ausserhalb der Landesgrenzen — die zur Erhaltung der Absatzmärkte nötig war — wäre ohne solche, im eigenen Betrieb akkumulierten Geldmittel nicht möglich gewesen. Wie andererseits das oft zitierte Beispiel der Expansion der Ford'schen Automobilwerke zeigt, kann auch eine durch eigene Gewinne unternommene Ausweitung ins Riesenhafte nach marktmässigen Impulsen und Richtlinien vor sich gehen. Offensichtlich spielen hier die Qualitäten des Unternehmers eine Hauptrolle, wobei traditionsmässige Bindungen, Sparsamkeit, Bedächtigkeit usw. als wesentliche Voraussetzungen anzusehen sind. Die industrielle Geschichte unseres Landes liefert hier nicht wenige Beispiele, wie aus bescheidenen, handwerksmässigen Anfängen sich bedeutende Unternehmungen zufolge dieser traditionsgebundenen Selbstbeschränkung auf die eigenen Mittel entwickelt haben.

Steuerpolitische Erwägungen führen dagegen in Zeiten der Hochkonjunktur zu einer z. T. ungesunden Forcierung der Investition, indem durch ständige Neuanschaffung, Abbuchung von Anlagen über Unkosten usw. der ausgewiesene Gewinn möglichst klein gehalten wird. Der Vorwurf dieser gefährlichen und in diesem Moment schon für die Volkswirtschaft schädlichen Expansion trifft aber nicht die Selbstfinanzierung an sich, sondern das herrschende Steuersystem,

das liquide Rückstellungen verunmöglicht. Politische Ueberlegungen zwingen ferner die Unternehmer, auch bei gutem Geschäftsgang ihre Dividendenauszahlungen nicht entsprechend hinaufzusetzen, sondern vorerst stille Reserven anzulegen und nachher das Aktienkapital durch Ausgabe von Gratisaktien zu erhöhen²³. Technisch liegt auch hier eine Selbstfinanzierung vor, die aber in die Deckung durch das Aktienkapital überführt wird.

Waren die bis jetzt behandelten Quellen der Kapitalbildung auf der Basis der Freiwilligkeit aufgebaut, so ist dies bei den beiden nachfolgenden nicht mehr der Fall, denn hier werden die Wirtschaftssubjekte nun zum Konsumverzicht gezwungen²⁴. Als erste Form dieses Zwangssparens (imposed lacking) ist die sog. Finanzwirtschaftliche Kapitalbildung zu nennen. Durch obligatorische Einzahlung in Sozialversicherungskassen, durch Steuern, Zwangsanleihen etc. erleidet die für die Konsumgüternachfrage vorhandene Kaufkraft eine Einbusse. Eine Kapitalbildung ist aber durch Steuern etc. erst möglich, wenn die angesammelten Geldmittel produktiven Aufgaben zugeführt werden. Ein grosser Teil der Staatsausgaben fliesst aber als Einkommen wieder nur Konsumenten zu, so dass daraus einzig eine Umlagerung von Kaufkraft resultiert. Ferner ist es nicht gesagt, dass die vom Staat (Fiskus) erhobenen Leistungen nur vom privaten Konsum abgezogen werden. Je nach der konjunkturellen Situation, nach der Höhe der Leistungen und nach dem Erhebungs- (Steuer-) System geht die finanzwirtschaftliche Kapitalbildung auf Kosten des privaten freiwilligen Sparens oder der Selbstfinanzierung. Bis zu einem gewissen Grad enthält sodann die Gesamthöhe der finanzwirtschaftlichen Kapitalbildung Geldmittel, die der freiwilligen Kapitalbildung entzogen worden sind. Der Staat übernimmt hier die Funktion des Investors. Er beeinflusst also nicht nur die Kapitalbildung in qualitativer Hinsicht, sondern auch die Gesamthöhe der Kapitalbildung. Die Investitionen stellen sich insofern günstiger, als wie bei der Selbstfinanzierung keine Zinsverpflichtungen bestehen (wenigstens bei der durch Steuern finanzierten), wobei aber auf die früher erwähnten Gefahren einer Kapitalfehlleitung hingewiesen werden muss. Ebenso muss im Interesse der grösstmöglichen Bewegungsfreiheit der Wirtschaft das finanzwirtschaftliche Sparen, soweit es das individuelle Sparen beeinträchtigt, als unvorteilhafter bezeichnet werden.

23 Beispiele liefern zurzeit Industrieunternehmungen in genügender Zahl, denken wir nur an die chemische Industrie in Basel oder an die „Sevenskä“ Kugelfabrik in Schweden u. a. m.

24 „Erzwungenes Sparen“. Dieser Ausdruck wurde erstmals von Wicksell gebraucht (in: „Geldzins und Güterpreis“, S. 102 und 104).

Bei der zweiten Form des Zwangssparens handelt es sich um einen Konsumverzicht, der durch Vorgänge in der Geldsphäre eingeleitet und ausgelöst wird. Das Eigenartige dieses Falles beruht darin, dass hier der Konsumverzicht als letzte Phase der Kapitalbildung auftritt. Mit anderen Worten heisst dies, dass für die Investitionen keine Geldkapitalien bereitstehen, die sich von einer Einschränkung des Konsums ableiten lassen. Also müssen diese anderswie finanziert worden sein. Dieses Mittel ist die Kreditexpansion, durch die zusätzliches Geld in Form von Krediten in die Hände von Produzenten gelangt; als hauptsächlichste Quellen kommen hier die Banken in Betracht. Eine andere Quelle ist die Notenpresse des Staates, die ebenfalls eine Vermehrung der zirkulierenden Geldmittel bewirken kann. Da im Moment der Geldvermehrung die kaufkräftige Nachfrage nach Konsumgütern keine Abnahme erfahren hat, erhält die Konsumgütererzeugung keine Impulse oder Anzeichen dafür, ihre Investitionen zu verringern. Durch die Injektion von Produktivkrediten wird deshalb die Veränderung im Produktionsprozess zugunsten der Kapitalbildung nur dadurch ermöglicht, dass Produktionsmittel aus der Konsumsphäre genommen werden oder der Zufluss in dieser Richtung verkleinert wird. Der Anfall von Konsumgütern wird deshalb bald nicht mehr dem alten Nachfrage- und Angebotverhältnis entsprechen, da nicht nur in der Konsumsphäre die Produktionsmittel infolge deren vermehrter Nachfrage teurer geworden sind, sondern auch die Produktionsmenge der Konsumgüter abnimmt. Dies führt bei frei spielendem Ausgleichsmechanismus notwendigerweise zu einer Preissteigerung, das heisst zu einem neuen Gleichgewicht auf einem erhöhten Preisniveau. Während dadurch die für den Konsum bestimmten Einkommensteile wieder voll absorbiert wurden, hat sich mengenmässig ein aufgezwungener Konsumverzicht eingestellt.

2. Kapitel: Spezielle Probleme der Investition

f. Vom Begriff der Investition

Wie so mancher andere volkswirtschaftliche Begriff erfährt auch heute noch der Ausdruck „Investieren“ eine ziemlich unterschiedliche Anwendung. Im allgemeinsten Sinn kommt damit zum Ausdruck, dass Geldsummen, die uns zur Verfügung stehen und als solche von uns jederzeit und unmittelbar verwendet werden können, „angelegt“, d. h. in eine weniger liquide Form gebracht werden. Das Geld wird auf gewisse Zeit einem anderen Wirtschaftssubjekt zur Verfügung gegeben, während der ehemalige Besitzer z. B. ein Haus, ein Stück Land oder Wertpapiere erhält, die entweder ein Mitgliedschaftsrecht, ein Forderungsrecht auf eine Geldleistung oder einen sachenrechtlichen Anspruch verkörpern.

Als terminus technicus verstehen wir unter Investieren aber nur jene „Anlage“ von Geldmitteln, die zur Produktion von Kapital (gütern) führt. Das heisst im privatwirtschaftlichen Sinn, dass aus diesem Geld Produktivgüter angekauft werden, womit Investieren als der Ankauf von solchen Gütern definiert werden kann.

In der Konsumgüterindustrie und in jeder beliebigen Stufe der Zwischenproduktion muss also fortwährend „investiert“ werden, damit ein gleichmässiger Produktionsstrom aufrechterhalten werden kann. Fassen wir den gesamten Produktionsprozess vereinfachend als einen linearen Prozess auf, so haben die späteren, höheren Stufen („später“ im technischen Sinn) den grösseren Bedarf an vorgängigen Zwischenprodukten, um selbst auch einen gleichmässigen Produktionsstrom zu ermöglichen. Der „Fluss“ von Produktionsgütern von der frühesten Produktionsstufe bis zur Konsumgüterindustrie, der diese Gleichmässigkeit der Erzeugung gewährleistet, ist gleichbedeutend mit der Reproduktion des Kapitals²⁵.

25 Hier ist aber zu unterscheiden zwischen umlaufendem und festem (Anlage-) Kapital. Die Reproduktion des letzteren geschieht durch die Neuerstellung von ausser Betrieb genommenen Produktivgütern. Das umlaufende Kapital „reproduziert“ sich im Produkt, das von Stufe zu Stufe weitergegeben wird. Es durchströmt die Produktionsstufen in diesem Sinn solange, bis es seine letzte Entwicklung entweder als Konsumgut findet — dann hat es alle Zwischenstufen durchlaufen —, oder es als dauerhaftes Produktionsmittel endgültig auf einer bestimmten Stufe investiert bleibt.

Soweit der Ankauf von Produktionsgütern das Verhältnis zwischen der Konsumgüter- und der Produktivgütererzeugung nicht verändert, spricht man von der Re-investition. Die Re-investition entspricht also denjenigen wirtschaftlichen Vorgängen (Handlungen), welche die Zirkulation der Geldmittel — und also auch der Güter — für die Reproduktion des Kapitals bewirken.

Die Bereitstellung der hierfür notwendigen Geldbeträge geschieht zum grossen Teil also in der Produktionssphäre selbst — hauptsächlich, was die dauerhaften Kapitalgüter anbelangt —, d. h. durch die Betriebe selbst, ohne dass direkt die Konsumgütersphäre berührt wird. Dazu wird ein Teil der aus dem Verkauf der Produkte stammenden Erlöse in einem Fonds geäuñet, der nach Massgabe der Amortisation der bestehenden Anlagen wächst. Die vollständige Abschreibung einer Anlage sollte mit dem Zeitpunkt ihres Verbrauches zusammenfallen. Ist die Anlage schneller abgeschrieben als verbraucht, während die Amortisation buchmässig weitergeführt wird, so erhalten wir einen Fall der Selbstfinanzierung. Der Mehrwert der neuen Anlage, der durch die zu lange fortgeführten Abschreibungen erworben werden konnte, stellt dann eine Neuinvestition dar.

Die Volkswirtschaft als Ganzes stellt jedoch nicht auf die einzelnen Betriebe ab, um zu entscheiden, ob Netto-Zuwachs an Kapital stattgefunden hat oder nicht, sondern betrachtet nur das Endresultat aller Investitionen. Da ständig Geld in den Produktionsmittelkreislauf hineinfliesst (Investieren), aber auch hinausströmt (Liquidieren), da ständig gespart und entspart wird, kann nur der Saldo zwischen diesen Vorgängen zeigen, ob eine blossе Reproduktion, ob ein Kapitalverbrauch oder eine Netto-Kapitalbildung stattgefunden hat.

Steigt die Nachfrage nach Kapitalgütern und ursprünglichen Produktionsfaktoren, so bedeutet das, dass vermehrte Geldmittel in den Produktionsmittelkreislauf geleitet werden gegenüber vorher. Diese zusätzlichen Käufe stellen die Netto-Investitionen dar, die zur Folge haben, dass sich mehr Produktionsmittel der Produktivgüterherstellung widmen müssen, dass m. a. W. neues Kapital gebildet wird. Während eine Anzahl Autoren die Unterscheidung zwischen Gesamt- oder Bruttoinvestitionen (gros investment) und Nettoinvestitionen (net investment) einhalten, wird von anderen im Zusammenhang mit den Schwankungen in der Kapitalbildung nur noch von der Investition schlechthin gesprochen.

Anhand des bisher Ausgeführten ist leicht zu erkennen, dass die Investitionen eine Schlüsselstellung im vielfältigen Apparat der Wirtschaft einnehmen und deshalb dem Problem der Investition in der Nationalökonomie eine hervorragende Bedeutung zukommt. Dabei ist zu beachten, dass dieses Gebiet (im Zusammenhang mit der ge-

samen Kapitalbildung) die Aufmerksamkeit der Wissenschaft relativ spät gefunden hat. 1913 noch musste Wicksell konstatieren, dass die Literatur über die Theorie der Kapitalbildung ausserordentlich dürftig sei²⁶. In den Dreissigerjahren rückte dann besonders das Problem des Sparens in den Vordergrund der wirtschaftlichen Diskussion, und in diesem Zusammenhang wurde auch den Fragen der Investition steigendes Interesse entgegengebracht. Allmählich schob es sich sogar in den Mittelpunkt von Theorien, welche die Sicherung der Vollbeschäftigung, die Stabilisierung der Konjunkturbewegung auf einem depressionsfreien Niveau und die gleichmässige Wohlstandsvermehrung ermöglichen sollten. Der bekannteste Versuch einer solchen Theorie ist mit dem Namen John M. Keynes verknüpft, dessen Einflüssen man bei kollektiven Planungen immer wieder begegnet.

Die Nachkriegszeit des zweiten Weltkrieges hat nun einen neuen Aspekt im Problem der Investition geschaffen. Aus dem „Güterüberfluss“, aus der Ueberproduktion der Vorkriegszeit wurde ein wirklicher Gütermangel der Nachkriegszeit. Die Ursache dieses Zustandes ist in der eingeschränkten Konsumgüterproduktion während des Krieges zu suchen, in der gewaltigen Vermehrung der Kaufkraft, die über die Rüstungsindustrie in die Hände des Volkes floss und sich in der Anschwellung der Notenzirkulation offenbart, aber auch in der Lähmung eines wirklich freien internationalen Handels, der durch die kriegesrischen Unruhen in wichtigen Produktionsgebieten wie z. B. in Ostindien, durch die Schwergewichtsverlagerung der Produktion nach Amerika mit gleichzeitigem Mangel an Dollars, durch die Trennung Europas und nicht zuletzt durch den Ausfall Deutschlands als Produzent verursacht wurde. Die Volkswirtschaften der einzelnen Länder standen deshalb vor einer doppelten Aufgabe: Einerseits mussten sie in Anbetracht der inflatorischen Gefahren die Konsumgüterversorgung steigern, andererseits hatten sie ihre Produktion den veränderten internationalen Verhältnissen anzupassen. Im Zusammenhang damit entstanden Zahlungsbilanzschwierigkeiten: Da als einziges bedeutendes Versorgungsland an Produktivgütern nur noch die USA in Frage kamen, und weil ehemalige Grosslieferanten von Agrarprodukten und Rohstoffen im Kriege eine umfangreiche Industrialisierung begonnen hatten, musste man nun auch ihre Güter — die zudem sehr teuer geworden waren — mit Dollars oder mit Produktivgütern bezahlen.

Was nun die Investition betrifft, so ergeben sich daraus eine Reihe von Problemen, die sich in einer Frage zusammenfassen lassen:

26 Zitiert in Röpke: „Die Theorie der Kapitalbildung“, S. 6.

In welcher Weise kann trotz einer gesteigerten Investitionstätigkeit in Anbetracht der genannten Umstände das Gleichgewicht einer Volkswirtschaft herbeigeführt und erhalten werden?

Eine wichtige Rolle bei der Investition spielt die Zeit. Dem Mehrertrag, der nach der Investition von gegenwärtig verfügbaren Produktionsmitteln erhalten wird, steht auf der anderen Seite ein gewisser Zeitaufwand gegenüber. Die Kontinuität des Produktionsprozesses beruht ja hauptsächlich darauf, dass die meisten Investitionen deshalb gemacht werden, um während einer bestimmten Periode einen Strom von Gütern (Leistungen, Diensten) zu erhalten. Ebenso stellen in Wirklichkeit die Investitionen eine über einen längeren Zeitraum gehende Kette dar, denn bestimmte Investitionen werden nur in der Erwartung unternommen, dass solche auch in der nächstfolgenden Stufe getätigt werden. Die Zeit, die von der Investition einer bestimmten Menge von Produktivmitteln an bis zu dem Zeitpunkt verstreicht, wo aus dieser Investition auf der Konsumstufe ein entsprechendes Ergebnis anfällt, nennt die Oesterreichische Schule „Investitionsperiode“, genauer die Investitionsperiode dieser Investitionseinheit²⁷.

Änderungen in der Produktionstechnik wirken sich nun meist nicht auf alle ehemaligen Investitionsperioden gleich stark und im gleichen Sinne aus, sondern diese Veränderungen können graduell verschieden oder aber sogar reziprok sein. Die zeitliche Ausdehnung der Produktion eines Endgutes hängt natürlich eng zusammen mit der sogenannten Arbeitsteilung. Produkte, die früher in einem einheitlichen Arbeitsgang erzeugt wurden, benötigen heute mehrere solche, die an verschiedenen Orten stattfinden. Ob bestimmte ersparte Produktionsmittel in mehr oder weniger zeitraubenden Produktionsprozessen investiert werden, hängt letztlich von der Grösse des Ertrages ab. Solange wir nicht in unbegrenzter Menge Produktionsmittel zur Verfügung haben, wird immer ein solcher Produktionsprozess eingeleitet, der bei einem bestimmten Ergebnis am wenigsten Zeit benötigt, bis das Gut konsumreif ist. Der grösste Wert wird jenen Produktivmitteln beigemessen, die ihre Leistung unmittelbar an den Konsum abgeben, und nur weil technisch und wirtschaftlich die Möglichkeit besteht, diese Leistung hinauszuschieben, dafür aber einen entsprechend höheren Ertrag zu erhalten (Produktivität), werden Produktionsmittel in zeitraubenden Prozessen investiert, womit gleichzeitig eine Ursache des Zinsphänomens blossgelegt wird, auf das wir aber hier nicht näher einzugehen brauchen.

²⁷ F. A. v. Hayek: „The pure Theory of Capital“, S. 69 ff.

Die Theorien der Ueberinvestition als Teil der Konjunkturtheorie

Die Wichtigkeit der Investition wird auch dadurch illustriert, dass eine Reihe bedeutender Nationalökonomien sie in den Mittelpunkt ihrer Konjunkturerklärungen oder -theorien gestellt haben, die man heute zusammenfassend als „Ueberinvestitionstheorien“ bezeichnet²⁸. Diese Theorien gehen von dem durch die Tatsachen belegten Phänomen aus, dass die Kapitalgüterindustrien im Verlauf der Konjunkturschwankungen eine viel grössere Ausdehnung resp. Schrumpfung erfahren als die Konsumgüterindustrien. Nach Auffassung dieser Autoren ist die Kapitalgüterindustrie relativ überentwickelt; dadurch ergibt sich in den Perioden des Aufschwungs eine zu starke Expansion, die als Zeichen einer Gleichgewichtsstörung der Wirtschaft betrachtet werden muss. Das Ungleichgewicht wirkt sich fortlaufend auf den vertikalen Aufbau der Produktion aus, wobei die Kontraktion in der vertikalen Länge der Produktion als Krise und nachfolgende Depression auftritt. Die Ueberinvestitionstheoretiker betrachten die Schwankungen in den Investitionen geradezu als die eigentlichen Triebkräfte des Konjunkturzykluses überhaupt. Die Kräfte, die zum Ungleichgewicht in der Aufteilung der Produktion in Konsum- und Produktionsgüter führen, werden als vorwiegend monetärer Natur betrachtet, so z. B. die Diskrepanz zwischen dem (theoretischen) natürlichen Zins und dem Geldzins. Diese Auffassung vertritt die sogenannte monetäre Ueberinvestitionstheorie. Allerdings ist sie nicht mit den monetären Konjunkturtheorien zu verwechseln, da sie im Gegensatz zu letzteren den Konjunkturablauf nicht als rein monetäres Phänomen erfasst, sondern nur die Ueberinvestition mit monetären Vorgängen zu begründen sucht. Zu den „monetären Ueberinvestitions“-Theoretikern zählen Heyek, Mises, Robbins, Strigl und Machlup (Neo-Wicksell'sche Schule).

Eine zweite Gruppe von Theoretikern der Ueberinvestition leitet die Investitionsschwankungen vor allem von Erfindungen, Entdeckungen, wirtschaftlichen Verschiebungen usw. ab. Haberler reiht in diese Gruppe Wicksell, Spiethoff, Cassel, Robertson, aber z. T. auch Pigou und Schumpeter ein. (Obschon Wicksell der Begründer der sog. Neo-Wicksell'schen Schule der Konjunkturtheorie, also einer monetären Investitionstheorie, ist, gehört er nach Haberler zum zweiten Typus).

²⁸ Auf die gesamten konjunkturpolitischen Aspekte der Investition kann in dieser Arbeit nicht eingegangen werden, da diese überaus komplexer Natur sind. Wir müssen uns auf solche Probleme beschränken, die für unseren 2. Teil von Bedeutung sind.

Eine dritte Gruppe betont ferner die technologische Abhängigkeit der verschiedenen Produktionsstufen, wonach Aenderungen in der Konsumgüterproduktion zu starken Schwankungen in der Produktion von dauerhaften Gütern führen. Mit dieser Theorie beschäftigen sich Aftalion, Carver, Clark, Harrod u. a.

Diese Klassierung der verschiedenen Ueberinvestitionstheorien in drei Gruppen²⁹ kann natürlich die zum Teil recht erheblichen Differenzen zwischen den Gedanken der einzelnen Autoren nicht genügend berücksichtigen. Es ist auch gar nicht möglich, auf alle diese Theorien näher einzugehen. Ausführungen einiger Autoren werden uns in der Folge noch begegnen. Allgemein kann aber gesagt werden, dass die Ueberinvestitionstheorie das Problem der Konjunkturschwankungen gründlich untersucht und dass sie wertvolle Aufschlüsse zu geben in der Lage ist, besonders über die Fragen, mit denen wir uns hier beschäftigen und die auf der Voll- und Ueberbeschäftigung der Produktionsmittel basieren³⁰.

2. Beziehungen zwischen Konsumtion und Investition (Beschleunigungsprinzip)

Da das Endziel der Produktion die Bereitstellung von Gütern und Dienstleistungen an den Konsumenten ist, liegt es auf der Hand, dass Veränderungen in der Nachfrage nach Konsumgütern sich auf die Produktion von Kapitalgütern auswirken müssen. Die Tatsache, dass schon relativ schwache Nachfrageschwankungen im Konsumgütersektor starke Reaktionen in der Kapitalgüterindustrie hervorrufen, hat zur Aufstellung des sog. Beschleunigungsprinzips (acceleration principle) geführt. Diese Beschleunigung wirkt sich mit zunehmender Intensität von der Konsumgüterstufe nach rückwärts aus. Die gleiche Wirkung kann allerdings ebenso wie im Konsumgütersektor auch bei jeder beliebigen anderen Produktionsstufe ihren Ausgang nehmen, immer aber geht es nach „rückwärts“, d. h. in die Richtung der vorgelagerten Produktionsstufen. Wie das Beschleunigungsprinzip funktioniert, wird am besten an einem Zahlenbeispiel illustriert³¹. Der Wert der Jahresproduktion eines Gutes sei = 100, derjenige der entsprechenden Kapitalausrüstung = 500. Von diesem Maschinenpark müssen jährlich 10% ersetzt werden, es müssen also im Werte

29 Gottfried Haberler: „Prosperität und Depression“, S. 40.

30 idem.

31 Beispiel nach Haberler, S. 92.

von 50 neuen Maschinen angekauft werden (Ersatzinvestition). Nun sei angenommen, die Nachfrage nach dem Gut steige um 10% von 100 auf 110. Diese Steigerung um 10% macht es notwendig, auch den dazugehörigen Maschinenpark zu erhöhen, denn wir nehmen an, dass nur dadurch die verlangte Mehrproduktion möglich wird (nicht aber durch erhöhte Beanspruchung der vorhandenen Maschinen). Die Neuinvestition infolge der Nachfrageerhöhung nach dem erzeugten Gut macht ebenfalls den gleichen Prozentsatz aus, also 10% des Wertes = 50 Einheiten. Das sind 100% der bisher (bei unveränderter Nachfrage) notwendigen Produktion von Kapitalgütern. Von 10% auf der einen springt die Expansion also auf 100% auf der vorangehenden Produktionsstufe, womit die erste Wirkung des Beschleunigungsvorganges ersichtlich wird.

Beträgt nun im drauffolgenden Zeitabschnitt die Steigerung in der Nachfrage nicht mehr 10%, sondern nur noch 5%, (also total 105% der Ausgangssituation), so machen die Nettoinvestitionen ebenfalls 5%, also 25 Werteinheiten aus. Die Nachfrage nach Kapitalgütern fällt von 100 (50 + 50) auf 75 (50 + 25) Werteinheiten, ist also absolut niedriger als vorher.

Wenn bei den Kapitalgütern die Ersatzinvestition pro Jahr 5% des Wertes ausmacht, so führt die 10%ige Nachfragevermehrung nach dem Produkt gar zu einer 200%igen Expansion in der Nachfrage nach Kapitalgütern. Das besagt mit anderen Worten, dass das Beschleunigungsprinzip umso stärker wirkt, je dauerhafter die betreffenden Kapitalgüter sind, die das Produkt erzeugen, bei dem die Nachfrage einsetzt. Sehr wichtig ist die Tatsache, dass solche Steigerungen in der Nachfrage — um die Wirkung der Beschleunigung auf diese Art ausdrücken — sofort zu entsprechenden Expansionen in der Investitionen zwingen und Anschaffungen von Kapitalgütern bewirken, die ihre Dienste über eine längere Zeit abgeben, also auch dann noch, wenn vielleicht die Nachfrage nach dem Produkt bereits relativ oder absolut zurückgegangen ist. Im theoretischen Ablauf ist somit die Wirkung des Beschleunigungsprinzips ausserordentlich schwerwiegend.

Es ist auf den ersten Blick ersichtlich, dass sich dieses Prinzip auf das fixe Kapital stützt, auf dauerhafte Kapitalgüter. Es wird in dieser Theorie zwar auch der Fall erwähnt, in dem beim zirkulierenden Kapital eine Beschleunigung eintritt, dann nämlich, wenn für einen bestimmten Absatz an Produkten ein entsprechender Vorrat gehalten wird, woraufhin, wenn der Vorrat grösser ist als der Verkauf, analog zum fixen Kapital ebenfalls eine überproportionale Vermehrung der Vorräte eintreten muss. Im Unterschied zum Fixkapital ist hier aber eine Befriedigung der Nachfrage ohne vorgängige Vermehrung der

Kapitelausrüstung möglich; eine solche erfolgt höchstens nachträglich, sofern die Nachfrage weiterhin entsprechend zunimmt. Ist dies nicht der Fall, so wird der Unternehmer seine Vorräte kaum schon nach dem Masstab der ersten Nachfragesteigerung vergrössern.

Nun aber kommt es darauf an, welche Rolle das fixe Kapital in der Erzeugung des betreffenden Gutes spielt, und welche das zirkulierende. Eine Darstellung, die einzig das fixe Kapital berücksichtigt, entfernt sich zu weit von der Wirklichkeit. In dem Masse aber, in dem die Nachfragevermehrung nach dem Endprodukt durch eine Vermehrung des zirkulierenden Kapitals, durch nichtdauerhafte Güter, befriedigt werden kann, verliert auch das Accelerationsprinzip an Wirkung und Bedeutung. Ist nämlich die Dauerhaftigkeit des Kapitalgutes = 0, so erfolgt auch in der vorgelagerten Stufe nur eine Ausdehnung von der gleichen Quantität wie die der Nachfrage. Zum Beispiel: Die vermehrte Nachfrage um 10% kann dadurch befriedigt werden, dass mehr Rohstoffe oder Halbfabrikate angekauft werden bei intensiverer Arbeit des fixen Kapitals. Ausser den üblichen Ersatzanschaffungen steigen die Nettoinvestitionen nur um 10% (in zirkulierendem Kapital). Die durch erhöhte Beanspruchung beschleunigte Abnutzung kann hier vernachlässigt werden, ist aber praktisch ebenfalls zu beachten.

Eine weitere Voraussetzung, die fallen gelassen werden muss, ist die, dass keine unausgenützten Kapazitäten bestehen, die herbeigezogen werden können. Gerade beim Bestehen einer Acceleration wird sich eine Steigerung in der Nachfrage nach dauerhaften Kapitalgütern immer auf eine relativ grosse Zahl stillliegender Kapitalgüter stützen können, die eine vorangegangene Nachfrageverminderung (absolut oder relativ) übriggelassen hat. Im negativen Sinn — d. h. bei einer Nachfrageverminderung — kann das Accelerationsprinzip ja nur zu einer Abnahme der Produktion von Kapitalgütern führen, nicht aber zu einem Kapitalverzehr.

Schliesslich besteht die Möglichkeit, dass die Vermehrung der Nachfrage nach dem Gute A durch eine Verminderung derselben nach dem Gute B kompensiert wird. Bei den nicht-spezifischen Produktionsmitteln wird es dabei zu einem allmählichen Richtungswechsel von B und A kommen, ohne dass eine absolute Vermehrung der Produktion nötig ist. In den neuen Produktionsstufen, wo die Güter z. T. bereits eine spezifische Gestalt angenommen haben, wird zwar das Prinzip noch wirksam sein, je weiter aber der Impuls nach rückwärts geht, umso mehr kann die anfallende Nachfrage nach Produktionsgütern für das Gut B durch die vermehrte Erzeugung solcher für Gut A ausgeglichen werden. (Die Stahlindustrie z. B. ist für eine ganze Anzahl von Konsumgütern die gemeinsame Basis; je

näher nun eine solche gemeinsame Basis zwei verschiedenen Gütern mit ungleicher Nachfragevermehrung resp. -verminderung liegt, umso leichter ist ein blosser Richtungswechsel möglich).

Mit steigendem Investitionsvolumen wächst aber in den anschließenden Zeitabschnitten auch der Ersatzbedarf, sodass die Uebersetzung ebenfalls etwas verkleinert wird.

Alle diese Einschränkungen widerlegen nun allerdings die Existenz eines sich verstärkenden Impulses der Nachfrage nach einem Produkt auf das Fixkapital der vorgelagerten Stufen nicht. Notwendig ist natürlich, dass die Geldmittel für die Investition aufgebracht werden. Gespart können sie nicht erst werden — da dies ja eine Einschränkung des Konsums voraussetzen müsste—, demnach basiert die Beschleunigung auf der Kreditexpansion. Im Falle, dass aus irgendwelchen Gründen (z. B. psychologischen) die Kreditexpansion nicht Schritt halten kann, werden auch die Neuinvestitionen nicht mehr fertiggestellt, woraus sich ebenfalls Störungen einstellen können, die zum Zusammenbruch der Expansion führen. Haberler erwähnt auch Aftalion³², der betont, dass gerade die Fertigstellung der Produktionsumwege der Punkt sei, der zur Krise führe. Indem nämlich nach einer gewissen Zeit die vermehrte Konsumgüterproduktion wirksam werde, fallen die Preise, worauf die Konsumgüterindustrien, und von da aus die vorgelagerten Stufen, beginnen, ihre Produktion einzuschränken.

Das Wegfallen der Annahmen und der zur theoretischen Erklärung notwendigen Voraussetzungen hat zu den erwähnten Einschränkungen gezwungen. Gleichwohl ist die Theorie für die Erfassung der Vorgänge im Bereich der dauerhaften Kapitalgüter sehr wertvoll. Es ist möglich, dass sich dem Beschleunigungsprinzip alle jene Ausweichmöglichkeiten und Friktionen entgegenstellen, die wir erwähnt haben; diese Tatsache würde jedoch nicht verhindern, dass wenigstens tendenzmässig die Acceleration vorhanden ist und so doch Wirkungen erzeugt werden, denen irgendwie Rechnung getragen werden muss.

3. Investitionsschwankungen und zirkulierendes Kapital

Die heutige Produktion wird vielfach mit dem Ausdruck Umwegproduktion charakterisiert. Zur Herstellung eines noch so einfachen Gutes genügt die Existenz einfacher Werkzeuge nicht mehr, sondern

32 „Prosperität und Depression“. S. 105.

es bedarf hiezu meistens grosser Maschinen, die ihrerseits als Voraussetzung Werkzeugmaschinen, Motoren, Messinstrumente usw. haben. Die Produktion durchläuft, bis sie in den Endprodukten zur Genussreife (Verbrauch) gelangt, eine Phase von verschiedenen Zwischenstufen, die man gesamthaft auch die Phase der Produktivgütererzeugung nennen kann. Je nach der Länge der Produktionsumwege gestaltet sich auch der Aufbau der Produktion; die Länge der Produktionsumwege aber ist abhängig von der auf die Zwischenproduktion gerichteten Nachfrage. Diese Nachfrage haben wir als die Investition bezeichnet.

Die Wirkungen einer Veränderung in der Länge der Produktivumwege auf den Aufbau der Produktion sind nun von ganz bestimmter Art, die sich anhand eines Modells aufzeigen lassen. Eine Darstellung dieser Vorgänge gibt v. Hayek in seinem Buch „Preise und Produktion“, in dem er letztlich die Wirkungen der Geldmenge auf die Produktion aufzeigen will³³. Mittels eines graphischen Schemas, das auch hier übernommen wurde, werden diese Veränderungen klargelegt. Allerdings muss hier bemerkt werden, dass es sich nur um Tendenzen handeln kann. Hayek stellt einleitend fest: „Die Vorgänge, die mit dem Uebergang zu mehr oder weniger kapitalistischen Produktionsmethoden verbunden sind, sind jedoch so verwickelter Natur, dass es nur möglich ist, die Zusammenhänge klarzustellen, wenn man von ausserordentlich vereinfachten Annahmen ausgeht...“³⁴. Eine erste solcher Annahmen ist, dass wir von einem Gleichgewicht zwischen der Konsumgüter- und der Produktivgütererzeugung ausgehen. Weiter setzen wir voraus, dass der Produktionsprozess vollkommen kontinuierlich ablaufe und die Zeitabstände zwischen den einzelnen Produktionsstufen gleich gross sind. Alle Einkommen werden entweder zur Nachfrage nach Konsumgütern oder zur Nachfrage nach Produktivgütern benutzt, es gibt also kein Horten. Die Erscheinung des Zinses sowie die Mehrproduktivität können in der schematischen Darstellung der Einfachheit halber ebenfalls vernachlässigt werden. Der Zins wird hier insofern unberücksichtigt gelassen, als er wie Lohn und Grundrente den Eigentümern der ursprünglichen Produktionsfaktoren erst am Ende des Produktionsprozesses ausbezahlt wird, also erst bei Bezahlung der Konsumgüter durch die Konsumenten. Bis zur Fertigstellung der Konsumgüter bleiben die Besitzer der ursprünglichen Produktionsmittel Eigentümer des wertmässig auf sie entfallenden Teils der Zwischengüter.

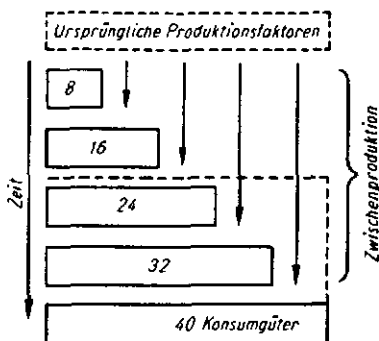
33 F. A. v. Hayek: „Preise und Produktion, S. 36.

34 idem, S 35.

So stellt sich denn der Produktionsprozess zu irgendeinem beliebigen Zeitpunkt als ein Bild dar, in dem zuoberst die Masse der originären Produktionsfaktoren Arbeit und Boden steht, dann folgt die erste, primitivste Stufe der Kapitalproduktion, die eine bestimmte Anzahl von solchen originären Produktionsmitteln absorbiert, die nächste Stufe nimmt neben den Produkten der ersten Stufe wiederum eine bestimmte Anzahl originärer Faktoren auf, und so vergrössert sich der Produktionsstrom gleichmässig (unter Voraussetzung gleichbleibender Anwerbung von Arbeit und Boden) von einer Stufe zur nächsten, bis die letzte Stufe, die der Konsumgütererzeugung erreicht ist.

In unserem Schema schreitet der Güterfluss von oben nach unten. Die senkrechte Achse stellt den Faktor Zeit dar, die Basislinie den Wert der Produktion. Der Wert der aufgewendeten originären Produktionsfaktoren drückt sich schliesslich im Gesamtwert der letzten Produktionsstufe aus. Die Rechtecke stellen die zu einem bestimmten

Abb. 1



Zeitpunkt auf jeder Produktionsstufe vorhandenen Gütermengen dar. Je länger nun die Zeitachse ist, umso grösser ist die auf eine bestimmte Konsumgütermenge entfallende Produktivgütermenge, immer aber stellt sie ein Mehrfaches der zur Ausreife gelangenden Konsumgütermenge dar. Die absolute Länge der Zwischenproduktion umfasst die Stufen 1—4, wobei in unserem Schema infolge der Annahme der kontinuierlichen Entwicklung die durchschnittliche Dauer genau halb so gross ist wie die effektive.

Wir würden also von der gesamten Zwischenproduktion, bezogen auf die durchschnittliche Zeitdauer, ebenfalls ein Rechteck erhalten, das mit dem Rechteck der untersten (Konsumgüter-) Stufe in einem bestimmten Verhältnis stehen müsste. Man erkennt auch, dass die Zwischenproduktion zweimal grösser ist als die Konsumgüterproduktion. Man kann nun auch jedes Rechteck auf der Zwischenstufe und das der Endstufe in ein Dreieck umwandeln, denn tatsächlich ist ja die Produktion in den Zwischenstufen überall so wie das Gesamtbild. Der Uebersichtlichkeit halber seien aber die Zwischenstufen so dargestellt, wie sie sich im Durchschnitt einer Periode ergeben. Da die Rechtecke, resp. deren Flächeninhalt nicht physische Mengen darstellen, sondern deren Werte, so ergibt sich in unserem Beispiel bei einem Wert der Konsumgüter von 40, ein Wert der Zwischenproduktion von 80⁸⁵.

Es ist aber auch ersichtlich, dass die Konsumgüterstufe der höchsten Investitionsquote bedarf, um immer gleichviel Güter erzeugen zu können, dass aber aus dem gleichen Grund die Investition in der gesamten Zwischenproduktion ebenfalls ein Mehrfaches davon sein muss. Bei den hier angenommenen Werten wäre die Investition der Konsumgüterindustrie in Produktivgütern 32, diejenige der Zwischenstufen jedoch 48, das Verhältnis also 2:3. Da wir hier vorerst von der Kapitalbildung absehen, also eine stationäre Wirtschaft annehmen und der Gesamtwert aller Leistungen unverändert bleibt, ist der Wert der Konsumgüter gleich dem Einkommen der ursprünglichen Produktionsfaktoren.

Je nach dem Verhältnis zwischen der Gesamtnachfrage nach Produktionsmitteln und Konsumgütern ändert sich nun auch die Struktur der Produktion, d. h., es findet solange eine Verlängerung oder Zusammenziehung der Produktionsumwege statt, bis sich wieder ein neues Gleichgewicht eingespielt hat. Eine Expansion der Investitionen führt dabei zu einer Verlängerung der durchschnittlichen Produktionsdauer, eine Vermehrung der Konsumgüternachfrage zu einer Verkürzung derselben.

Die Verschiebungen können auf folgenden Ursachen beruhen:

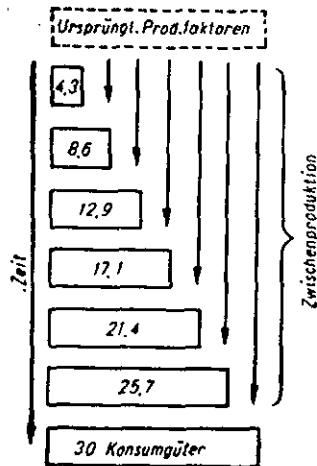
1. Echtes Sparen einerseits und Kapitalverzehr anderseits.
2. Veränderungen in der Geldmenge.

Fall 1) bewirkt eine direkte Verschiebung in der Nachfrage, und zwar einmal zugunsten der Produktionsmittel, das andere Mal zugunsten der Konsumgüter. Zur Veranschaulichung können wir uns des bereits

⁸⁵ *idem*, S. 45.

erwähnten Beispiels Hayeks bedienen. Es wird angenommen, dass die Konsumenten ein Viertel ihres Einkommens (das der Konsumgüternachfrage entspricht) sparen und investieren. Die Konsumgüternachfrage vermindert sich von 40 auf 30, die Produktionsmittelnachfrage steigt von 80 auf 90, das Verhältnis verschiebt sich von 1:2 auf 1:3. Dazu schreibt Hayek: „Die zusätzlichen zum Kauf von Zwischenprodukten verfügbaren Beträge müssen nun so verwendet werden, dass der schliessliche Ertrag an Konsumgütern ohne Verlust gegen den nun auf 30 verringerten Geldbetrag, der zu ihrem Kauf zur Verfügung steht, verkauft werden kann. Dies kann offenbar nur der Fall sein, wenn die durchschnittliche Länge der Produktionsumwege und daher, in unserm Beispiel, auch die Zahl der selbständigen Produktionsstufen im gleichen Verhältnis steigt wie die Nachfrage nach Konsumgütern gestiegen ist, d. h. die Zahl der Produktionsstufen von durchschnittlich 2 auf durchschnittlich drei (oder von insgesamt vier auf gesamt sechs) steigt³⁶.“

Abb. 2

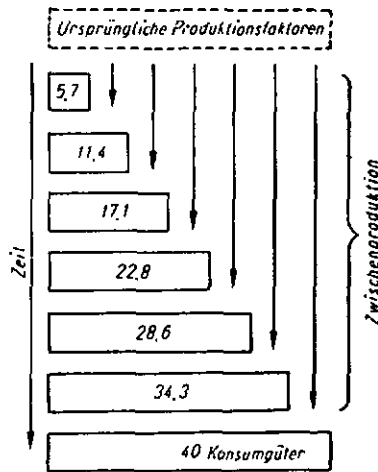


Wir sehen also, dass die Produktion kapitalistischer geworden ist, obgleich die Geldmenge unverändert geblieben ist. Ferner geht hervor, dass die an die ursprünglichen Produktionsfaktoren fließenden Einkommen kleiner geworden sind. Das Gesamteinkommen hat sich zwar nicht verändert, aber zugunsten der Produzenten von Zwischenprodukten verschoben. Das Verhältnis der Investitionen in der Kon-

³⁶ Idem, S. 50.

sumgüterindustrie zu denen in der Zwischenproduktion hat sich ebenfalls zugunsten der letzteren verschoben. Um diesen nun verlängerten Aufbau der Produktion beizubehalten, muss der Geldwert der Konsumgüter, d. h. die für die Konsumgüter angebotene Geldmenge auf dem kleineren Stand bleiben. Da zuerst infolge der Umschaltung von Produktionsmitteln von der Konsumgüterindustrie auch die Erzeugung an Konsumgütern abnimmt, wird sich dies solange auf die Preise nicht bemerkbar machen, bis die Einschlagung längerer Produktionswege das Produktionsvolumen der Endprodukte vergrößert. Dann aber erleiden die Konsumprodukte einen Preisfall, denn es steht einem vermehrten Anfall an Konsumgütern keine vergrößere Geldmenge gegenüber.

Abb. 3



Der der Kapitalbildung entgegengesetzte Vorgang, der Kapitalverzehr, hätte zur Folge, dass die Produktionsumwege immer kürzer würden, denn die Vermehrung der Konsumgüternachfrage müsste den Geldumlauf in der Zwischenproduktion notwendigerweise einschränken. Die Höhe des Dreiecks nimmt ab, die Basis jedoch zu. Dadurch wird auch der immer grösser werdende Anteil der ursprünglichen Produktionsfaktoren am Gesamteinkommen demonstriert.

Wenden wir uns nun aber dem Fall zu, der sich aus einer Veränderung der Geldmenge ergibt. Für uns ist besonders die Vermehrung der Geldmittel in Form von Investitionskrediten wichtig. Ausgehend vom Gleichgewichtszustand (Abb. 1) wird nun das Verhältnis der Konsumgüternachfrage und der Produktivgüternachfrage wie-

der zugunsten letzterer verschoben. Bei vorerst unveränderter Konsumgüternachfrage (40) wird das Dreieck wieder höher, das heisst, es entstehen wiederum zwei neue Produktionsstufen, es spielt sich also der gleiche Vorgang ab wie beim Fall des Sparens, nur ist der Gesamtwert aller Güter jetzt ein Drittel höher als vorher. (Abb. 3).

Zwischen der Verlängerung der Produktionsumwege durch echtes Sparen und durch Kreditexpansion besteht aber doch ein bemerkenswerter Unterschied, indem nämlich im ersten Fall zugleich eine Steigerung der Realeinkommen stattfindet, da infolge der freiwilligen Konsumverzichte sich bei gleichbleibender physischer Konsumgütermenge deren Wert vermindert hat; im zweiten Fall tritt dagegen eine Verminderung der Realeinkommen ein.

Man ist deshalb zu der Annahme berechtigt, dass beim freiwilligen „echten“ Sparen die neue Aufteilung zwischen den Konsumausgaben und den Ersparnissen beibehalten wird. Bei den in diesem Modell gemachten Voraussetzungen herrscht sogar die Tendenz vor, die Produktionsumwege immer mehr zu verlängern, denn je länger die Produktionsumwege, umso grösser die Produktivität, umso höher also bei gleichbleibender Geldmenge das in Konsumgütern ausgedrückte Geldeinkommen der Produktionsfaktoren.

Beim erzwungenen Sparen — der Kreditexpansion — andererseits wird sich die gegenteilige Tendenz einstellen. Die durch die Produktivkredite finanzierten Investitionen werden ebenfalls eine Einschränkung der laufenden Konsumgütererzeugung verursachen, nur liegt dieser Konsumverzicht nun nicht in der Absicht der Konsumenten, die mit den gleichen Geldbeträgen wie vorher um die nun kleiner gewordene Konsumgütermenge konkurrieren. Deren Preise spielen sich also erst bei einem höheren Niveau wieder ins Gleichgewicht ein. Die Realeinkommen der Konsumenten sinken.

Andererseits wird sich eine starke Konkurrenz um die Produktionsfaktoren ergeben, da ja auch die Konsumgüterindustrie sich anfänglich einer unverminderten Nachfrage erfreut. Durch die Konkurrenz der Unternehmer um die Produktionsfaktoren erhöht sich aber deren Preis und folglich auch das Einkommen der ursprünglichen Produktionsfaktoren. Dies versetzt sie als Konsumenten in die Lage, die erhöhten Konsumgüterpreise wieder zu zahlen und die Nachfrage nach solchen zu erhöhen. Das alte Verhältnis zwischen Konsumgüter- und Produktionsgüternachfrage wird wieder hergestellt. Hayek schreibt dazu:³⁷

37 idem, S. 56/57.

„Wenn wir annehmen, dass wieder genau zu dem alten Verhältnis zurückgekehrt wird, dann wird auch der Aufbau der Produktion zu dem Ausgangsstand zurückkehren müssen, von dem sich der nunmehrige Zustand nur durch die geänderten Geldwerte unterscheidet. Die Produktion wird also wieder weniger kapitalistisch werden müssen und das Kapital, das in Produktionsanlagen gebunden ist, die nur für den kapitalistischeren Prozess geeignet sind, wird verloren gehen“.

Darnach müsste sich die Zwischenproduktion wieder auf vier Stufen reduzieren, die sich nun nur durch die geänderten Geldwerte unterscheiden. Hayek betont aber selber, dass es keineswegs notwendig sei, dass das Verhältnis zwischen Konsumgütern und Produktivgütern wieder genau auf den alten Stand zurückkehrt, sobald die Geldvermehrung aufhört. Denn soweit es den Unternehmern inzwischen gelungen sei, die längeren Produktionsprozesse abzuschliessen, würden sie durch die höheren Einkommen in die Lage versetzt, den neuen Prozess fortzusetzen, d. h. ohne Konsumeinschränkung dauernd einen grösseren Teil ihrer Einkommen auf Zwischenprodukte und ursprüngliche Produktionsfaktoren aufzuwenden.

An diese schematische Darstellung anknüpfend, entwickelt Hayek eine ganze Theorie mit der Absicht, nachzuweisen, dass es für die Wirtschaft besser sei, nicht mit der Geldmenge zu manipulieren, und dass es gefährlich sei, Depressionen mit „ein wenig Inflation“ bekämpfen zu wollen.

Für unser Problem hat diese Darstellung jedoch vorläufig nur den Zweck, die Vorgänge im Produktionsaufbau zu erklären, die sich aus der Veränderung der Investitionen ergeben. Infolge der grossen Reihe von Annahmen kann es sich in Wirklichkeit dagegen vorwiegend nur um Tendenzen handeln.

Nach Hayek ist also diejenige Verlängerung der Produktionsumwege, deren Geldmittel durch freiwillige Konsumeinschränkung bereitgestellt worden sind, von Dauer, während diejenige, welche auch auf einer Kreditexpansion begründet ist, und die im Gegensatz zum ersten Fall ein Steigen der Konsumgüterpreise hervorrufe, nach Aufhören der Kredite keinen Bestand mehr hat, so dass sich die Produktionsstruktur auf eine weniger kapitalintensive Form zusammenziehen müsse. Diese Gedankengänge drücken geradezu das Gegenteil dessen aus, was wir als die Wirkung des Beschleunigungsprinzipes kennengelernt haben, das besagt, dass das Anziehen der Konsumgüternachfrage —, gekennzeichnet durch höhere Preise und demnach höhere Gewinne — eine sogar übersetzende Wirkung auf die Expansion der vorgelagerten Produktionsstufen ausübe.

Bei einer Umgestaltung des Produktionsapparates im Sinne eines vermehrten Einsatzes von Kapital werden die hiezu notwendigen Geldmittel nicht restlos als Einkommen eine entsprechende Erhöhung der Konsumgüternachfrage mit sich bringen. Ein Teil davon wird in der Folge in der Produktionssphäre bleiben müssen, da sich ja die Ersatzinvestitionen ebenfalls entsprechend erhöhen³⁸. Ferner ist es nicht gesagt, dass die Einkommensvermehrung, die durch die höheren Löhne, die vermehrte Beschäftigung und grösseren Gewinne etc. geschaffen wird, gesamthaft wieder als Konsumnachfrage erscheint. Es wird Einkommenskategorien geben, deren Verbrauchsbedarf mit steigendem Einkommen abnimmt und deren Sparquote zunimmt. Zunahme der Spartätigkeit und Ausdehnung der Kredite können in einer dynamischen Wirtschaft gut parallele Vorgänge sein.

Nach Hayek würden die Produktionsmittel infolge der höheren Gewinne in die Konsumgüterindustrie fließen und damit in den Produktionsmittelstufen zur Folge haben, dass der Faktor Arbeit billiger wird und dadurch erst recht eine Substitution des Kapitals durch die Arbeit stattfinden. Auch bei einer sehr expansiven Investitionstätigkeit, deren Merkmal eine starke Konkurrenz um die Produktionsfaktoren ist, werden jene Güter im Produktionsprozess, die bereits

38 F. A. v. Hayek: „Gibt es einen Widersinn des Sparens?“, S. 34 ff. — Hayek bemerkt hiezu:

„Der Unterschied gegenüber dem Fall der Investition in umlaufendem Kapital besteht darin, dass sich die in jeder Periode auf Produktionsmittel aller Art gerichtete Nachfrage gegenüber der im gleichen Zeitraum nach Konsumgütern gerichteten dauernd nicht um den ganzen neu investierten Betrag erhöht, sondern nur um die zu seiner Instandhaltung und Amortisation erforderlichen Summen. Der Vorgang ist hier der, dass sich, solange die zusätzlichen dauernden Produktionsmittel neu hergestellt werden, zwar die Nachfrage nach Konsumgütern um den vollen ersparten und investierten Betrag vermindert. Die dadurch bedingte Umleitung von Produktionsmitteln aus der Befriedigung des laufenden Konsums zur Produktionsmitteleerzeugung ist jedoch teilweise vorübergehender Natur. Sobald nämlich die neuen dauerhaften Produktionsmittel fertiggestellt sind und die Erzeugung von Endprodukten mit ihrer Hilfe entsprechend vermehrt werden kann, stehen für deren Abnahme auch Geldeinkünfte der Konsumenten zur Verfügung, die gegenüber früher nicht um den ganzen Wert des neu erstellten Kapitals vermindert sind, sondern nur um jene Beträge, die zu seiner Erhaltung und Amortisation aufgewendet werden müssen. Einen Betrag von dieser Höhe wird der Unternehmer aber dauernd von seinen Einkünften beiseite stellen und damit dem Konsumenten entziehen müssen.“

„Die zur Amortisation bereitgestellten Beträge werden erst zum Ankauf neuer Kapitalgüter benutzt werden können, wenn sie auf den vollen Amortisationsbetrag aufgelaufen sind. Unterdessen wird sie aber der Unternehmer gleichwohl gewinnbringend anlegen, und zwar wird dies meist in Umlaufkapital stattfinden.“

eine sehr spezifische Form haben, fertiggestellt und entsprechend eingesetzt. Dadurch erfährt aber die erwähnte Substitution eine beträchtliche Abschwächung. Andererseits müssen die zirkulierenden Güter (oder die nicht dauerhaften), die sich schon in der Nähe des Konsumenten befinden, ebenfalls fertig produziert werden, bevor neue, kapitalintensivere Produktionsmethoden tatsächlich lohnend werden. Die kurzfristige Verschiebung von Arbeit gegen Kapital, wie auch die Beweglichkeit der einzelnen Produktionsfaktoren innerhalb der Produktion, z. B. von der Konsumgutindustrie in eine Basisindustrie, ist bedeutend weniger gross, als dies Hayek und mit ihm eine Reihe von Neo-Klassikern annehmen³⁹. Die Technik hat z. B. bei den maschinellen Ausrüstungen eine hohe Spezialisierung und demnach eine beschränkte Vielseitigkeit gebracht, so dass sich Verschiebungen im Einsatz solcher Mittel sehr leicht als unwirtschaftlich erweisen. Allgemein ausgedrückt: Die dauerhaften Produktionsmittel sind in Wirklichkeit spezifischer als sie in der Theorie Hayeks dargestellt werden⁴⁰.

Die Kreditexpansion vollzieht sich nach Hayek in einer ziemlich heftigen, im Grund bereits krisenhaften Form, die ein plötzliches Ende hat. An eine solche, sehr expansive Bewegung denkt wahrscheinlich auch Haberler, wenn er zur These Hayeks, dass eine grosse Neigung zum Konsum eine „Kapitalverknappung“ hervorruft, schreibt: „Der Autor des vorliegenden Werkes würde zugeben, dass in der oben beschriebenen Situation, die durch ein Aufhören der Kapitalausweisung charakterisiert ist, ein Sinken der Investitionstätigkeit durch ein Steigen der Neigung zum Konsum nicht verhindert werden kann. Der Grund ist jedoch ein anderer als der von Hayek angeführte: Er liegt in der Knappheit der Arbeit (von uns gesperrt) und nicht in den hohen Profitraten... Die Konsumgüterindustrien können nicht mehr expandieren und machen deshalb keine Zusätze zu ihrer Kapitalausrüstung“⁴¹.

Eine fühlbare Knappheit an Arbeitsangebot wird sich in einer sich gleichmässig und nicht ekzessiv ausdehnenden Wirtschaft aber kaum einstellen, da in diesem Fall doch Zeit genug vorhanden ist, z. B. arbeitssparende maschinelle Ausrüstungen in Betrieb zu setzen und die Produktion dem Angebot an Arbeit, dauerhaften und

39 Haberler: „Prosperität und Depression“, S. 466.

40 Immerhin sind in der modernen Technik auch Tendenzen festzustellen, die in der Richtung einer möglichst mehrfachen Verwendung bestimmter Produktionsmittel gehen, denken wir nur an sog. Universalwerkzeugmaschinen, an den „Jeep“ usw.

41 Haberler: „Prosperität und Depression“, S. 466.

nicht dauerhaften Produktionsgütern anzugleichen. Auch in dieser Form der wirtschaftlichen Expansion ist die Finanzierung mittels Krediten möglich. Es ist — um nochmals Haberler zu erwähnen — „in einer sich entwickelnden Wirtschaft, in der die Güterproduktion im allgemeinen dauernd steigt und die Preise deshalb zu fallendieren, der Rahmen für eine dauernde Kreditexpansion zu einem gleichmässigen Satz gegeben“⁴². Wogegen Hayek meint, dass die freiwillige Spartätigkeit im Gegensatz zur Kreditexpansion, d. h. dem erzwungenen Sparen, keinen heftigen Schwankungen unterworfen ist und eigentlich nie aufhöre.

Eine andere Voraussetzung, die der Hayek'schen Theorie der „Entkapitalisierung“ zugrunde liegt, ist das Bestehen der Vollbeschäftigung, in der eine weitere Ausdehnung der Konsumgüterfabrikation nur noch auf Kosten der vorgelagerten Stufen gehen kann. Besteht jedoch keine Vollbeschäftigung, so werden zuerst die zur Zeit nicht in den produktiven Arbeitsprozess eingegliederten Produktionsfaktoren mobilisiert. Gelingt es mit deren Hilfe, die Produktionsumwege auf den neuen Stand zu bringen, so besteht kein zwingender Grund, dass wieder eine Kontraktion des Produktionsaufbaues stattfindet, denn mittlerweile wird die Konsumgüterproduktion — auch wenn sie vorübergehend zurückging, — dank der nun erreichten Produktionsverbesserung ebenfalls umso grösser geworden sein. Zudem ist hier rein quantitatives Denken fehl am Platze, weil eine Veränderung des Produktionsaufbaues auch neuartige Konsumgüter auf den Markt bringen kann.

Hayek ist also ein typischer Vertreter derjenigen Richtung, die dem Instrument des Kredites ablehnend gegenübersteht und die aus diesem Grunde eine solchermassen ermöglichte Investitionstätigkeit als eine Ursache der Krise und Depression betrachtet. Damit stets ein Preisgefälle gegen die Konsumgüter bestehe, darf die Geldmenge nicht vermehrt werden. Diese Auffassung besitzt aber eine Reihe bedeutender Gegner. Unter ihnen hat vor allem Keynes das Verdienst, eine Theorie geschaffen zu haben, die ihrerseits die Investition als ein machtvolles Instrument dauernder Vollbeschäftigung betrachtet.

4. Keynes und das Problem der Investition

In der Diskussion um das Problem der Investition, insbesondere der Investitionspolitik, ist heute der Name Keynes nicht mehr wegzudenken. Er spielt in den Konzeptionen der heutigen Planwirtschaftler

⁴² Idem, S. 61.

sozialistischer Prägung eine derart grosse Rolle, dass man ihn mit Fug als einen derer geistigen Träger bezeichnen darf. Seine Ideen waren zum grossen Teil eine Abkehr von der bisherigen Lehre und halfen natürlich mit, das ohnehin nicht sehr geeinte Lager der Wirtschaftswissenschaftler neuerdings zu spalten. Obschon seiner Theorie heute grundlegende Mängel vorgeworfen werden können, enthält sie viele Erklärungen, Deutungsversuche und Erkenntnisse, die Bedeutendes zum Verstehen der wirtschaftlichen Zusammenhänge beigetragen haben und natürlich Vertreter einer aktiven Wirtschaftspolitik, denen sie geradezu theoretisch begründete Rezepte lieferte, zu begeistern vermochte.

Obleich wir uns hier nicht mit der Frage der Vollbeschäftigung als solche befassen, möchten wir die für uns wichtigen Gedankengänge Keynes' herausgreifen, denn sie bilden geradezu den Uebergang zu unserem zweiten Abschnitt, in dem wir die Rolle der Investition in der Planwirtschaft verfolgen wollen. Keynes' Auffassung ist der Hayek'schen Theorie entgegengesetzt, — dieser ein Verfechter der möglichst unberührten Wirtschaft, Gegner der Geldvermehrung, Befürworter des Sparens (der Konsumeinschränkung), jener Wortführer eines staatlichen Kontroll- und Regulierungssystems und Warner vor der zunehmenden Sparneigung, die er als Axiom betrachtet.

In seiner Allgemeinen Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes unternimmt es Keynes, die Zusammenhänge aufzuzeigen, die in jeder Situation den Grad der Beschäftigung einer Volkswirtschaft bestimmen und deren Kenntnis einer aktiven Wirtschaftspolitik die Mittel in die Hand geben soll, von sich aus korrigierend auf die Menge der Beschäftigung einzuwirken. Es stellen sich dabei enge funktionelle Verbindungen zwischen dem psychologisch bedingten Hang zum Verbrauch der betreffenden Bevölkerung einerseits, ihrem Sparsinn andererseits und den getätigten Investitionen heraus, wobei unter der Voraussetzung eines unveränderlichen Hanges zum Verbrauch der Umfang der Investitionstätigkeit die Unabhängige ist, von der der Grad der Gesamtbeschäftigung abhängt. Im folgenden soll der Gedankengang Keynes' kurz nachgezeichnet werden:

Jeder Grad der Beschäftigung einer Volkswirtschaft bestimmt auch gleichzeitig deren Realeinkommen; beide Grössen sind einander gleich. Nehmen wir zunächst an, dass der Geld- und Kreditapparat dieser Volkswirtschaft so gut funktioniert, dass das Geldeinkommen bei Veränderungen des Realeinkommens genau mit diesem Schritt hält, und sehen wir vorläufig von allen Aussenhandelsbeziehungen ab, stellen wir uns vielmehr eine geschlossene Volkswirtschaft vor,

so würde jedes Anwachsen der Beschäftigung ein genau entsprechendes Anwachsen des Einkommens der Gesamtbevölkerung zur Folge haben, wobei es uns vorläufig nicht interessieren soll, in welcher Weise sich das so erhöhte Einkommen auf die einzelnen Mitglieder der Volkswirtschaft verteilt. Die Grundvoraussetzung der Keynes'schen Theorie bildet nun die von ihm auf Grund von Beobachtungen, Statistiken usw. gemachten Erfahrung, dass die Bevölkerung stets eine nur psychologisch zu erklärende Neigung zur relativen Verbrauchsverminderung bei steigendem Einkommen habe, das heisst, dass bei einer Zunahme des Gesamteinkommens auch der gesamte Verbrauch zunimmt, jedoch nicht in gleicher Masse wie das Einkommen. Beide Grössen haben in sukzessive gedachten Veränderungen also das gleiche Vorzeichen, mit dem Unterschied, dass bei wachsenden Grössen die Differenz immer grösser wird. Damit sind also Verbrauch und Einkommen, sowie der diesem Einkommen entsprechende Beschäftigungsgrad in eine bestimmte Relation zueinander gebracht, und zwar derart, dass, je höher die Beschäftigung (Einkommen) ist, desto kleiner relativ die Rate des Verbrauchs sein wird, obgleich diese, absolut gesehen, mit steigender Beschäftigung selbst gleichfalls steigt. Wieviel in jedem Falle der Gesamtverbrauch prozentual zur Beschäftigung ausmacht, hängt von den typischen Verbrauchsgewohnheiten des betreffenden Gemeinwesens ab, die ihrerseits durch historische, klimatische, rassische, soziologische etc. Momente bestimmt werden.

Jedes Gemeinwesen wird danach andere Verbrauchsgewohnheiten haben, die jedoch über längere Zeiträume, falls sich nicht gerade grundlegende Gesellschaftsumschichtungen vollziehen, unverändert bleiben und die man also als relativ konstant annehmen kann. Keynes bezeichnet dies als den „Hang zum Verbrauch“ des betreffenden Gemeinwesens. Dem neuerweckten Verbrauch infolge sukzessiver Beschäftigungsvermehrung entspricht sinngemäss der „Grenzhang zum Verbrauch“ der betreffenden Bevölkerung, wobei, um das oben Gesagte noch einmal mit anderen Worten zu wiederholen, der Grenzhang zum Verbrauch umso kleiner wird, je mehr die Beschäftigung der Vollbeschäftigung zuneigt. Bei einem reichen Gemeinwesen mit relativ hohem Einkommen wird jede zusätzliche Arbeitsvermehrung nur noch einen geringeren Mehrverbrauch hervorrufen als die bei einem armen Gemeinwesen, das noch stark unter Unterbeschäftigung leidet, der Fall wäre.

In jeder freien Volkswirtschaft werden immer wieder unzählige Entscheidungen, sowohl auf Seiten der Konsumenten wie auf Seiten der Produzenten getroffen. Der Konsument entscheidet sich, welchen Teil seines Einkommens er verausgaben, welchen er sparen soll; der

Unternehmer muss demgegenüber immer wieder je nach der Lage des Marktes und den Zukunftsaussichten seines Absatzes darüber entscheiden, ob er seine Produktion erweitern, einschränken oder auf gleicher Höhe belassen will. Bestimmend für die Entschlüsse der Verbraucher sind 1) der in ihrem Gemeinwesen herrschende Hang zum Verbrauch und hier wieder die Beschäftigungsmenge, die ja über den Grenzhang zum Verbrauch, auf den es ankommt, entscheidet, und 2) die Höhe der Zinssätze, die mehr oder weniger sparantregend wirken, wobei darauf aufmerksam gemacht werden muss, dass es sich hierbei um eine wechselseitige Beeinflussung handelt, da ja umgekehrt die Menge der Ersparnisse ihrerseits wieder die Zinssätze bestimmt.

Für die Entschlüsse der Produzenten kommt es 1) auf den zu erwartenden Verbrauch durch die Konsumenten an, der ja bei gegebenem Hang zum Verbrauch nach Ansicht von Keynes eine Funktion der Gesamtbeschäftigung ist, 2) und 3) aber — soweit es sich um Produktionserweiterungen und damit zusammenhängende Neuinvestierungen handelt — auf die von dem Unternehmer erwartete Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals einerseits, in Bezug gesetzt zu den herrschenden Zinssätzen. Unter Berücksichtigung all' dieser Punkte wird der Unternehmer seine Produktion nach Möglichkeit bis zu dem Punkt ausdehnen, wo sein Gewinn gleich einem Maximum ist. Ein Gleichgewicht kann aber in der Beschäftigungslage des betreffenden Gemeinwesens nur dann eintreten, wenn die Gesamtsumme der Investitionen gerade denjenigen Teil des Gesamteinkommens aufzehrt, der nicht dem Verbrauch unterliegt, oder, um es mit den Worten Keynes' zu sagen: „Um eine gegebene Beschäftigungsmenge zu rechtfertigen, ist demnach ein Betrag laufender Investition erforderlich, der gross genug ist, um den Ueberschuss der gesamten Produktion über die Menge zu absorbieren, die die Bevölkerung gerade verbraucht, wenn die Beschäftigung auf der gegebenen Höhe ist“⁴³.

Denn, so meint Keynes, wenn dieser Betrag der Investition nicht vorhanden wäre, welcher der gesamten Mehrbeschäftigung unter den oben gemachten Voraussetzungen angemessen ist, sondern wenn ein grösserer Teil der Mehrbeschäftigung auf die Herstellung von Verbrauchsgütern gerichtet würde, so würde, da der Hang zum Verbrauch ja festliegt, gemessen an der geringeren Nachfrage, deren Preis sinken und der Gewinn der Unternehmer damit nicht mehr gross genug sein, um das herbeigeführte Mehr der Beschäftigung zu

43 J. M. Keynes: „Allgemeine Theorie . . .“, S. 23.

rechtfertigen. „Daraus folgt“, so schreibt Keynes, „dass, wenn das, was wir den Hang zum Verbrauch der Bevölkerung nennen, gegeben ist, das Gleichgewichtsniveau der Beschäftigung, d. h. das Niveau, auf dem die Unternehmer in ihrer Gesamtheit keine Veranlassung haben, die Beschäftigung zu steigern oder zu verringern, von der Menge der laufenden Investition abhängt.“⁴⁴ Damit ist die Frage der Investitionen in den Mittelpunkt getreten; von ihrer Menge hängt also bei gegebenem Hang zum Verbrauch der Grad der Gesamtbeschäftigung ab.

Nachdem logisch zwischen den 3 Grössen: Hang, bezw. Grenzhang zum Verbrauch, Rate der Investitionen und Gesamtbeschäftigung ein so enger funktioneller Zusammenhang festgestellt worden ist, muss sich das auch zahlenmässig ausdrücken lassen. Eine solche zahlenmässige Erfassung findet ihren Ausdruck in dem von Keynes aufgestellten, sogenannten Investitionsmultiplikator, der uns sagen soll, um wieviel bei einer bestimmten Menge neuer Investition, verglichen mit dieser Investition die Gesamtbeschäftigung (Gesamteinkommen) zunehmen wird. Die Ableitung dieses Investitionsmultiplikators ist die folgende:

Definieren wir C_w als den Verbrauch und Y_w als das Einkommen eines bestimmten Gemeinwesens (hierzu ist zu bemerken, dass Keynes alle seine Grössen in Lohneinheiten misst, um eine Vergleichsbasis zu haben; der Index $_w$ bringt dies zum Ausdruck, bedeutet also nichts anderes als nur dies), dann können wir die Tatsache, dass bei steigendem Einkommen der Verbrauch zwar auch steigt, jedoch nicht im gleichen Masse wie das Einkommen, wie folgt ausdrücken: $\Delta Y_w > \Delta C_w$. Der Grenzhang zum Verbrauch wäre dann: $\frac{d C_w}{d Y_w}$, was einem Bruch entsprechen würde (kleiner als 1), da definitionsgemäss ja $d C_w$ immer kleiner als $d Y_w$ ist.

Dieser Ausdruck also sagt uns, wie der nächste Zuwachs der Beschäftigung zwischen Verbrauch und Investition verteilt werden muss, damit ein neues Gleichgewicht entsteht, denn: Entspricht $\frac{d C_w}{d Y_w}$ dem betreffenden Verbrauch, so wäre, da $\Delta Y_w = \Delta C_w + I_w$ ist, $1 - \frac{d C_w}{d Y_w}$ die ergänzende Investitionssumme.

Um diese Gleichung als gültig anzuerkennen, muss man die Voraussetzung von Keynes teilen, dass — gesamtwirtschaftlich gesehen — die Summe der Investitionen immer gleich der Summe der Ersparnisse ist. Nicht jede Einzelerparnis tritt auch gesamtwirtschaft-

⁴⁴ Idem, S. 24.

lich als Ersparnis auf, vielmehr kann eine einzelwirtschaftliche Ersparnis lediglich eine Vermögensverschiebung zur Folge haben, indem der Sparer durch seine Ersparnis ein Verfügungsrecht gewinnt, das anderen dadurch entzogen wird. So heben sich ein Vermögensverzehr einerseits und ein Ersparnis andererseits vom gesamtwirtschaftlichen Gesichtspunkt aus wieder auf.

Man darf also, um die Formel $S = I$ gelten zu lassen, nicht etwa, selbst wenn dies technisch möglich sein sollte, sämtliche Ersparnisse der Einzelindividuen einschliesslich Betrieben, Behörden etc. addieren, sondern man darf als S nur das betrachten, was keinerlei Neutralisierung mehr erfährt, sondern gesamtwirtschaftlich gesehen effektiv eine Ersparnis ist. Tatsächlich ist die Summe dieser Ersparnisse in einer modernen Geldwirtschaft, wo zudem das Auseinanderklaffen von dem sehr beweglichen Realeinkommen und dem weit starrereren Geldeinkommen die Sicht ungeheuer erschwert, niemals festzustellen; doch stört das für die Keynes'sche Theorie nicht, da er nach der rein logischen Feststellung, dass die Ersparnis eines Gemeinwesens immer gleich deren Investition ist, nicht mehr mit der Grösse der Gesamtersparnis operiert, sondern diese völlig beiseite lässt und nur noch mit der weit eher erfassbaren, ihr also völlig gleichen Grösse der Gesamtinvestition rechnet.

Ungeheuer wichtig ist diese Trennung in einzelwirtschaftliches und gesamtwirtschaftliches Sparen und eine klare Erkenntnis der Zusammenhänge aber auch noch aus einem anderen Grunde, der, wenn auch etwas verfrüht, des besseren Verständnisses wegen sogleich in diesem Zusammenhang erwähnt werden soll: Während gesamtwirtschaftlich gesehen „Ersparnis und Investition als Ganzes immer übereinstimmen,“ wäre es verfehlt, anzunehmen, wie es eine veraltete Auffassung tat, dass jeder privatwirtschaftliche Sparakt von sich aus bereits die Veranlassung dafür gäbe, in gleicher Höhe investiert wird. Wäre es so, dann würde ein automatischer Mechanismus tatsächlich immer zur Vollbeschäftigung hintendieren und es bestände keine Notwendigkeit, zu einer aktiven Wirtschaftspolitik des Staates zu raten, wie es Keynes am Ende seiner rein theoretischen Grundlegungen tut. „Der Irrtum besteht darin, schreibt Keynes, „die an sich einleuchtenden Folgerung zu ziehen, dass das Sparen eines Einzelnen die gesamte Investition um einen gleichen Betrag vergrössert. Es ist richtig, dass ein Einzelner durch Sparen sein Vermögen vermehrt, die Folgerung, dass er dadurch auch das Gesamtvermögen vermehrt, übersieht aber die Möglichkeit, dass der Ersparnisakt eines Einzelnen auf die Ersparnisse und folglich auf das Vermögen eines anderen Rückwir-

kungen haben kann⁴⁵."

Somit kommt Keynes auf seine bekannte, von uns bereits zitierte Gleichung:

Einkommen = Wert der Produktion = Verbrauch + Investition,

Ersparnis = Einkommen minus Verbrauch

Also: Ersparnis = Investition,⁴⁶

welche Reihenfolge man auch genau so gut umkehren könnte, da das zu Beweisende schon von vornherein in die Prämissen hineingelegt ist. Unsere zahlenmässige Gleichung: $\Delta X_w = \Delta C_w + \Delta I_w$ entspricht nur der oberen der drei hier aufgeführten wörtlichen Gleichungen, indem sie besagt, dass jeder Beschäftigungszuwachs (Zuwachs an Einkommen oder Wert der Produktion) gleich der Summe der Zuwächse des Verbrauchs und der Investition ist. Drücken wir die rechte Seite dieser Gleichung nicht mehr als das Resultat zweier Summanden, sondern als Produkt aus, wobei wir den Summanden ΔC_w durch den Multiplikator k ersetzen, so heisst die Gleichung folgendermassen: $\Delta Y_w = k' \Delta I_w$, wobei k aussagt, wie oft der Investitionszuwachs in dem durch ihn bedingten neuen Beschäftigungszuwachs enthalten ist oder mit anderen Worten, mit welcher Zahl man die Summe der Investitionszunahme multiplizieren darf, um die Gesamtbeschäftigungszunahme zu erhalten. Keynes bezeichnet diese Grösse k , die als Masstab für die auf Grund bestimmter Investitionen zu erwartende Beschäftigungsvermehrung von zentraler Bedeutung ist, als den „Investitionsmultiplikator“. Der in engstem funktionellen Zusammenhang mit dieser Grösse stehende jeweilige Grenzhang zum Verbrauch wäre sodann $1 - 1/k$ ⁴⁷.

Das Beispiel, das Keynes für die Anwendung seines Investitionsmultiplikators bringt, ist folgendes:

Nehmen wir an, dass die Verbrauchspsychologie eines Gemeinwesens derart sei, dass es sich entschliesst, ⁹/₁₀ einer Zunahme des Einkommens zu verbrauchen; dann wäre der Multiplikator $k = 10$, leicht errechenbar, da ja der Grenzhang zum Verbrauch $1 - 1/k$ ist. Das bedeutet also, dass die Gesamtbeschäftigung, die durch etwaige vermehrte öffentliche Arbeiten angeregt wird, insgesamt das 10-fache dieser öffentlichen Arbeiten betragen würde, vorausgesetzt, dass nicht zu gleicher Zeit die private Investitionstätigkeit entsprechend zurückgeht, wodurch die Wirkung der öffentlichen Investitionen ganz oder wenigstens teilweise aufgehoben würde. Eine kleine Vermehrung der Investition kann also bei einem hohen Grenzhang zum Ver-

45 idem, S. 72.

46 J. M. Keynes: „Allgemeine Theorie...“, S. 55.

47 Die Ableitung dieser Gleichungen befinden sich auf S. 98 der „Allgemeinen Theorie...“, von J. M. Keynes.

brauch eine vielmals den Betrag dieser Investition übersteigende Wirkung auf die Gesamtbeschäftigung ausüben. Umgekehrt darf man allerdings nicht vergessen, dass es sich, da wir immer nur mit Zuwächsen operieren und nicht mit Globalzahlen, von der Gesamtbeschäftigung aus gesehen, immer nur um relativ hohe Beeinflussungen handelt.

Da der Grenzhang zum Verbrauch desto niedriger werden wird, je mehr wir uns der Vollbeschäftigung nähern, was eingangs dieser Ausführungen bereits klargelegt war, wird jeder Investitionszuwachs auch in dem Masse, indem sich die Wirtschaft der Vollbeschäftigung nähert, immer kleinere Zuwächse zur Gesamtbeschäftigung mit sich bringen. Die oberste Grenze ist die Vollbeschäftigung; darüber hinaus würde jede Vermehrung der Investition nur noch zu rasch anwachsenden Preissteigerungen führen, denen keine entsprechenden Realwerte mehr gegenüberstünden.

Keynes schildert die Zusammenhänge wie folgt: „Daraus folgt, dass, wenn der Grenzhang zum Verbrauch nur eben unter der Einheit ist, geringe Schwankungen in der Investition zu weiten Schwankungen in der Beschäftigung führen werden.“ Umgekehrt sei die Wirkung nur gering, wenn der Hang zum Verbrauch des betreffenden Gemeinwesens nicht viel über Null läge. „In Wirklichkeit“, so schreibt Keynes, „scheint der Grenzhang zum Verbrauch irgendwo zwischen diesen beiden äussersten Grenzen zu liegen, obschon viel näher der Einheit als dem Nullpunkt, mit der Folge, dass wir in einem gewissen Sinn die schlechteste von beiden Welten haben: Die Schwankungen in der Beschäftigung sind beträchtlich und gleichzeitig ist der für die Erzeugung von Vollbeschäftigung erforderliche Zuwachs in der Investition zu gross, um leicht gehandhabt zu werden“⁴⁸.

Zitieren wir noch folgendes Beispiel von Keynes, das diesmal von der umgekehrten Ueberlegung ausgeht, nämlich einer Verringerung der Investitionstätigkeit gegenüber dem vorhergehenden Zeitabschnitt, wobei also auch das gesamte Beschäftigungsvolumen zurückgeht, und zwar analog zu dem bisher Geschilderten verständlicherweise in einem weit stärkeren Masse als dem eigentlichen Investitionsrückgang:

„Angenommen, dass der Hang zum Verbrauch eines Gemeinwesens derart ist, dass es, solange sein Realeinkommen die Produktion aus der Beschäftigung von 5 Mill. Menschen auf seiner bestehenden Kapitalausrüstung nicht übersteigt, sein ganzes Einkommen verbraucht;

48 J. M. Keynes: „Allgemeine Theorie . . .“, S. 101.

dass es 99% der Produktion der Beschäftigung der nächsten 100 000 Menschen verbraucht, 98% der übernächsten 100 000, 97% der dritten 100 000 und so fort; und dass die Beschäftigung von 10 Mill. Menschen die Vollbeschäftigung darstellen würde. Daraus folgt, dass, wenn 5 Mill. + $n \times 100\,000$ Menschen beschäftigt werden, der Multiplikator an der Grenze $100/n$ ist und $\frac{n(n+1)}{2(50+n)}$ % des Volkseinkommens investiert sind.

Wenn somit 5,2 Mill. Menschen beschäftigt werden, ist der Multiplikator sehr gross, nämlich 50, aber die Investition ist nur ein sehr geringer Teil des laufenden Einkommens, nämlich 0,06% mit der Folge, dass, wenn die Investition um einen grossen Teil abnimmt, sagen wir um $\frac{2}{3}$, die Beschäftigung nur auf 5,1 Mill. zurückgehen wird, d. h. um ungefähr 2%. Andererseits wird der Grenzmultiplikator bei der Beschäftigung von 9 Mill. Menschen verhältnismässig klein sein, nämlich $2\frac{1}{2}$, aber die Investition ist nun ein beträchtlicher Teil des laufenden Einkommens, nämlich 9%, mit der Folge, dass, wenn die Investition um $\frac{2}{3}$ fällt, die Beschäftigung auf 6,9 Mill. zurückgehen wird, nämlich um 23%. An der Grenze, wenn die Investition auf 0 fällt, wird die Beschäftigung im ersten Fall um ungefähr 4% abnehmen, während sie im zweiten Fall um 44% abnehmen wird⁴⁹.

Damit sollte wohl dem Leser nun der Mechanismus des Investitionsmultiplikators (genauer gesagt: Grenzmultiplikators, da auch er ja von Zuwachs zu Zuwachs variiert), sowie seine Aussagemöglichkeiten klar geworden sein.

Wie aus dem bisher Gesagten schon ersehen werden kann, hat die Lehre von Keynes nichts mehr gemeinsam mit dem Optimismus der Klassischen Lehre, die an ein automatisches Wirken von Ausgleichkräften im Wirtschaftsgefüge glaubte, die auf lange Sicht immer wieder auf die Vollbeschäftigung hinsteuern müssten. Nach der Darstellung von Keynes gibt es demgegenüber nicht nur labile, sondern völlig stabile Gleichgewichtslagen weit unter der Vollbeschäftigung, nämlich immer dann, wenn seine Voraussetzung erfüllt ist, dass die Investitionstätigkeit gerade die Einkommensspanne aufsaugt, die nicht dem Verbrauch zugeführt wird. Solch ein Gleichgewicht kann darin bestehen, dass ein grosser Teil der Konsumenten kein anderes Einkommen als eine Arbeitslosenunterstützung aufweist, ohne dass sich Kräfte regen, die ein automatisches Auspendeln dieses Missstandes herbeiführen, es sei denn, dass sich durch irgendwelche exo-

⁴⁹ idem, S. 107.

genen Einflüsse die Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals oder die herrschenden Zinssätze, evtl. auch beides zusammen verändern und somit den Unternehmern neue Investitionsanstöße geben.

So fiel es Keynes immer wieder auf und veranlasste damit seine umwälzende neue Wirtschaftsanalyse, dass über längere Zeit eine ziemlich umfangreiche unfreiwillige Arbeitslosigkeit herrschen kann, d. h., Arbeitslosigkeit solcher Arbeitskräfte, die gern bereit wären, zu einem Lohn zu arbeiten, der ihre Beschäftigung ökonomisch gesehen noch rechtfertigen würde, ohne dass sich jedoch, wie es nach der Klassischen Lehre unbedingt der Fall hätte sein müssen, automatische Kräfte regten, die eine Veranlassung gäben, diese Leute noch zu beschäftigen. So stellt Keynes als hervorstechendes Merkmal unserer gegenwärtigen, nach kapitalistischen Gesichtspunkten orientierten, verhältnismässig freien Wirtschaftsordnung folgendes fest:

„Sie scheint in der Tat während eines beträchtlichen Zeitabschnittes in einem chronischen Zustand unnormaler Tätigkeit verbleiben zu können, ohne irgendeine ausgesprochene Neigung zum Anstieg oder zum vollständigen Zusammenbruch zu haben. Die Erfahrung weist überdies darauf hin, dass Vollbeschäftigung oder auch nur annähernde Vollbeschäftigung eine seltene und kurzlebige Erscheinung ist⁶⁰.“

Um dem zu begegnen, sieht Keynes nur die Möglichkeit direkter staatlicher Manipulationen, also in erster Linie das Auftreten des Staates als Unternehmer durch Erteilung öffentlicher Arbeiten. Sein Investitionsmultiplikator gäbe dafür einen Masstab, wieviel Investitionen etwa nötig wären, um eine annähernde Gesamt-Vollbeschäftigung zu erreichen. Wie wir aus den aufgeführten Beispielen ersehen haben, wirkt sich je nach den Verbrauchsgewohnheiten des betreffenden Gemeinwesens und nach dem Stand der derzeitigen Beschäftigung ein bestimmtes Mass an Investitionen völlig verschieden aus.

Eine andere Frage ist es nun, ob man die Investitionen jederzeit beliebig soweit steigern kann, wie nötig wäre, um Vollbeschäftigung herbeizuführen, oder ob man gerade dadurch wieder so schwerwiegende Rückwirkungen auf die laufende Produktion erzielte, dass von dieser Seite her das ganze Gefüge in Unordnung geriete. Jede produktive Neuinvestition stellt eine Vorsorge für die Zukunft dar und zumindest, soweit es sich um Produktionsanlagen handelt, wird dadurch der Verbrauchsgüterstrom der Zukunft oft schon durch wenige Investitionen so stark erhöht, dass in den nächsten Jahren keine

60 idem, S. 209.

Neuinvestition auf diesem Gebiet mehr möglich ist, ohne zu schweren Verlusten der Unternehmer zu führen. Keynes formuliert das wie folgt:

„Alle Kapitalinvestition ist... dazu bestimmt, sich früher oder später in Kapitaldisinvestition aufzulösen. Die Aufgabe, dafür zu sorgen, dass die neue Kapitalinvestition immer die Kapitaldisinvestition genügend übersteige, um die Spanne zwischen Reineinkommen und Verbrauch zu füllen, stellt uns somit vor ein Problem, dessen Schwierigkeit mit der Zunahme des Kapitals wächst. Neue Kapitalinvestition kann die laufende Kapitaldisinvestition nur übersteigen, wenn eine Zunahme der zukünftigen Ausgabe für den Verbrauch erwartet wird. Jedesmal, wenn wir das heutige Gleichgewicht durch vermehrte Investition sichern, verschärfen wir die Schwierigkeit der Sicherung des Gleichgewichts von morgen. Ein verminderter Hang zum Verbrauch von heute kann nur zum allgemeinen Vorteil ausgenützt werden, wenn ein vermehrter Hang zum Verbrauch an irgend einem späteren Zeitpunkt erwartet wird⁵¹.“

Keynes kommt zu dem Schluss, dass in solchem Falle, um das Gesamtbeschäftigungsvolumen zu heben und doch die Zukunft in obigem Sinn nicht zu stark zu belasten, unproduktive Investitionen nicht nur gerechtfertigt, sondern oft auch der beste Ausweg sind. So vermag durch die zwangsläufig beschäftigungsausweitende Wirkung solcher Investitionstätigkeiten das Bauen von Pyramiden, wie es im alten Aegypten der Fall war, reichthumvermehrend zu wirken, obwohl die Investition an sich absolut unproduktiv ist. „Das alte Aegypten war doppelt glücklich“, schreibt Keynes, „und verdankte seinen sagenhaften Reichtum zweifellos dem Umstand, dass es zwei Tätigkeiten besass, nämlich sowohl das Bauen von Pyramiden als auch das Suchen nach kostbaren Metallen. Das Mittelalter baute Kathedralen und sang Totenklagen⁵².“

Auf die heutige Zeit bezogen, meint Keynes, wenn das Schatzamt alte Flaschen mit Banknoten füllen und sie vergraben würde, die Grundstücke, in denen diese Flaschen vergraben wären, sodann an einzelne Unternehmer frei verpachten und es somit der Privatinitiative überlassen würde, die Noten wieder auszugraben, so brauchte es keine Arbeitslosigkeit mehr zu geben und mit Hilfe der Rückwirkungen würde das Realeinkommen des Gemeinwesens wie auch sein Kapitalreichtum wahrscheinlich viel grösser als jetzt werden. Zwar, meint Keynes, wäre es natürlich vernünftiger, Häuser und

51 idem, S. 90.

52 idem, S. 111.

dergleichen zu bauen, aber wenn dem wirtschaftliche und politische Schwierigkeiten im Wege ständen, wäre das obige doch besser als garnichts.

Damit wäre die Grundtheorie in groben Zügen umrissen. Praktisch liegen die Dinge natürlich nicht so einfach. So gibt Keynes gegen Ende seines Buches die möglichen Verschiebungen und gar zeitweiligen Umkehrungen von Ursache und Wirkung durch das wechselseitige Einwirken der grundlegenden Faktoren aufeinander zu, auch müssen wir für die praktische Betrachtung von unserer Voraussetzung der geschlossenen Volkswirtschaft abgehen. So können, abgesehen von allen direkten internationalen Verflechtungen, sich auf dem Umweg über die Zahlungsbilanz Wirkungen geltend machen, die Erteilung vermehrter öffentlicher Arbeiten kann den Zinsfuß beeinflussen und sich verändernd auf die Vorliebe für Liquidität, sowie die Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals auswirken, wodurch indirekt wieder die private Investitionstätigkeit beeinflusst wird. Aber auch unsachgemässe Finanzpolitik, gekennzeichnet durch zu hohe Rückstellungen, Rücklagen etc., kann die Wirtschaftstätigkeit drosseln. Fernerhin kann trotz zurückgehender Gesamteinkommen vorübergehend eine Erhöhung des Verbrauchs stattfinden u. ä.

Unabhängig von dem allen glaubt Keynes jedoch, in den gefundenen Zusammenhängen die Triebfeder für Zu- und Abnahme der Beschäftigungsmenge erkannt zu haben, die einen annähernden Fingerzeig für die zu erwartende Entwicklung und für die etwa notwendigen Massnahmen ergeben, ja, er glaubt sogar, durch die Aufstellung einer ganzen Reihe von Funktionen — unter der Voraussetzung, dass jedem Niveau der gesamten wirksamen Nachfrage eine einzigartige Verteilung derselben unter die Erzeugnisse jeder einzelnen Industrie entspricht — den voraussichtlichen Beschäftigungsgrad errechnen zu können, wobei die Elastizität der Beschäftigung in der Produktion der einzelnen Erzeugnisse eine massgebliche Rolle spielt⁵³.

Sind einer weiteren Einwirkung auf dem Gebiet der Investition allerdings Schranken entgegengesetzt, so gibt Keynes zu bedenken, dass der Staat auch noch die Möglichkeit habe, den Hang zum Verbrauch entscheidend zu beeinflussen. So schreibt er gegen den Schluss seiner Buches: „Der Staat wird einen leitenden Einfluss auf den Hang zum Verbrauch teilweise durch sein System der Besteuerung, teilweise durch die Festlegung des Zinsfußes und teilweise vielleicht durch andere Wege ausüben müssen. Ferner scheint es

53 *idem*, S. 238 ff.

unwahrscheinlich, dass der Einfluss der Bankpolitik auf den Zinsfuß an sich genügend sein wird, um eine Optimumsrate der Investition zu bestimmen. Ich denke mir daher, dass eine ziemlich umfassende Verstaatlichung der Investition sich als das einzige Mittel zur Erreichung einer Annäherung an Vollbeschäftigung erweisen wird... Wenn es aber unserer zentralen Leistung gelingt, eine Gesamtmenge der Erzeugung festzusetzen, die mit Vollbeschäftigung so nah als durchführbar übereinstimmt, wird die klassische Theorie von diesem Punkt an wieder zu ihrem Recht kommen⁵⁴."

54 idem, S. 318/319.

II. ABSCHNITT

1. Kapitel: Die Planwirtschaft

1. Allgemeines

In Ermangelung einer selbständigen, geschlossenen Theorie des Wirtschaftssystems der Planwirtschaft ist es allgemein üblich, die Wesenszüge und Merkmale der Planwirtschaft in der Gegenüberstellung zur Marktwirtschaft zu beschreiben, indem von der Funktionsweise der Marktwirtschaft ausgegangen wird, um hierauf diejenige der Planwirtschaft darzustellen; die Anhänger, indem sie die Marktwirtschaft kritisieren, die Gegner, indem sie die Unzulänglichkeiten der Planwirtschaft blosslegen. Auf Grund einer solchen Antithese „Marktwirtschaft — Planwirtschaft“ können wir, um die Frage „Was ist Planwirtschaft?“ zu beantworten, sagen, dass alle Wirtschaftssysteme, die nicht die wesentlichen Merkmale der Marktwirtschaft aufweisen, unter den Begriff Planwirtschaft fallen⁵⁵. Dabei muss aber schon jetzt erwähnt werden, dass streng genommen das Wort Planwirtschaft ein falscher und irreführender Ausdruck für die darunter verstandenen Wirtschaftssysteme ist. Denn es könnte zur Meinung verleiten, dass in der Marktwirtschaft „planlos“ gewirtschaftet würde. Selbstverständlich wird auch hier planmässig gewirtschaftet. Der Unterschied beruht darin, dass in der Marktwirtschaft eine Vielzahl von Plänen existiert, die durch bestimmte Ordnungsprinzipien spontan auf einander abgestimmt werden, während in der Planwirtschaft diese Ordnungsprinzipien durch einen Gesamtplan, der von zentraler Stelle aus die ganze Wirtschaft umfasst, ersetzt werden sollen. Richtiger wären also z. B. die Bezeichnungen „zentralgeleitete Kommandowirtschaft“, „Zentralverwaltungswirtschaft“ oder die allgemeinere Form „kollektivistische Wirtschaft“⁵⁶.

Mit dem Begriff der kollektivistischen Wirtschaft wird der Gegensatz zur individuellen Marktwirtschaft am besten herausgearbeitet. Diese Ordnung hebt die individuellen Pläne auf oder verdrängt sie zur Bedeutungslosigkeit, da in die Wirtschaft nun bewusst ein volkswirtschaftliches Gesamtziel (z. B. Hebung der industriellen Produk-

⁵⁵ Siehe auch W. A. Jöhr, S. 14; „Ist ein freiheitlicher Sozialismus möglich?“

⁵⁶ W. Eucken gebraucht z. B. den Ausdruck „zentralgeleitete Wirtschaft“.

tion, wirtschaftliche Unabhängigkeit vom Ausland etc. etc.) gesetzt werden will. Der Ausdruck Planwirtschaft will also im Gegensatz zur Marktwirtschaft bedeuten, dass ein kollektiver Körper — sei es das Volk, eine Partei oder eine Machtgruppe — resp. seine Organe diese einzelnen Pläne aufstellt oder diese nach einem Gesamtplan entscheidend beeinflusst⁵⁷.

Der Wirtschaftskollektivismus tritt in mehreren Formen auf, wovon heute besonders die des Sozialismus, des Kommunismus und des Faschismus bekannt sind. Ihnen allen ist gemeinsam, dass der freispielende Marktmechanismus abgeschafft und anstelle der „Profitwirtschaft“ eine „Bedarfsdeckungswirtschaft“ errichtet wird. Träger der kollektivistischen Wirtschaftsauffassung ist heute der Sozialismus im weitesten Sinne, so dass wir statt Kollektivismus ebenso gut den Begriff Sozialismus (i. w. S.) gebrauchen können. Nun ist diesem aber noch ein weiteres Merkmal oder Ziel zu eigen, nämlich die Vergesellschaftung oder Verstaatlichung, Nationalisierung, Sozialisierung) der Produktionsmittel, d. h. unter Abschaffung des Privateigentums die gänzliche oder teilweise Ueberführung der Produktionsmittel (sowie evtl. auch gewisser Konsumgüter) in das Eigentum der Gemeinschaft. Der Sozialismus i. w. S. schliesst deshalb auch ein Eigentumsproblem in sich.

Diese beiden Tendenzen haben sich heute, nachdem sie früher den Sozialismus in zwei getrennte Richtungen schieden, zusammengeschlossen, so dass wir nun unter Sozialismus gemeinhin eine Planwirtschaft mit der dem Sozialismus entsprechenden Verstaatlichung der Produktionsmittel verstehen⁵⁸. Röpke unterscheidet z. B. zwei Richtungen, eine, „der es in erster Linie um eine Aenderung der Wirtschaftsordnung, und eine, der es in erster Linie um eine Aenderung der Eigentumsverhältnisse geht. Die erste ist vorzüglich mit dem Namen von St. Simon, die zweite mit demjenigen von Karl Marx verknüpft, und beide — St. Simonismus und Marxismus — gehen heute wirt durcheinander. Jene Einrichtung des Kollektivismus, die wir unter dem Namen des St. Simonismus umfassen können, kümmert sich primär nicht darum, wem die Produktionsmittel gehören, und auch nicht primär um eine Art von „sozialer Gerechtigkeit“, sondern um eine Aenderung der Grundsätze, die den Wirtschaftsprozess regulieren. Anstelle der Marktwirtschaft soll die Planwirtschaft, die Komandowirtschaft oder die zentralgeleitete Wirtschaft treten. Anders der Marxismus! Hier tritt in den Vordergrund das Problem des

57 F. A. v. Hayek: „Der Weg zur Knechtschaft“, S. 82.
58 Röpke in Schweiz. Monatshefte Nr. 6, 1947.

Eigentums und seine Lösung durch die Sozialisierung des Privateigentums. Die Eigentümlichkeit der heutigen Lage besteht nun darin, dass wir beide Tendenzen miteinander verschmelzen sehen. Man will „Planwirtschaft“ und man will zugleich noch die „Wirtschaftsdemokratie“, „Sozialisierung“. — Praktisch wird es jedoch kaum möglich sein, dass eine zentrale Wirtschaftsleitung ein wirkliches individuelles Eigentum an den sachlichen Produktionsmitteln dulden kann; sie ist zur Durchsetzung ihrer Aufgabe genötigt, derart massiv in das individuelle Eigentumsverhältnis einzugreifen, dass dieses zu einer blossen Formalität würde.

Es ist aber denkbar, dass auch für ganz andere als sozialistische Ziele die Marktwirtschaft resp. die sie regulierenden Faktoren abgeschafft werden können, z. B. für die Bereitstellung einer gewaltigen Kriegsmacht, für die Hebung irgendeines Standes usw. Auch vom Sozialismus wird heute die Planwirtschaft nicht mehr nur deshalb in Schutz genommen, weil sie seine Ziele — Abschaffung des arbeitslosen Einkommens, Hebung der wirtschaftlichen Stellung der Arbeiterklasse — eher erreichen lässt, sondern auch aus Gründen wie z. B. Verhinderung der Konjunkturschwankungen, Uebergang vom Agrarland zum Industriestaat, Vollbeschäftigung usw. Es ist deshalb nicht richtig, mit der Planwirtschaft als solcher auch die Verstaatlichung des Privateigentums zu identifizieren, nur weil diese beiden Vorgänge unter den heute vorherrschenden Wirtschaftsformen des Kollektivismus vereinigt werden. Vielmehr müsste dann deutlich von sozialistischer oder von kommunistischer Planwirtschaft gesprochen werden, je nachdem dann die Abschaffung des Privateigentums bei den Produktivmitteln Halt macht oder nicht. (Nach allgemeiner Auffassung sozialisiert der klassische Sozialismus einzig die Produktion⁶⁹.

Sprechen wir deshalb von der Planwirtschaft schlechthin, so verstehen wir darunter ein Wirtschaftssystem, in dem von einer zentralen Stelle aus und nach einem einheitlichen Plan den Produktivkräften ihre Aufgabe zugewiesen und damit der Wirtschaftsprozess bewusst gelenkt wird. Die Durchführung erheischt natürlich die Aufstellung einer grossen Anzahl von Plänen, die den verschiedenen Produktivkräften Art und Umfang ihrer Aufgabe vorschreiben müssen, und erfordert auch die Abstimmung der Pläne aufeinander. Infolge der Verbundenheit von Einkommen, Produktion und Konsumtion muss eine konsequent durchgeführte Planwirtschaft ihre Hand auf die Einkommensverteilung und auf die Konsumtion legen.

59 Lippincott: „On the Economic Theory of Socialism“, S. 9, zitiert in E. J. Walter: „Das Wirtschaftssystem der Planwirtschaft“, S. 198.

Es sei erwähnt, dass innerhalb der fachlichen Literatur auch versucht wird, das Wirtschaftssystem der Planwirtschaft in genetisch-historischer Weise zu bestimmen. Einen neueren Beitrag dazu liefert z. B. Walter mit seinem Aufsatz „Das Wirtschaftssystem der Planwirtschaft“ in „Konkurrenz und Planwirtschaft“⁶⁰. In Anlehnung an die Wirtschaftsstufen eines Hildebrand, Bücher, usw. stellt Walter folgendes Schema der Wirtschaftssysteme des Abendlandes in ihrer historischen Aufeinanderfolge dar:

1. Antike Sklavenwirtschaft,
2. Mittelalterlicher Feudalismus,
3. Handwerkerproduktion oder einfache Warenproduktion der Stadtwirtschaft,
4. Kapitalistische Warenproduktion mit den Unterstufen des Frühkapitalismus, des Industriekapitalismus und des Monopolkapitalismus,
5. Sozialistische Planwirtschaft.

Abgesehen von den allgemeinen Einwänden, die solchen Wirtschaftsstufen-Schemata entgegengebracht werden, ist jedenfalls jetzt noch nicht festzustellen, ob der Kapitalismus von der sozialistischen Planwirtschaft abgelöst werden wird. Objektive — in der Wirtschaft selbst beruhende — Faktoren liegen keine vor, die auf eine solche Entwicklung schliessen lassen (Wohl aber politische und weltanschauliche, die bewusst die Marktwirtschaft abschaffen wollen).

Die Auffassung, dass auch die morphologische Systematik und die genetisch-historische Betrachtungsweise der wirtschaftlichen Entwicklung zur Erklärung des Problems der Planwirtschaft herbeigezogen werden müssen, besteht zweifellos zu Recht. Fraglich ist es aber, ob eine entwicklungsgeschichtliche Einordnung der Planwirtschaft zu einem Zeitpunkt, in dem diese Entwicklung noch in vollem Gange ist, Erfolg hat, und ob sie genügt, um die absolute Wesensverschiedenheit der beiden Wirtschaftssysteme auseinanderzuhalten. Die Katallaktik hingegen ist von solchen zeitlichen Abhängigkeiten befreit. Ausserdem lässt sich ein grosser Teil der mit der Planwirtschaft verbundenen Probleme nur durch die Tauschlehre ergründen, da dieses Wirtschaftssystem im Grunde mehr ist als nur eine Fortentwicklung des Bestehenden, nämlich infolge der Abschaffung unserer wirtschaftlichen Funktionsprinzipien der Ausgangspunkt einer neuen Entwicklung überhaupt. Solange sodann zwischen der Katallaktik und der Morphologie noch so wenig Verbindungen

60 „Konkurrenz und Planwirtschaft“.

bestehen, bleibt nichts anderes übrig, als dass die tauschwirtschaftlichen Beziehungen gesondert von allen andern betrachtet werden müssen⁶¹.

Mit der Gegenüberstellung der Planwirtschaft und der Marktwirtschaft im Sinne einer Antithese ergibt sich aber die Verpflichtung, die dadurch erkannten Wesenszüge der Planwirtschaft herauszuheben. Danach dürfen wir sagen, dass in der Planwirtschaft Art und Umfang der Produktion und Konsumtion einem Zweck und Ziel untergeordnet und dementsprechend zentral nach einem Gesamtplan, der wiederum Teilplanungen einschliesst, geordnet und geleitet werden. Naturgemäss steht im Vordergrund dieser Planung nicht die Konsumtion, sondern die Produktion, von der aus eine verbesserte und steigende Güterversorgung, eine von Schwankungen krisenhaften Ausmasses befreite Wirtschaft und eine „gerechtere“ Verteilung des Reichtums auf die Wirtschaftssubjekte ermöglicht werden soll⁶². Da sie zur Erfüllung ihrer Aufgaben Befehle erteilen muss, wo früher Wirtschaftssubjekte nach freiem Ermessen entschieden, ist die Planwirtschaft zugleich Kommandowirtschaft. Sie ist aber auch Zwangswirtschaft, wo sie die Machtmittel des Staates einsetzen muss, um den Befehlen Nachachtung zu verschaffen.

Innerhalb der beiden Extreme Marktwirtschaft — Planwirtschaft hat es in Wirklichkeit viele Spielformen. Nirgendwo in der modernen Welt gibt es ja eine absolut freie Wirtschaft mehr, sie kennt vielmehr fast überall eine mehr oder weniger starke Intervention der Staatsgewalt. Eine allgemeingültige Grenze zwischen diesen beiden Wirtschaftssystemen lässt sich nicht ziehen; man wird vielmehr immer die einzelne Volkswirtschaft selbst untersuchen müssen. Und je nachdem, welchem Prinzip die Ordnung als Ganzes folgt, wohin die Gesamtheit aller wirtschaftlichen Funktionen neigt, wird man deshalb von einer Marktwirtschaft oder von einer Planwirtschaft sprechen müssen.

61 Jöhr sagt hierüber in seinem Aufsatz: „Das Modell der vollkommenen Konkurrenz“ (in „Konkurrenz u. Planwirtschaft“, S. 66): „Die Katalaktik kann sich nur mit den tauschwirtschaftlichen Beziehungen zwischen den Wirtschaftssubjekten befassen. Daneben sind aber die Menschen im Wirtschaftsleben ... noch in ganz anderer Weise miteinander verbunden. Die Probleme, die sich aus diesen Verknüpfungen ergeben, können nur von einer morphologischen Betrachtung bewältigt werden.“ Eine Synthese von Morphologie und Katalaktik hält Jöhr für die wichtigste Zukunftsaufgabe der Nationalökonomie.

62 Nach Stanley Jevons ist unter dem System der dynamischen Planwirtschaft der Fortschritt in der materiellen Wohlfahrt die Basis der nationalen Wirtschaft. (In „Full Employment and State Control“, S. 105).

2. Das Problem der Wirtschaftsrechnung

Um aber einen Plan aufstellen zu können, muss die Zentralstelle vorerst einmal die Produktionsmöglichkeiten und den Konsumbedarf wert- und mengenmässig erfassen und aufeinander abstimmen. Diese Aufgabe bleibt ihr nach der Abschaffung der marktwirtschaftlichen Funktionsprinzipien, wozu dann aber noch das Problem kommt, wie sie Konsumbedarf und Produktion aufeinander abstimmen will und wie sie die Produktivmittel lenken und die Güter zuteilen soll. Dies bedingt, dass auch die Kapitalbildung nicht mehr sich selbst überlassen werden kann, sondern von Staates wegen dem allgemeinen Plan untergeordnet werden muss. Deshalb wird die Investitionstätigkeit zum überwiegenden Teil entweder durch den Staat selber besorgt oder von ihm vorgezeichnet, wo und in welchem Umfang investiert werden darf resp. muss.

Nach welchem Prinzip will nun aber die Planwirtschaft dies alles ausführen, wie will sie ihre Wirtschaft ordnen?

In der Marktwirtschaft kristallisiert sich die Wertschätzung der wirtschaftlichen Güter seitens der Nachfragenden und Anbietenden im Preis. Auf Grund des Preises lassen sich für den Produzenten die Kosten und der voraussichtliche Ertrag bestimmen. Der Preis erlaubt festzustellen, welches Produktionsverfahren privatwirtschaftlich und volkswirtschaftlich am vorteilhaftesten ist. Der Preis, der auf dem freien Markt zustande gekommen ist, gewährt aber auch dem Konsumenten die Möglichkeit, den Wert seiner Bedürfnisse objektiv festzustellen und eine nach seinen Mitteln gemessene bestmögliche Auswahl in der Bedarfseindeckung zu realisieren.

Da der Preis aber seine Funktion nur in der Marktwirtschaft erfüllt, weil er nur hier prinzipiell frei gebildet wird, so ist es klar, dass die Planwirtschaft auf die Dauer dieses Instrumentes verlustig geht. Sie kann wohl die Fiktion eines Marktes aufrechterhalten und Preise beibehalten, welche aber nun nicht mehr die Wertschätzung der Produzenten und Konsumenten widerspiegeln, ja oft nicht einmal mehr den Produktionskosten entsprechen (Waren, die mittels Staatszuschüssen verbilligt werden). Diese Ueberlegungen beziehen sich nicht allein auf den Gütermarkt, sondern auch z. B. auf den Arbeitsmarkt. Zwar trifft man auf die Ansicht, dass auch in der Planwirtschaft ein Arbeits-, „Markt“ möglich sei. Wenn aber der Einsatz der Kapitalgüter nach Plänen vor sich geht, so muss, um die Produktion in Gang zu bringen, auch für die nötigen Arbeitskräfte gesorgt werden. Sind diese nicht irgendwo überzählig, so bleibt kein anderer Ausweg, als sie dort wegzunehmen, wo sie nach Ansicht der Zentralleitung weniger dringlich gebraucht werden. Diese „Wegnahme“

kann durch die Schliessung solcher Werke und direkte Dirigierung der Arbeitskräfte geschehen oder aber mittels Rohstoffzuteilung, Lohnpolitik, Wohnbausubventionierung usw.

Desgleichen muss auch die freie Konsumwahl teilweise oder gänzlich unterbunden werden. Durch die Ausweitung gewisser Kapitalgüterindustrien, durch die Unterbindung von Luxusgüterindustrien und infolge der gelenkten Aussenwirtschaft stellt sich eine Verknappung gewisser Konsumgüter ein, die dann entweder im Preise stark steigen oder — was wahrscheinlicher ist — vom Staate einer Rationalisierung oder Kontingentierung und der Preisbewirtschaftung unterworfen werden. Die Knappheit als Wurzel alles Wirtschaftens kann ja auch von der Planwirtschaft nicht beseitigt werden. Die Gewinnmöglichkeit und die relative Beweglichkeit der Produktionsmittel wird trotzdem in der Marktwirtschaft nie ein starkes Ungleichgewicht aufkommen lassen; die Knappheit verteilt sich hier sozusagen gleichmässig auf alle Güter. In der Planwirtschaft soll aber die Knappheit bestimmter Güter beseitigt werden; in Wirklichkeit entsteht stattdessen eher ein Ungleichgewicht, in dem oft die Verknappung anderer Güter spürbar empfunden werden muss.

Der Planwirtschaft stellt sich deshalb die Aufgabe der Wirtschaftsrechnung als eine wesentliche und grundlegende Frage, d. h. die Frage nach der Methode, wie die Produktionsfaktoren bewertet und damit ihren einzelnen wirtschaftlichen Aufgaben zugeführt werden sollen. Mit Hilfe von mathematischen Formeln (Tisch, Zassenhaus) sind solche planwirtschaftlichen Wirtschaftsrechnungen bereits aufgestellt worden. Wenn es vielleicht auch gelungen ist, einzelne wirtschaftliche Vorgänge mathematisch darzustellen und in das starre Gerüst eines Gleichungssystems zu zwingen, so bleibt doch diese Darstellungsart eine Theorie, die zumindest von einer praktischen Anwendung noch weit entfernt ist. Noch viel eher trifft dies auf den Versuch zu, die Wirtschaft nach Formeln leiten zu wollen⁶³.

Auch heute gesellen sich zu der bereits sehr umfangreichen Literatur über die sozialistische Wirtschaft Jahr für Jahr neue Werke, in denen die Gestalt einer Planwirtschaft umrissen wird. Ein neuerer Beitrag ist z. B. das Werk A. Lerner's⁶⁴, der allerdings nicht zu den konsequenten Verfechtern einer absoluten Planwirtschaft zu zählen ist. Lerner erkennt, wie wichtig die funktionalen Zusammenhänge zwischen Konsum, Sparen und investieren sind und versucht, ihnen

63 Die Meinungen darüber, ob eine Wirtschaftsrechnung in der Planwirtschaft möglich ist, gehen heute noch sehr auseinander und hängen stark vom weltanschaulichen Standort der Wissenschaftler ab.

64 Abba P. Lerner: „The Economic of Control“, S. 262.

bei einer Zunahme der Spartätigkeit trotz steigender Investitionen in einem System gerecht zu werden. Die Regulierung dieser Grössen mittels des Zinsfusses will er durch andere Massnahmen ergänzen, d. h. die Regierung hätte Massnahmen zu ergreifen, um den inflationistischen und deflationistischen Tendenzen ein Gegengewicht entgegenzustellen. Dieses Gegengewicht bestünde in einer „functional finance“, einer funktionalen Finanzpolitik oder konjunkturge-rechter Finanzgebahrens⁶⁵.

Neuartig im Zusammenhang mit dem Bestreben, die wirtschaftlichen Schwankungen, somit also die Krisen und Depressionen auszuschalten, ist sein Vorschlag einer „social dividend“, eines Einkommens, das unabhängig von der Arbeitsleistung jedem Bürger in einer Höhe ausgehändigt werden soll, um damit Konsumtion und Investition ins Gleichgewicht zu bringen, resp. ein einmal erreichtes Gleichgewicht zwischen beiden zu erhalten⁶⁶. Lerner nimmt an, dass

65 Lerner: „THE GOVERNMENT MUST ADJUST CONSUMPTION AND INVESTMENT SO AS TO PREVENT INFLATION AND UNEMPLOYMENT,” S. 266.

The government cannot simply lower the rate of interest or raise it in accordance with this criterion, or indeed any other criterion, and leave everything else alone. A reduction in the rate of interest would lead to an increased demand for factors of production for the new investment... There may also be an increased demand for consumption goods by consumers who are discouraged from saving or encouraged to borrow by the reduction in the rate of interest. This increase in demand will raise the prices of the factors of production (if there was full employment of the factors in the beginning) as well as of the products that are made from these factors... Raising prices raise income, and raising income raises prices. Thus a vicious spiral of inflation is put into operation by a reduction of the rate of interest. It is even worse when the rate of interest is raised. Investment and consumption will fall off and prices will fall. Labour income will fall too and with this there will be a further fall in demand and prices. Now we have the vicious spiral of deflation..

A conscious policy by the government for avoiding the evils of inflation and the evils of deflation we shall call FUNCTION FINANCE.”

66 THE PAYMENT OF A SOCIAL DIVIDEND WHICH ENABLES THIS TO BE DONE MUST BE INDEPENDENT OF THE AMOUNT OF WORK DONE BY THE RECIPIENT.

To prevent these catastrophes the government must bring about a decrease in consumption every time it increases investment and an increase in consumption every time it decreases investment. In this way total demand can be maintained at a level sufficient to give employment to all the factors of production but not sufficient to bring about inflation. Nor is this enough. Spontaneous changes in investment or in consumption must be offset too if inflation and depression are to be prevented. In fact the government is faced with the task of continuously maintaining a proper total demand for factors, through consumption and investment, so that there is just enough demand to give full employment but not enough to start an inflation.

ein Sparüberschuss entstehe (net saving = grösser als 0) und dass demzufolge der Zinsfuß noch mehr gesenkt werden müsse, um die Investitionslust genügend zu erhöhen. Gleichzeitig soll die Verminderung der sozialen Dividende den entstehenden Kaufkraftüberhang abdämpfen. Lerner setzt also voraus, dass eine entsprechende Senkung des Zinsfußes genüge, um den Sparüberschuss abzutragen und die Investitionen anzuregen (Eine Auffassung, die heute nicht mehr haltbar ist). Wenn nun trotz Senkung des Zinsfußes die Sparüberschüsse und Hortungen andauern oder sich sogar vergrößern, so würde ein weiterer Abbau eines bisher erhaltenen Einkommens — der social dividend — nur noch verschärfend wirken und die Kaufkraft und Kaufkraft bremsen.

Es ist offensichtlich, dass solche planwirtschaftlichen Wirtschaftssysteme zu sehr das Gepräge eines Experimentes haben, als dass sie in die Wirklichkeit umgesetzt werden können. Die Geschichte zeigt uns, dass sich noch keines dieser Experimente hat halten können, obwohl sie z. T. ebenfalls mit starker Autorität oder viel Idealismus begonnen wurden. Man wird dem entgegenhalten, dass die heutigen wirtschaftlichen Erkenntnisse viel grösser seien als früher, ebenfalls die technischen Hilfsmittel. Aber auch dafür gibt es Beweise, dass in der Gegenwart mit stärksten Machtmitteln, billigen Arbeitskräften, Bodenüberfluss und nahezu autokratischen Wirtschafts- und Rohstoffquellen eine dogmatische-starre, auf idolisierten Theorien beruhende Planwirtschaft nicht durchgeführt werden konnte. Dieses Beispiel liefert uns auch die sowjetrussische Planwirtschaft.

3. Das Beispiel der sowjetrussischen Planwirtschaft

a) Entwicklung

Die ältesten Erfahrungen in der zentralgelenkten Planwirtschaft besitzt die Sowjetunion. Es wäre allerdings falsch, wollte man das

In the collectivist economy this can be done in two ways. The first is through adjustments in the rate of interest. This affects both the rate of investment and the rate of consumption. Second, and more important, is the direct effect of government action on income and through income on consumption. The consumers receive part of their income from their work in payment for labor by the managers of production, who hire labour in accordance with the Rule. The rest of the income of consumers comes to them from the government. This can be considered as the citizen's share of the earnings of the factors of production other than labour, but however it is considered, the government must distribute just enough to induce consumers to spend the right amount which, together with the investment demand for factors, will provide full employment."

russische System vorbehaltlos mit den Experimenten der Nachkriegszeit vergleichen. Russland besass vor der Machtergreifung durch die kommunistische Partei eine ziemlich unentwickelte Wirtschaft und war zudem alles andere als ein einheitlicher Wirtschaftskörper. Erst das neue Regime fasste den gewaltigen Staatskomplex zu einem Wirtschaftsblock zusammen.

Interessant ist nun vor allem die Entwicklung der russischen Planwirtschaft, die ja keineswegs in gerader Richtung verlief. Es lassen sich vielmehr vier deutliche Phasen unterscheiden, die hier im folgenden kurz charakterisiert seien:

1. Phase: 1918—1921

In getreuer Anwendung der marxistischen Dogmen begannen die Kommunisten nach der Machtergreifung sofort mit einer totalen Umkremplung der bisherigen wirtschaftlichen Grundsätze und Funktionen. Die Geldrechnung wurde ausgemerzt, Grund und Boden, sowie die Industrien wurden nationalisiert. Es durfte auch nicht mehr für den Markt produziert werden, und die Verfügung über die Arbeitskraft wurde Sache des Staates („Kriegskommunismus“)⁶⁷.

Bald jedoch führte dieses rein-kommunistische Experiment zu einem fürchterlichen Chaos, das die Hungersnot, die besonders die sonst an Agrarprodukten so reiche Ukraine durchtobte, noch verschärfte und eine weit um sich greifende wirtschaftliche Lähmung verursachte. Die Sowjets, die damals noch nicht so allgewaltig organisiert waren und die Massen noch nicht so vollständig unter Kontrolle und Zwang halten konnten, wurden zu einem radikalen Kurswechsel in ihrer Wirtschaftspolitik gezwungen.

2. Phase: 1921—1928

Um den Staat und die Führung vor dem Abgrund zu retten, entstand nun ein System des Staatskapitalismus, das sogenannte NEP. Es wurden wiederum die kapitalistischen Grundsätze der Gewinnerzielung etc. eingeführt. An den Hauptindustrien wurde das staatliche Eigentum beibehalten, im übrigen aber den Leistungen der Betriebe eine grosse Autonomie zugestanden. Eine Krise setzte allerdings auch diesem Versuch ein frühes Ende, da eine befohlene Preissenkung viele Unternehmen ruinierte, was zu grosser Arbeitslosigkeit führte.

67 Boris Brutzkus: „Economic Planning in Soviet Russia“, S. 102.

3. Phase: 1928—1932

Mit dem Jahre 1928 beginnt die Periode der russischen Fünfjahrespläne, die auch heute noch fort dauert.

Der erste Fünfjahresplan sah riesige Neuinvestitionen vor. Eine zentrale Leitung mit einem weitläufigen Verwaltungsnetz ersetzte die Selbständigkeit der Betriebe, welche nun in sog. Industriekombinate zusammengefasst wurden (Staatskonzerne). Arbeitskräfte, Absatzgebiete und Bezugsquellen wurden den Betrieben von der Zentrale zugewiesen, die Gewährung und Entgegennahme von Krediten wurde verboten und der Zahlungsverkehr vollständig auf die Basis des Bargeldes gestellt. Nur die Staatsbank (Gosbank) durfte Kredite gewähren.

Bald musste man aber erkennen, dass die überspitzte Zentralisierung sich nicht bewährte, denn wie sollte ein Direktor eines Kombinates, selbst wenn er ein hervorragender Fachmann war, seine manchmal über 100 Betriebe und deren Beschaffungsquellen etc. kennen? Der einzige klare Befehl, den er von „oben“ erhielt, hiess Ausdehnung der Produktion. Um dies zu erreichen, musste er alle Ueberlegungen betreffs Zahlungsfähigkeit, Rentabilität und oft auch Qualität zur Seite lassen. Gab es dann — was an der Tagesordnung war — Defizite, so deckte sie die Staatsbank. Diese bestritt alle Defizite, der Leiter eines Betriebes war in dieser Hinsicht für nichts verantwortlich⁶⁸.

4. Phase: 1932—

Im Jahre 1932 mussten dann in der Industrie, ähnlich wie früher unter dem NEP, wieder Prinzipien der freien Verkehrswirtschaft, jedoch ohne finanzielle Selbständigkeit der Betriebe eingeführt werden, um die andauernden Defizitdeckungen seitens der Gosbank auszumerzen, die zu einer spürbaren Inflation geführt hatten. Das Finanzgebaren der Betriebe wurde von jetzt an streng kontrolliert. Gleichwohl gelang es nie mehr, der Inflation Herr zu werden. (Die diktierte Geldentwertung des Jahres 1947 ist hiezu einer der jüngsten Beweise).

Der russische Fünf-Jahres-Plan; 1945—1950: Der Krieg setzte der Expansion der russischen Industrie vorläufig ein Ende, die seit 1932 wieder ein vermehrtes Anpassen an die Wirt-

⁶⁸ Ordschonikidse, Präsident des Arbeiter- und Bauerninspektorates, soll sich einmal in dieser Weise geäußert haben. (zitiert in: Pojany „Full Employment and Free Trade“, S. 64).

schaftsprinzipien des Westens erlebt hatte. Während des Krieges und z. T. auch noch kurz nachher glaubten viele innerhalb und ausserhalb der Sowjetunion, dass nun in Berücksichtigung der gewaltigen Opfer auch der Konsumgüterproduktion das nötige Augenmerk geschenkt werden würde. Diese Erwartung wurde jedoch bei Bekanntgabe des neuen Fünfjahresplans gründlich enttäuscht. „Mit einem Aufwand von 145 Mld. Rubel von 1945 bis 1950 und nach Ablauf zweier weiterer Fünfjahrespläne . . soll das Ziel der Bildung einer absolut autarken Industrie erreicht werden, deren Potential 1950 die Hälfte der amerikanischen Kapazität von 1945 umfassen, zwischen 1955 und 1957 die industrielle Produktionskraft der USA erreichen und dann überflügeln sollte⁶⁹“. Und dies, obwohl die Zahl der Industriearbeiter in der Sowjetunion von 1941 bis 1945 von 20 auf 15 Mill. abgenommen hatte. Die Grundlage des Programms bildet eine Verdreifachung der Kohlenförderung und der elektrischen Energie, worauf dann in stark dezentralisierter Weise die Produktion von Stahl, Oel, Schiffen, Maschinen und Motoren, optischen Instrumenten und elektrotechnischen Spezialapparaten, Verkehrswegen und Spezialwaffen vergrössert werden sollte. Die Zentren der neuen Investitionsziele liegen am Kaukasus, im Ural, östlich des Kaspischen Meeres, im Dreieck Stalinabad — Kusnezsk — Taschkent, in West-, Mittel- und Ostsibirien. Die Verlegung der alten Industriezentren und der Ausbau der neuen Produktionsschwerpunkte erforderte natürlich eine eigentliche Völkerwanderung und eine strukturelle Wandlung vieler östlicher Völkerschaften, die nun ebenfalls dem russischen Proletariat angeschlossen werden.

In den ehemals vom Feind besetzten Gebieten beschränkt sich der Plan auf die Wiederherstellung der alten Werke und auf den Aufbau einer optischen und elektrischen Industrie um Moskau, sowie die erweiterte Oelschieferausbeutung am Baltischen Meer.

b) investition und Produktion

Das wirtschaftliche Ziel der Sowjetregierung ist bekanntlich der Ausbau Russlands zu einer wirtschaftlichen Welt- und Uebermacht. Dies kann nur durch einen stark industrialisierten Staat erreicht werden, der zugleich weitgehend unabhängig ist von ausländischen Rohstoffquellen. Da Russland in der Tat reich an noch unausgebeuteten oder erst schwach beanspruchten Bodenschätzen ist, darf dieses Ziel nicht als utopisch betrachtet werden. Dem Regime lag es aber

69 N. Z. Z. No. 2521, 1947.

aus natürlichen Gründen am Herzen, diesen Prozess so schnell wie möglich durchzuführen, was zu einer ungeheuer forcierten industriellen Expansionspolitik, zu einer Wirtschaftspolitik „um jeden Preis“ führte. Mit Hilfe eines allumfassenden Investitions- und Produktionsplanes, Einschränkungen des Konsums, Mobilisierung aller nur irgendwie erfassbaren Arbeitsfähigen, mit strengsten Sanktionen gegen „Saboteure“ u. a. Massnahmen sollte die Wandlung vom Agrar- zum Industriestaat verwirklicht werden. Russlands Raum und Volk wurde zu einem Objekt eines riesigen und kühnen Experimentes, das nicht nur unabsehbare materielle Opfer forderte, sondern auch Blut und Tränen, und das unzählige geistige Werte vernichtete.

Nachdem die Wunden des Bürgerkrieges einigermaßen geheilt waren und sich die kommunistische Herrschaft stabilisiert hatte, begann bereits die expansive Investitionstätigkeit. Da die Grundlage jeder Industrialisierung der Besitz einer leistungsfähigen Schwerindustrie ist und diese wiederum von einem ausgebauten Verkehrsnetz zu den Rohstoffen und Absatzgebieten abhängt, wandte man sich zuallererst diesen Objekten zu.

Es ist unmöglich, hier alle die einzelnen Aktionen aufzuführen, die in dieser Hinsicht unternommen wurden; Bahnbauten (z. B. vom Turanbecken zum Ural), Hafen-, Damm- und Kanalbauten, Vergrößerung und Neuerrichtung von Bergwerken etc. mussten mit einem minimalen Einsatz von Maschinen in härtester Arbeit und unter elendsten Lebensbedingungen von der Bevölkerung ausgeführt werden. Riesige Walz-, Zement- und Röhrenwerke entstanden, während die Maschinen samt den Ingenieuren aus dem Ausland (USA, Deutschland etc.) bezogen wurden.

Diese Investitionen, die besonders mit den Fünfjahresplänen einsetzten, konnten natürlich nicht aus den Ersparnissen des Volkes und des Staates finanziert werden. Ebenso war die Finanzhilfe des Auslandes sehr bescheiden, da die Sowjetunion den Kapitalbesitzern wenig Garantie für Rendite und Sicherheit bot. So musste denn das ohnehin verarmte Land die ganze Last der Expansion selbst tragen, und zwar in Form einer gänzlich ungenügenden Konsumversorgung, miserablen Wohnverhältnissen, Wohnungsmangel und einer steigenden Geldentwertung. Diese Inflation war eine direkte Folge der Difizitdeckung der einzelnen Betriebe durch die Staatsbank, da die Produktionsprogramme ohne Rücksicht auf Rentabilität und die entstehenden und existierenden Budgetdefizite vorgenommen werden mussten. Bis 1931 wurden der Geldausweitung in Russland auch gar keine Hindernisse in den Weg gelegt.

Während das NEP-System noch Arbeitslosigkeit kannte, absorbierte der Fünfjahresplan bald alle verfügbaren Arbeitskräfte, ja,

bald war ein Mangel zu verspüren, der zu einem Sinken der Produktivität der Arbeitskräfte führte, da die Arbeitsplatzwechsel zu häufig wurden. 1930 arbeitete ein Arbeiter in den Kohlenminen durchschnittlich 4 Monate lang, ehe er wieder weiter zog. Trotz scharfer Gegenmassnahmen des Staates und des Vorhandenseins eines Heeres von Zwangsarbeitern, das 1938 auf 15 — 20 Mill. geschätzt wurde⁷⁰, wirkte sich diese Erscheinung zuletzt in einer Desorganisation aus.

Der erste Fünfjahresplan sah laut Gosplan-Bericht Investitionen in der Höhe von 60. Mld. Rubel vor, davon den weitaus grössten Teil in Staatsunternehmungen⁷¹. Nun war aber am Ende der ersten Periode die umlaufende Geldmenge beinahe doppelt so gross wie vorgesehen, so dass die investierten Beträge wohl nominell z. T. den Plan überschritten, tatsächlich aber infolge der Inflation keine direkten Vergleichsmöglichkeiten mehr liefern, ja, es sogar als wahrscheinlich erachten lassen, dass die erzielten Leistungen kleiner sind! Ferner darf man nicht nur die investierte Summe betrachten, um den Erfolg eines Investitionsplanes zu beurteilen, sondern es ist auch zu prüfen, ob die Projekte termingemäss ausgeführt werden konnten. Tatsächlich stellte es sich heraus, dass z. B. im Bauplan für Anlagen der Eisenindustrie 2,165 Mld. Rubel vorgesehen, 3 Mld. Rubel tatsächlich investiert, aber nur für 1,5 Mld. Rubel Anlagen fertiggestellt wurden⁷².

Immerhin wurden die Investitionen im grossen ganzen durchgeführt. Ob sie in einem wirtschaftlichen Verhältnis mit dem hierfür eingesetzten Aufwand an Material und Arbeitskräften standen, spielt keine Rolle. Die Hauptsache für jede Planwirtschaft dieser Art ist es ja, mit immer grösseren Produktionszahlen aufwarten zu können. Typisch ist auch die einseitige Begünstigung bestimmter Branchen, vor allem der Schwerindustrie. Eine solche Investitionspolitik legt aber dem Volk doppelt schwere Opfer auf, weil nicht nur deren Aufbau grosser Anstrengungen bedarf, sondern sie auch nur langsam eine bessere Versorgung in Konsumgütern erlaubt.

Wenn auch die expansive Investitionspolitik der Fünfjahrespläne eine gewaltige Ausdehnung der Produktion zur Folge hatte, so konnten doch die Planungsbehörden, sofern die aufgestellten Ziele ernsthaften Berechnungen entsprangen, nicht zufrieden sein. Die Bilanz des 1. Planes zeigte nämlich, dass nur wenige Industrien das Ziel erreichten oder überschritten hatten. Viele Branchen, so z. B.

70 Victor Kravchenko: „Ich wähle die Freiheit“, S. 375.

71 Brutzkus Boris: „Economic Planning in Soviet Russia“, S. 195.

72 idem, S. 196.

die Textilindustrie, die Zement-, die Eisen-, die chemische Industrie u. a. erfüllten ihr Soll nur um knapp über 50%, ja manchmal kaum bis dahin⁷³. Dies dokumentiert deutlich, wie hypothetisch die Aufstellung solcher Päne ist.

Es lässt sich nicht feststellen, ob die Berechnungen zu optimistisch waren oder ob sie auch wirklich von genügend geschulten Fachleuten und Wirtschaftskennern aufgestellt wurden.

Ein weiterer Einwand gegen die rein quantitative Betrachtungsweise ergab sich bei der Untersuchung der Qualität der Produktion. Es ist bekannt, dass die verantwortlichen Stellen einen zähen, aber nicht sehr erfolgreichen Kampf gegen die ausserordentlich hohen Ausschussziffern führen. Sodann ist die Lebensdauer der meisten Erzeugnisse viel kürzer als bei uns. Am meisten betroffen von der Minderwertigkeit ist wiederum der Konsumgütersektor, während bei Schlüsselprodukten der Kapitalgüterindustrie eine vermehrte Sorgfalt auf Qualitätsleistung gelegt wird.

Es wäre nun allerdings falsch, anzunehmen, dass die russische Planwirtschaft trotz hoher Ausschussziffern, Fehlleistungen grossen Stils, Säuberungen, Umdispositionen etc. keine Fortschritte in der Produktion mache. Zwar verlieren die an sich gigantischen Leistungen, gemessen an der Grösse des Raumes und Volkes etwas an Gewicht, auch kann die Konzentration nicht darüber hinwegtäuschen, dass das Land bei weitem noch nicht durchindustrialisiert ist; aber ungeachtet dessen wächst die Produktionskraft Jahr für Jahr.

Was aber bezweifelt werden muss, ist, dass jeder Fortschritt der kommunistischen Planwirtschaft zu verdanken sei. Zur Illustrierung werden ja sehr oft Vergleiche mit dem Zarenreich angeführt. Diese Beweisführung ist nun offensichtlich falsch. Es darf ruhig angenommen werden, dass auch ein „kapitalistisches“ Reich heute so weit stünde. Gewiss, es wären nicht über Nacht ganze Städte aus dem Boden gestampft worden, nicht in kürzester Frist Mammutwerke entstanden und fast unheimlich rasch Entsumpfungen und Bebauungen vorgenommen worden. Aber andererseits hätte das Land keinen so riesigen Verschleiss an Arbeitskräften gekannt, ebensowenig wie den gewaltigen Beamtenapparat, keine permanente Inflation und keine so riesenhaften Rüstungspläne. Eine Industrialisierung nach westlichem Muster wäre ebenfalls eingetreten. Die grossen Renditen infolge günstiger Rohstoffquellen, billiger Arbeitskräfte und eines grossen Inlandbedarfes hätten das ausländische Kapital in Massen angezogen. Und wenn vielleicht die Schwerindustrie noch nicht den heutigen

73 *idem*, S. 189 ff.

Stand erreicht hätte, so wäre doch der Lebensstandard infolge der Berücksichtigung des Konsumbedarfes sicher bedeutend höher als jetzt. Wir brauchen nur einen Blick auf die Vereinigten Staaten von Nordamerika zu werfen, um zu sehen, dass auch eine freie Wirtschaft, wenn ihr so viele Möglichkeiten und unerschlossene Quellen winken, eine grosse Dynamik entwickelt, ja, dass sie sogar die Planwirtschaft schlagen kann, weil die persönliche Initiative — diese mächtige Triebfeder jeden Fortschritts — nicht durch einen ungeheuren Verwaltungsapparat und durch klippenreiche Paragraphen lahmgelegt wird.

2. Kapitel: Die Investitionspolitik der englischen Planwirtschaft

1. Die Wandlungen der britischen Wirtschaftsstruktur als Ausgangslage

Der zweite Weltkrieg hat die Umgestaltung des englischen Wirtschaftsaufbaues, die sich zwar schon vorher abzuzeichnen begann, in ein akutes Stadium geführt und den ganzen Prozess in schmerzhafter Weise beschleunigt. Die veränderte Position des britischen Wirtschaftsapparates und der innere Umbau äussern sich nicht nur in den konstanten Zahlungsbilanzschwierigkeiten, sondern auch in dem gesunkenen Lebensstandard der Gesamtbevölkerung und in den gewaltigen Anstrengungen auf dem Gebiete der Produktion. Verzeichnete die britische Handelsbilanz schon vor dem ersten Weltkrieg einen Passivsaldo, so war doch die Leistungsbilanz damals sehr aktiv, wie dies bei allen hochindustrialisierten, kapitalreichen Ländern der Fall ist und geradezu als deren typisches Merkmal gelten kann. England lieferte der Geschichte das erste Beispiel. Die Gründe sind bekannt und sollen nur kurz erwähnt werden. Den Hauptteil an diesem Phänomen hatte London, das lange Zeit der erste Bank- und Handelsplatz der Welt war. Es war der Sitz der mächtigsten Finanzierungsinstitute, Versicherungsgesellschaften, Effektenhandelsfirmen usw. Ebenso war es für viele wichtige Rohstoffe der weitaus bedeutendste und deshalb auch tonangebende Marktplatz. Die Leistungsbilanz des Landes wies in jenen Jahren vor dem ersten Weltkrieg Salden von 138—181 Millionen Pfund Sterling auf.

Nach dem ersten Weltkrieg begann die Vorrangstellung Londons allerdings immer mehr abzubröckeln und in den Krisenjahren wurde endlich sogar die Leistungsbilanz Englands — in kleinem Umfang zwar — passiv. Betrug 1929 der Zahlungsbilanzüberschuss noch ca. 100 Mill., so schlug er im Jahre 1931 in einen Passivsaldo um⁷⁴, der 1938 den Betrag von 55 Mill. Sterling ausmachte. Diese Passivierung ist auf den Rückgang aus den internationalen Schifffahrtseinnahmen und auf das Abflauen des internationalen Versicherungs- und Finanzgeschäftes zurückzuführen.

⁷⁴ Herbert Gross: „Das Gesicht der Weltwirtschaft“, S. 113.

Unter der Depression litt allerdings auch die traditionelle englische Exportindustrie, da vor allem die Stapelprodukte wie z. B. Kohle, Baumwollwaren und -gespinste, Stahl, aber auch Schiffe und Maschinen einen Ausfuhrückgang zu verzeichnen hatten. Die englische Industrie erlangte nach dem 1. Weltkrieg ihre ehemalige Blütezeit nicht mehr und befand sich von da an auf einer absteigenden Linie. Schuld an dieser Entwicklung hatte nicht zuletzt die ausländische Konkurrenz, die z. B. in der japanischen Textilindustrie den Zentren von Birmingham und Manchester schwer zusetzte. Diese Gebiete und auch die Kohlendistrikte wurden zu sogenannten „depressed areas“ — Elendsgebieten. Die Produktion wandte sich mehr und mehr von den Stapelgütern weg zur Konsumgüterindustrie (Chemie, Auto, Kunstseide usw.), während die alten Industrien in Umfang und Ausrüstung zurückblieben. Die hohen Löhne und andern Kosten verminderten die Konkurrenzfähigkeit der Exportindustrie, entsprechende Investitionen unterblieben und die industriellen Einrichtungen fielen demgemäss zurück.

Erst der Krieg gab der britischen Produktion wieder einen mächtigen Impuls und eine grosse Expansion. Aber die Erzeugnisse dienten der Kriegsführung und nicht der Güterversorgung des Volkes. Die gesamte Ausdehnung bedeutet vielmehr einen Kapitalverzehr, da die dauerhaften und nichtdauerhaften Produktionsmittel aufs äusserste ausgenutzt und nicht entsprechend ersetzt wurden. Die Produktion wie auch die Einfuhr von Verbrauchsgütern musste auf ein Minimum eingeschränkt werden, um Mittel freizumachen für die Einfuhr von Rüstungs- und Kriegsmaterial. So sammelte sich in den Händen des Volkes eine beträchtliche unausnützbare Kaufkraft an. Aber auch auf die Gold- und Devisenreserven musste gegriffen werden, und ebenso auf die ausländischen Kapitalanlagen, die, soweit sie sich in Süd- und Nordamerika befanden, zu einem grossen Teil verflüssigt wurden. Da Grossbritannien zudem Indien und anderen Staaten die Kriegsführung bezahlte, liefen auch hier grosse Schuldsommen auf.

Die Situation, der sich England nach dem Krieg gegenübergestellt sah, verdient einige nähere Betrachtung. Die Abhängigkeit Englands an Rohstoffen und Lebensmitteln vom Ausland spiegelt sich in Zahlen wieder: Der Wareneinfuhr von rund 900 Mill. in den letzten drei Vorkriegsjahren stand eine Ausfuhr von nur 500 Mill. gegenüber⁷⁵. Die restlichen 400 Mill. wurden zur Hälfte mit den Erträgnis-

75 F. v. Hayek: „Probleme und Schwierigkeiten der englischen Wirtschaft“ in: Schweiz. Monatshefte No. 9, 1947, S. 554.

sen auswärtiger Kapitalanlagen, zur Hälfte mit den Einkommen aus dem Versicherungsgeschäft, der Handelsschiffahrt und anderen finanziellen Dienstleistungen aufgebracht. Während des Krieges verringerte sich nun die Warenausfuhr bisweilen auf 30% der Vorkriegsmenge. Exportmärkte gingen verloren und die Auslandsinvestitionen nahmen um ca. die Hälfte ab. Ebenso verminderten sich andere Aktivposten der Zahlungsbilanz, so wurde z. B. die Hälfte der Handelsflotte im Krieg zerstört, und das Bank- und Versicherungsgeschäft lag fast völlig darnieder.

Am Ende des Krieges konnte Grossbritannien aus den laufenden Einnahmen nicht einmal mehr die Hälfte seines Vorkriegsimportes bezahlen, dazu kamen noch die neuen grossen Auslandsverschuldungen, die England zu einem Schuldnerland machten.

Gesamthaft können wir die Probleme und Schwierigkeiten Grossbritanniens nach dem 2. Weltkrieg wie folgt darstellen:

- a) Importabhängigkeit zur Aufrechterhaltung eines angemessenen Lebensstandards,
- b) Schwierigkeit, diesen Import weiterzuführen, wegen
 - 1) der auf die Vorkriegszeit zurückgehenden Verschlechterung der Konkurrenzstellung vieler Exportindustrien,
 - 2) der Verstaatlichungswelle,
 - 3) weiterem Verlust von Auslandsmärkten während des Krieges, Einbusse an industrieller Ausrüstung infolge Uebernutzung und Kriegshandlungen, Verlust eines bedeutenden Teils der Kapitalanlagen im Ausland (Liquidation von 1,118 Milliarden Sterling),
- c) eine neue grosse kurzfristige Auslandsverschuldung in Form von sogenannten „sterling balances“ im Betrag von 2,879 Milliarden. 1945 betragen die fremden Verbindlichkeiten des englischen Schatzamtes 3,355 Milliarden. Dazu kommen noch die „lend-and lease“-Verpflichtungen, die am Ende des Krieges 650 Mill. betragen.

Die „sterling balances“ die im Verlaufe des Sommers 1947 eine grosse Rolle spielten, stammten aus den Kosten, die England für die Kriegsführung im Osten aufbringen musste, da es Indien, Burma und den Nahostländern die Kriegskosten übernahm, indem es z. T. in diesen Ländern die hierzu erforderlichen Summen borgte.

Die Wandlung Englands von einem Gläubiger- in ein Schuldnerland bringt es heute mit sich, dass es nicht nur einen grossen Teil seiner Einfuhr nicht mehr aus seinem Kapitaleinkommen bestreiten kann, sondern es im Gegenteil zum Ausgleich seiner Zahlungsbilanz

einen beträchtlichen Ausführüberschuss erzielen muss, demzufolge die Warenausfuhr um etwa 75% gegenüber dem Vorkriegsstand gesteigert werden müsste⁷⁶.

Für die englische Regierung stellte sich nun das Problem, wie das Sinken des Lebensstandardes, zu welchem diese neue Wirtschaftslage unweigerlich führen musste, vermieden oder doch auf ein Mindestmass beschränkt werden könnte. Da die Lage Grossbritanniens am deutlichsten in seiner Zahlungsbilanz reflektiert wird, stellt man diese Frage meist als Problem des Zahlungsbilanzausgleiches dar, die demnach lautete: Wie kann England den Mangel an Zahlungsmitteln zur Begleichung seiner Auslandsschulden und seiner lebensnotwendigen Importe und Dienste beheben? Aus dieser Kalamität sollte die 55 Jahre laufende Anleihe der Vereinigten Staaten helfen, verbunden mit einem teilweisen Moratorium für kurzfristige Schulden und einer rigorosen Beschränkung der Importe auf allerwichtigste Waren.

Erschwerend für die Nachkriegssituation kam hinzu, dass die englische Regierung sich vor eine doppelte — und teilweise sich ausschliessende Aufgabe — gestellt sah: sie musste einerseits durch ihre Wirtschaftspolitik eine wirtschaftliche Stabilität herbeiführen und garantieren, dem Einzelnen Sicherheit vor Not und Arbeitslosigkeit und jedem ein minimales Einkommen gewährleisten; andererseits hatte sie die Rückstände und Zerstörungen wettzumachen, die Wirtschaft an die veränderten Marktverhältnisse anzupassen und den Wohlstand der Nation wieder auf die alte Höhe zu bringen.

Für den Aussenstehenden ist es schwer, die Berechtigung der Forderungen, die die Masse der Lohnverdiener nach Kriegsende stellte, einzuschätzen. Nach den Opfern und Entbehrungen des Krieges und nicht zuletzt nach wenig erfreulichen Vorkriegsjahren wäre es unmöglich gewesen, ohne ernsteste Gefährdung des innern Friedens den Ruf nach sozialer Sicherheit und Erhöhung des Lebensstandardes der Arbeiter zu überhören. Umsomehr, als Versprechen dieser Art während des Krieges tatsächlich gegeben worden waren! Die Einschätzung und Beurteilung dieser psychologischen Situation lag natürlich auf der politischen Ebene, und die Entscheidung darüber, ob sich die Nation der marktwirtschaftlichen Anpassung an die neuen Verhältnisse unterwerfen oder ein System der Kontrolle, Lenkung und Planung einführen und die sozialen Pläne nach Möglichkeit verwirklichen sollte, lag bei denen, die politische Vormacht errangen. Es muss aber erwähnt werden, dass die Grundzüge der

76 *idem*, S. 555.

heutigen englischen Sozialgesetzgebung schon auf die Regierung Churchills zurückgehen⁷⁷. Hayek als Befürworter einer möglichst freien Wirtschaftsform schreibt in Betrachtung der britischen Verhältnisse: „Es ist eine nicht ungewöhnliche Erscheinung, dass gerade nach schweren Erschütterungen, die den Wohlstand eines Landes verringern, die Ansprüche und Erwartungen auf Steigerung des Lebensstandards höher sind denn je und Parteien ans Ruder kommen, welche ihre Position Versprechungen verdanken, die mit der neuen Lage des Landes unvereinbar sind. Eine sozialistische Partei, die nach einem langen Krieg die Regierung übernimmt, ist versucht, die dringlichen Wiederaufbaumasnahmen zu vernachlässigen und Aufgaben in Angriff zu nehmen, die sich die Nation nach den gegebenen Umständen nicht leisten kann. Das Dilemma einer solchen Partei in einem Volke, das ärmer geworden ist und dessen Ansprüche gleichzeitig gestiegen sind, zeigt sich mit aller Deutlichkeit in der Entwicklung der englischen Wirtschaft seit dem Krieg⁷⁸.“

Bei der Betrachtung der für Grossbritannien auf lange Sicht ungleich wichtigeren Aufgabe, nämlich derjenigen des wirtschaftlichen Auf- und Umbaus, scheint es auf den ersten Blick vielleicht unverständlich, dass auf einmal so grosse Lücken in der industriellen Ausrüstung vorhanden sein konnten. Neben der bereits erwähnten Ueberalterung vieler Industrien — denken wir nur an die Kohlen- und Textilindustrie — und den direkten Zerstörungen an Häfen, Gebäuden, Anlagen durch Bomben und V-Waffen kommt der Umstand hinzu, dass England im Krieg und unmittelbar nachher gezwungen wurde, ausser der Einschränkung im laufenden Konsum und der gewaltigen Produktionssteigerung — nebenbei die einzigen beiden Mittel die ohne direkte Folgen für die Zukunft sind — von seinem Kapital zu zehren. Nach allgemeinen Schätzungen hat Grossbritannien mehr als ein Viertel seines Realkapitals eingebüsst (incl. Auslandsanlagen).

Alle diese Einbussen sind heute gutzumachen, noch mehr die Produktion muss über den alten Stand gebracht werden, soll damit der Wohlstand wieder auf das ehemalige Niveau kommen, denn zum ersten besitzt das Land die Mittel nicht mehr, die ehemalige Zusammensetzung der Einfuhr aufrechtzuerhalten, zweitens müssen für die Ausweitung der Produktion ebenfalls mehr Kapitalgüter eingeführt werden und drittens ist heute das Realaustauschverhältnis merklich zugunsten der Rohstoffe, die England importieren muss, gestiegen. Importbeschränkung, Exportförderung, Ersatzinvestitionen, Repara-

77 Der ehemalige konservative Minister R. A. Butler führte anlässlich einer Rede in Zürich aus, dass Englands soziales Experiment nicht das Monopol einer Partei sei, sondern die Unterstützung aller Kreise geniesse...
N. Z. Z. No. 1273, 1948.

78 F. v. Hayek: „Probleme und Schwierigkeiten...“, S. 553.

turen und gesteigerte Konsumgüternachfrage im Inland dienen alle demselben Wirtschaftsziel: Steigerung der Produktivität unter gleichzeitiger Anpassung der Gütererzeugung an die Verschiebungen des Bedarfes.

2. Produktionsziele und Investitionsaufgaben

a) Der Arbeitseinsatz

Mitte 1944 waren von einer Gesamtzahl von 22 Millionen Beschäftigten 42% oder 10 Millionen in der Rüstungsindustrie oder in der Armee gebunden. Nur ca. 2% konnten für den Export arbeiten. Nach Kriegsende setzte eine umfangreiche Arbeitsrekrutierung für die national wichtigen Industrien ein, und die Regierung war bestrebt, den gesamten Arbeitseinsatz zu erhöhen, wofür sie zahlreiche Gesetze gegen die „Müssiggänger“ erliess. Der quantitative Arbeitseinsatz stand 1948 mit einer Zahl von rund 19 Millionen über der entsprechenden Zahl des letzten Vorkriegsjahres (1939). Die Zahl der registrierten Arbeitslosen betrug im Mai 1948 noch 279 000 Personen gegenüber 1,270 Millionen im Jahre 1939⁷⁹. Damit scheint in quantitativer Hinsicht die Grenze des Möglichen erreicht zu sein obschon in geringem Umfang noch Arbeitskräfte aus dem Ausland herbeigezogen werden könnten (Infolge des Widerstandes der Gewerkschaften dürften aber die Einwanderung fremder Arbeitskräfte keine entscheidende Bedeutung erhalten).

Ein anderer und weit härterer Kampf geht jedoch um die Erhöhung der Produktivität der Arbeit. Schon vor dem Krieg lag in England die Produktion pro Stunde und Arbeiter erheblich unter derjenigen z. B. der USA⁸⁰. Im Krieg hat die individuelle Arbeitsleistung in vielen Ländern abgenommen. In England betrug 1946 die Kohlenförderung 259 t pro Mann gegenüber 308 im Jahre 1937, und die erfolgreichen Bemühungen der Kohlenarbeitergewerkschaft um die Verkürzung der Arbeitszeit trugen natürlich auch nicht dazu bei, die Leistungsziffern zu erhöhen. Es bedurfte der krisenhaften Situation im Jahre 1947, um einen vermehrten Einsatz zu erreichen. In einer Rede in Belfast wies Stafford Cripps darauf hin, dass in Grossbritannien im Sommer 1948 die Arbeitsproduktion wieder das Vorkriegsniveau eingeholt habe. Es müsse jedoch noch eine wesentliche Steigerung stattfinden, wenn das wirtschaftliche Gleichgewicht bis zum Abschluss des Marshallplanes wiederhergestellt werden solle.

79 N. Z. Z. No. 1735, 1948.

80 Kahn Alfred: „The British Balance of Payments and Problems of Domestic Policy“, in: Quarterly Journal of Economics No. 3, 1947.

Und in einem Rundschreiben stellt der gleiche Minister fest, dass zahlreiche Männer und Frauen, von deren Tätigkeit die nationale Erholung abhinge, die Beziehung zwischen ihrer Arbeit und der nationalen Erholungsfähigkeit nicht kenne. Dies bedeute eine geringe industrielle Moral⁸¹.

Wie aber Cripps am Gewerkschaftskongress von Margate im Jahre 1948 selbst zugab, soll eine weitere Steigerung der Produktionsleistung pro Person nicht durch Verlängerung der Arbeitszeit, sondern vor allem durch bessere Organisation und bessere maschinelle Ausrüstung erzielt werden.

b) Die Produktionsprogramme

Auf die Programme für die verschiedenen Industriezweige einzeln eingehen zu wollen, würde den Rahmen dieser Arbeit sprengen. So sollen nur die wichtigsten Schlüsselprodukte herausgegriffen, sowie einzelne Details dann bei der Beurteilung der Entwicklung gestreift werden.

Ein für die wirtschaftliche Erholung des Landes besonders wichtiger und zugleich der vielleicht am meisten vernachlässigte Wirtschaftssektor ist der Kohlenbergbau. Nach den Schätzungen von Fachleuten wären für eine durchgreifende Modernisierung eine Investition von rund 500 Millionen und ein zeitlicher Aufwand von vielen Jahren nötig. Während auf dem Kontinent die Konzentration der Grubenunternehmen die Ausbeutung schlechter Gruben wesentlich erleichterte, herrschte in Grossbritannien von jeher eine beträchtliche Zersplitterung. In den Depressionsjahren wurden hochwertigen Feldern durch die Coal Mines Act vom Jahre 1930 Fesseln auferlegt, die ihre Konkurrenzfähigkeit behinderten. Noch kürzlich legten Regierungsberichte dar, dass unter Tag jeder vierte Arbeiter mit dem Transport beschäftigt sei, mit einer Tagesleistung von nur 5 t gegenüber 50 t in den USA⁸². Die englischen Gruben standen während Jahrzehnten im Zeichen des abnehmenden Ertrages, während z. B. in den Jahren 1925—1932 die Leistungen eines Bergmannes im Ruhrgebiet um 75% stieg! Nicht zuletzt diese Zustände begünstigten die Verstaatlichung der gesamten Kohlengruben des Königreiches. Sofort wurden denn auch Massnahmen ergriffen, um die Arbeiterzahl zu steigern und die maschinelle Ausrüstung zu verbessern. Angesichts der überragenden Stellung, die heute die Kohlenförderung zur Versorgung des Landesbedarfes und des Exportes einnimmt, wurde

81 N. Z. Z. No. 1735, 1948.

82 Herbert Gross: „Das Gesicht der Weltwirtschaft“ S. 127.

der Kohlenindustrie eine Vorzugsbehandlung zuteil. An der Spitze des nationalisierten Kohlenbergbaues steht das Nationale Kohlenamt, Die starke Zentralisierung und andere organisatorische Fragen erschweren jedoch die Uebersichtlichkeit, so dass heute das Problem der Verstaatlichung in dieser Hinsicht noch nicht als restlos gelöst werden darf (dies kam zum Ausdruck auch im Rücktritt des ersten Präsidenten des Kohlenamtes Sir Charles Reid).

Es sei an dieser Stelle bemerkt, dass der erste Bericht der nationalisierten Kohlenindustrie auf Ende 1947 mit einem Verlust von 1,7 Mill. Pfund Sterling in sechs Monaten aufwarten musste. Dieser Verlust ist laut eines Sprechers des Kohlenamtes hauptsächlich auf die Einführung der Fünftagewoche mit den gleichen Löhnen wie bei der vorhergehenden Sechstagewoche zurückzuführen. Daraufhin wurde die Arbeitszeit wieder freiwillig erhöht, so dass sich nach und nach wieder eine Besserung einstellte. Mussten 1946 bei einer Förderung von 189 Mill. t und einem Verbrauch von 194 Mill. t 5 Mill. t aus Vorräten in Anspruch genommen werden, so erreichte die Förderung 1947 bereits 196,5 Mill. t (vorgesehen 200 Mill. t). Seit 1948 nahm auch die Ausfuhr von Kohle wieder zu und erreichte im Mai bereits 323 000 t pro Woche. Dass jedoch die Schwierigkeiten noch nicht alle behoben sind, zeigt eine Zeitungsmeldung vom 29. Juni 1948⁸³, wonach sich die Förderungsziffern bei der Tiefbaukohle, die bei einem Gesamtbudget pro 1948 von 211 Mill. t genau 200 Mill. t betragen sollte, seit Ostern schon wieder verschlechtert hätten. Schuld daran sei die steigende Abwesenheit der Arbeiter und die ungleiche Mechanisierung. Die vorgenommenen Investitionen machen sich infolge mangelnder Koordinierung und infolge der Unausgeglichenheit auch heute noch nicht durch eine entsprechende Produktivitätssteigerung bezahlt.

Abhängig von der Kohlenindustrie ist vor allem die Stahlerzeugung. Die nur langsame Steigerung der Kohlenförderung zeigt sich deshalb auch in der Tatsache, dass die Stahlindustrie der gesteigerten Nachfrage nicht nachkommen konnte. Die Einfuhr ist infolge der Devisenknappheit beschränkt. 1946 betrug die Stahlgewinnung 12,75 Mill. t, die Kapazität der bestehenden Anlagen hätte jedoch eine Erzeugung von 13,75 Mill. t zugelassen. Der Inlandverbrauch von Fertigstahl belief sich 1946 auf 8,1 Mill. t. Die Regierung schätzt auf lange Sicht mit einem Inlandverbrauch von 9,5 Mill. t und einem Export von 2,25 Mill. t, was eine Rohstahlerzeugung von 16 Mill. t bedingen würde. Unter Verzicht auf den Export kann die

83 N. Z. Z. No. 1385, 1948.

gegenwärtige Stahlerzeugungskapazität für den Inlandbedarf genügen. Für die Expansion der Industrie wurde ein 7^{1/2}-jähriges Programm aufgestellt, dass 168 Mill. Pfund Sterling an Investitionen benötigt.

3. Die Investitionstätigkeit im Rahmen der wirtschaftlichen Gesamtentwicklung

Neben der Vermehrung des Arbeitseinsatzes war es besonders die Ausdehnung der Kapitalbildung, von der die englische Regierung die Erreichung der Produktionsziele erhoffte. Dies bedingte naturgemäss eine wesentlich erhöhte Investitionsrate. Gleichzeitig sollte der Anteil der Konsumausgaben am Volkseinkommen heruntergesetzt werden, wie dies in der sogenannten „Austerität“-Politik in die Wirklichkeit umgesetzt wurde. Der persönliche Verbrauch wurde von 78% im Jahre 1938 auf 66,7% im Jahre 1946 heruntergesetzt. Nach der gleichen Quelle⁸⁴ sollten die Bruttoinvestitionen von 16,5 auf 20% heraufgesetzt werden. Für das mit dem Jahr 1946 beginnende Dezennium wurde der britische Investitionsbedarf mit ca. 11—14 Milliarden Pfund Sterling berechnet, durchschnittlich 1,1 bis 1,4 Milliarden Pfund Sterling pro Jahr. Aus der privaten Spartätigkeit würden in zehn Jahren bei einer der Vorkriegszeit entsprechenden Sparrate 2,6 Milliarden Pfund Sterling und aus den Selbstfinanzierungen der Firmen ca. 2,2 Milliarden Pfund Sterling fliessen, so dass immer noch ein Betrag von 6—9 Milliarden zu decken wäre. Ein Teil davon könnte mittels Auslandsanleihen und aus diversen Fonds aufgebracht werden, für die Deckung des weitaus grösseren Teils stünden aber nur noch folgende Wege offen: Die Erhöhung des Zinssatzes; damit würden zahlreiche Projekte unrentabel und der Investitionsbedarf würde kleiner und auf die dringendsten Fälle verteilt werden. Eine Erhöhung der Sparquote durch schärfere Einschränkung des Konsums. Die Erzielung eines Staatshaushaltsüberschusses von mindestens 300 Mill. Pfund Sterling jährlich⁸⁵.

Betrachten wir nun die Entwicklung der ersten beiden Nachkriegsjahre (1945—1946), so zeigt sich, dass die Produktion schnell im Steigen begriffen war und demgemäss auch die Ausfuhr immer grö-

⁸⁴ Herbert Gross: „Das Gesicht der Weltwirtschaft“, S. 135.

⁸⁵ Was die Erhöhung des Zinssatzes anbelangt, die eine marktwirtschaftlich konforme Reaktion darstellen würde, ist kaum mit einer solchen Massnahme zu rechnen. Wiederholt ist von den verantwortlichen Stellen betont worden, dass von der Politik des billigen Geldes nicht abgewichen werden könne. Das Aeusserste, was von der britischen Regierung z. Zt. verlangt werden kann, ist das Anstreben eines ausgeglichenen Staatshaushaltes. Dieses Problem ist ausführlich behandelt in einem Aufsatz von E. Küng, betitelt „Zahlungsbilanzausgleich und Inflationsdruck“ in: „Aussenwirtschaft“ Heft IV, 1947, S. 208 ff.

ser wurde. Es schien, dass man dem Ziel, die Erreichung des wirtschaftlichen Gleichgewichtes, sehr viel näher gekommen sei. Die Ausfuhr überschritt im Herbst 1946 bereits beträchtlich das Vorkriegsniveau und betrug 900 Mill. Pfund Sterling anstatt der budgetierten 750 Mill. Pfund Sterling. Dabei ruhte die Hauptlast des Exportes auf der Maschinen- und Fahrzeugindustrie, unterstützt durch die chemische, elektrische und einige andere Industrien. Die Dollaranleihe sollte unterdessen jenen Teil der Kapitalbildung decken, der vom Inland nicht aufgebracht werden konnte. Diese Investitionen sollten besonders in der Kohlen- und auch in der Textilindustrie eine vollständige Reorganisation mit einer durchgreifenden Modernisierung ermöglichen. Darüberhinaus wurden Expansionsprojekte auch in anderen Industrien in Angriff genommen, neben der Förderung der bereits für den Export arbeitenden Industrien, wie Auto-, Maschinen-, chemischer und Schiffsbauindustrie, wurden auch neue Industrien entwickelt, so z. B. die Uhrenerzeugung. Die Planung war demnach sehr langfristig. Die Verschiebung der Produktion zugunsten der Kapitalgüterindustrie kommt auch darin zum Ausdruck, dass Ende 1946 rund eine halbe Million Arbeitskräfte mehr an den Investitionen arbeiteten als 1939, dagegen eine halbe Million weniger in der Konsumgüterindustrie. Die stärkste Ausdehnung zeitigte die Metall- und Maschinen-, sowie die Bauindustrie, was vor allem darauf zurückzuführen ist, dass hier die Expansion der Kapitalgütererzeugung vorwiegend in einer blossen Umstellung von der Kriegsausfuhr auf die Friedensproduktion bestand.

Hier stellt sich nun die Frage, ob die Investitionsrate der Produktionskapazität der englischen Wirtschaft und dem Zufluss von Anleibedollars angepasst war oder nicht. Mit ziemlicher Sicherheit steht fest, dass England mit seinem Nachkriegsprogramm schon von Anfang an den Weg der *Ueberinvestition* beschritten hatte. Zwar bemerkt schon das Wirtschaftsbudget für 1947, dass nicht genug Arbeitskräfte, Stabl, bauliche und maschinelle Anlagen vorhanden seien, um alle Aufgaben zu erfüllen, die notwendig wären; besonders, weil grosse Teile der industriellen Erzeugnisse — vor allem auch Kapitalgüter — exportiert werden müssen. Eine scharfe Kontrolle sei notwendig. „The exercise of this control may postpone some schemes which are themselves of great value to industry, or of great social value, but this is unavoidable⁸⁶.“

Diese Ueberinvestition hat ihre Wurzel darin, dass die Regierung damit rechnete, die amerikanische und kanadische Anleihe im Werte von 1250 Mill. Pfund Sterling würde die 3—4 Jahre überbrücken,

86 Economic Survey for 1947, Ziffer 115, S. 25.

die zu überwinden seien, ehe der Export so stark erhöht sein würde; dass er allein die Einfuhr decken könne. Unterdessen sollte der Konsum auf ein Minimum beschränkt bleiben, dafür aber die Wiederherstellung der Kriegsschäden und die Einholung der früher unterlassenen Ersatzinvestitionen, zusammen 4—4,5 Milliarden Pfund Sterling betragend, sowie die Expansion der Kapitalbildung in Angriff genommen werden. Das Hauptaugenmerk war dabei nicht primär auf die Exportsteigerung gerichtet, sondern auf die Investition und die daraus hervorgehende Verbesserung der Konsumversorgung sowie des Exports. Da bei der Knappheit der zur Verfügung stehenden Produktionsmittel der Inlandkonsum, der Ausfuhrbedarf und der Investitionsbedarf in scharfer Konkurrenz zueinander standen, war die Investition, so wie die Dinge lagen, viel zu gross. Bei der Knappheit von Produktivkräften beeinträchtigte natürlich jede Investitionsausweitung die Produktion für den Konsum- oder für den Exportbedarf. Ganz abgesehen davon, dass damit das Einkommen der Bevölkerung erhöht und der Konsumbedarf nochmals verstärkt, ja ein empfindlicher Kaufkraftüberhang geschaffen wurde. Die Zahlungsbilanzdefizite von über einer halben Milliarde Pfund Sterling, die unter der obengenannten Konzeption durch die Anleihe hätten gedeckt werden sollen, sowie die ständige Nahrung des ohnehin grossen Kaufkraftüberhanges mussten eine Beschränkung der Kapitalinvestitionen auf das Notwendigste angezeigt erscheinen lassen, denn wenn auch der Konsum beherrscht werden kann, so war es doch von vornherein klar, dass die Import-, resp. Exportziffern nicht genau vorausgeplant werden konnten und unvorhergesehene Ereignisse der Zahlungsbilanz eine unerwünschte Richtung geben konnten.

Solche Ereignisse traten denn auch prompt ein. Die steigenden Produktionsziffern und die grossen Darlehen lenkten zwar den Blick vom Wettlauf zwischen den Währungsreserven und der Exportsteigerung ab, aber schon der Winter 1947 brachte die Kohlenkrise infolge der grossen Schneefälle und Kälte und damit auch ein Produktionsminus bei den von der Kohle abhängigen Stapelprodukten. Dadurch blieben natürlich Export und Inlandversorgung entsprechend zurück. Weit kritischer gestaltete sich jedoch im Sommer der Zustand der Währungsreserven. Das erste Halbjahr 1947 sah nämlich einen schnellen und unerwartet grossen Schwund der Gold- und Dollarbestände des Schatzamtes. Die Dollarbezüge bei der Bank von England waren nämlich grösser als das Handelsdefizit der Nation, was durchaus nicht im Interesse der englischen Wirtschaft lag. Dadurch würde die mit den Anleihen vorgesehene Ueberbrückungszeit

wesentlich verkürzt und dem Gesamtplan wieder ein neuer Stoss versetzt. Wie war diese so unverhoffte Wendung zu erklären?

Der Dollarschwund steht im Zusammenhang mit der sogenannten Konvertibilitätsklausel im englisch-amerikanischen Anleihevertrag, durch die die englische Regierung gezwungen wurde Sterlings-Verpflichtungen gegenüber dem Ausland in Dollar-Verpflichtungen umzuwandeln. Da aber die Abnahme der Reserven schon vorher bedrohliche Formen angenommen hatte, war es klar, dass noch ein tieferer Grund vorhanden sein musste. Dazu bemerkt F. Hayek in seinem schon zitierten Artikel: „Es ist inzwischen klar geworden, dass Grossbritannien die Kredite nicht allein zur Deckung seines Einfuhrüberschusses verwendete, sondern den Versuch machte, mit ihrer Hilfe die Stellung eines Bankiers für die ganze „Sterling Area“ zu erringen und dass es in der Folge nicht nur sein eigenes Dollardefizit, sondern auch das des übrigen Sterlinggebietes aus seinen Guthaben bestreiten musste. Das mag eine Folge des Bestrebens gewesen sein, ... die finanzielle Stellung Englands im Bereich der Sterlingländer zu sichern. Aber es war zweifellos nicht die ursprüngliche Bestimmung der Anleihe, deren Bedingungen eine solche Verwendung sogar ausdrücklich auszuschliessen schienen... Etwa ein Drittel von den über 700 Millionen Pfund Sterling aus den Dollaranleihen, die in den ersten acht Monaten des Jahres verbraucht wurden, scheint auf diese Weise den anderen Mitgliedern der Sterlinggruppe zugute gekommen zu sein⁸⁷.“

Der Wettlauf zwischen der Erschöpfung der Dollarreserven und der Exportsteigerung entschied sich trotz den an sich erfreulich aufwärtskletternden Produktionsziffern immer bedrohlicher zugunsten ersterer. Dazu ist zu sagen, dass eine Vermehrung der Arbeitskräfte um eine Million und ein stetiger Einfuhrüberschuss sich naturgemäss in einer steigenden Produktion auswirken musste. Wichtig wäre allerdings gewesen, dass die Produktionssteigerung sich auf Güter verteilte, die direkt für die Ausfuhr oder für die Importverringerung in Frage gekommen wären. Zeigt es sich nämlich, dass trotz Produktions- und Exportsteigerung und trotz Niederhaltung des Konsums das Zahlungsbilanzdefizit nicht kleiner wird, so beweist dies, dass die Investitionsrate um den Betrag der Einfuhrvermehrung (minus Verteuerung der Einfuhr gegenüber den Ausfuhrpreisen) gestiegen ist. Gleichgewichtsmässig betrachtet, ist die Investitionssumme um eben diesen Betrag zu hoch, weil dadurch die für die Exportierung erreichte Produktionserhöhung jedesmal wieder kompensiert wird.

87 F. v. Hayek: „Probleme und Schwierigkeiten...“, S. 556.

In ihrem Weissbuch vom März 1948 bemerkt die Regierung rückblickend auf das Jahr 1947, dass die starke Abhängigkeit des Landes vom internationalen Handel es mit sich bringe, dass viele Faktoren, die für die wirtschaftliche Entwicklung entscheidend seien, ausserhalb des Einflussbereiches der Planung lägen und demnach grosse Abweichungen selbst von den allerneuesten Plandaten unvermeidbar seien⁸⁸. Zwei dieser Faktoren haben den englischen Planungsbehörden übel mitgespielt, erstens der grosse Preisanstieg der Lebensmittel und Rohstoffmaterialien im Ausland, sowie zweitens die zunehmende Knappheit an gewissen harten Währungen in den meisten Ländern. Dadurch verteuerte sich die Einfuhr sehr erheblich und zehrte vermehrt an den Währungsreserven; die Entblössung wichtiger Lebensmittel- und Rohstofflieferantenländer von harten Währungen führte dazu, dass solche Importe fast ausschliesslich mit Exporten oder dann mit Dollars oder Gold bezahlt werden mussten. Die Zahlungsbilanz des Jahres 1947 zeigte ein „Defizit“ von (provisorisch) 675 Mill. Pfund Sterling anstatt der geschätzten 350 Mill. Pfund Sterling. Die Vergrösserung ist darauf zurückzuführen, dass der Import um 124 Mill. Pfund Sterling und die Ausgaben der Regierung im Ausland um 36 Mill. Pfund Sterling grösser waren als vorgesehen, während andererseits der Export von Gütern um 75 Mill. Pfund Sterling und der unsichtbare Export (Kapitaleinnahmen aus den Auslandsanlagen) um 90 Mill. Pfund Sterling hinter den Erwartungen zurückgeblieben waren. Durch die Kohlenkrise war es schliesslich nicht möglich gewesen, das budgetierte Exportvolumen von 1200 Mill. Pfund Sterling zu erfüllen, das um 75 Mill. Pfund Sterling unter dem vorgesehenen Umfang blieb.

Die kritische Entwicklung des Jahres 1947, die für die Fortführung der Wirtschaftspolitik entscheidend war, zeigt mit aller Deutlichkeit, dass nicht nur einzelne Teilpläne von Fall zu Fall wieder abgeändert werden müssen und sich effektiv genau so verändern, wie wenn kein Plan aufgestellt worden wäre, sondern dass auch die grossen Gesamtkonzeptionen sehr problematisch sind. Sollte die Planwirtschaft nicht aufgegeben werden, so musste die Regierung an eine Neuaufstellung gehen, in der besonders die Neuaufteilung der Importe auf die Investitionen und den Konsumbedarf, und dadurch wiederum die Revision verschiedener Exportziffern notwendig wurden. Die Anpassung an die neue Lage kam in einem Weissbuch betitelt „Capital Investment in 1948“ zum Ausdruck.

Angesichts der Tatsache, dass die produktiven Kräfte nicht ausreichten, allen Anforderungen gleichzeitig nachzukommen, mussten

⁸⁸ Economic Survey for 1948, S. 56.

die Investitionsziffern herabgesetzt werden. Durch diese Beschränkungen wurde die bisherige Investitionspolitik, die trotz der grasierenden Konsumgüterknappheit und der steigenden Rohstoffpreise eine langfristige Investitionstätigkeit vorsah, öffentlich desavouiert. Das Weissbuch zählt einleitend die Leistungen auf, die bis zu seinem Erscheinen vollbracht wurden. So betragen die Nettoinvestitionen in der Industrie, im Baugewerbe und in den sogenannten public utilities seit Kriegsende 1,3—1,4 Milliarden Pfund Sterling. Im Jahre 1946 betragen die Gesamtausgaben für Ersatz- und Neuinvestitionen 1,3 Milliarden Pfund Sterling. Für das Jahr 1948 waren 1,6 Milliarden Pfund Sterling vorgesehen. Da die Kredite der USA und aus Kanada allmählich der Erschöpfung entgegengingen, musste von da an dem Export das Primat gegeben und es mussten gewisse Investitionsprojekte auf später verschoben werden.

Der erhöhte Exportzwang und die Unmöglichkeit, dringend benötigte Güter in genügender Zahl einzuführen, liessen die Regierung zur Einsicht kommen, dass vor allem die Kapitalprogramme auf lange Sicht die Fähigkeit der britischen Volkswirtschaft überschritten. „The size, scope and number of these projects must, therefore, be reduced not so much to save money as to save scarce labour and materials for diversion to even more urgent uses“, sagt das Weissbuch. Nach sorgfältiger Ueberprüfung aller Programme kam die Regierung zu dem Schluss, die Gesamtinvestitionssumme auf 1,42 Mrd. Pfund Sterling herabzusetzen, also um 180 Mill. Pfund Sterling. Die Reduktion sollte progressiv vorgenommen werden, so dass anfangs die Investitionsrate über 1,42 Mrd. Pfund Sterling liegen sollte, Ende des Jahres 1948 dagegen auf einer Jahresrate von 1,32 Mrd. Pfund Sterling. Die Netto-Investition wird laut Weissbuch auf die Hälfte der Bruttoziffern geschätzt, so dass diese auf eine Höhe von 710 Mill. Pfund Sterling zu liegen käme. Bei einem Nationaleinkommen für das Jahr 1947 (lt. Weissbuch vom März 1948) von 8,77 Mrd. Pfund Sterling — im Vorjahr 8,1 Mrd. Pfund Sterling — und einem geschätzten Einkommen von ca. 9,25 Mrd. Pfund Sterling betrüge die Netto-Investitionsquote in fixem Kapital ca. 6,6%. Von der Reduktion der Investition sollten allerdings in den Sektoren der Metall- und Maschinenindustrie, Bergwerke usw. eine Reihe von Werken ausgenommen werden, die speziellen Zwecken dienen und die sogenannten „utilities“, Kohle und Stahl betreffen⁸⁹. Ja, für solche Projekte wurde auf Ende 1948 die Jahresrate der Investitionen von 135 Mill. auf 180 Mill. Pfund Sterling heraufgesetzt. In diesen Er-

⁸⁹ Capital Investment in 1948, S. 7.

höhungen sind die internationalen Preiserhöhungen inbegriffen, damit der Ausbau der Kohlenbergwerke, die Erstellung von Hydro-Kraftwerken und der Ausbau von Oelraffinerien in vollem Umfang durchgeführt werden kann. Das allgemeine Elektrizitätsprogramm erfuhr eine Reduktion, indem die Krafterzeugungszunahme vom Jahre 1950 von 2 Mill. auf 1,5 Mill. kw herabgesetzt wurde. Ebenso wurde auch die Bereitstellung von Stahl für den Inlandbedarf herabgesetzt. Der Wert aller Reduktionen, der nun für den Export reserviert werden konnte, betrage 17 Mill. Pfund Sterling und sollte die Einsparung von 60 000 t Stahl für den Exportbedarf ermöglichen.

Der Schiffsbau, dessen Produktionsziffer für das Jahr 1947 merklich unter den Planziffern stand, erfuhr nun ebenfalls Abstriche. Bemerkenswert ist der Entscheid, dass es unter den gegebenen Bedingungen vorteilhafter sei, Schiffe für die eigene Handelsflotte zu bauen als für den Export, selbst demjenigen nach Hartwährungsländern⁹⁰.

Die Erzeugung von Lastkraftwagen erreichte 1947 den Stand von 616 000 Einheiten und überstieg die Ziffern von 1938 um 14 000 Einheiten. Nachdem in der Nachkriegszeit jährlich ca. 100 000 Stück dem heimischen Markt zugeführt wurden, sah das neue Programm für 1948 nur noch eine Belieferung im Werte von 25 Mill. Pfund Sterling vor, was ca. 50 000 Einheiten entspräche. Bei den Personewagen, die wieder 75% der Vorkriegserzeugung erreichten, konnte der Export auf 65% angesetzt werden. Für das Jahr 1948 wurde auch hier die Summe von 50 000 Einheiten für das Inland reserviert, die einen Wert von ca. 20 Mill. Pfund Sterling verkörpert. Auf Grund der Plandaten dieses Weissbuches, das Ende 1947 herausgegeben wurde und der Öffentlichkeit die sofortige Reaktion der Regierung auf die veränderte Entwicklung kundgeben sollte, wurde dann das Wirtschaftsbudget für das Jahr 1948 aufgebaut. Wir wollen daher aus dem neuen Weissbuch nur die Ergänzungen zum vorhergehenden aufzählen⁹¹.

Einleitend wird in der Schrift auf die allgemeine Produktionssteigerung hingewiesen, ebenso auf die Erhöhung des Exportes. Unglücklicherweise sei aber die Erholung in der Ausfuhr nicht schnell genug gewesen, um das berechnete Zahlungsbilanzdefizit von 350 Mill. Pfund Sterling im Jahre 1947 einzuhalten. Die Gold- und Dollarabflüsse hätten auch in den ersten Wochen des Jahres 1948 (das Wirtschaftsjahr beginnt im Frühling) nicht aufgehört. Als Haupt-

90 idem, S. 30.

91 Economic Survey for 1948, S. 5 ff.

aufgabe für 1948 sieht deshalb das Budget die Wiederherstellung des äusseren Gleichgewichtes vor („the restoration of the external stability“) durch die Intensivierung des wirtschaftlichen Verkehrs mit der westlichen Hemisphäre, vor allem mit den Dollarländern. Dann werden noch einmal die Gründe der Zahlungsbilanzkrise aufgeführt:

1. Das Ansteigen der Importpreise um 30%, hauptsächlich der Lebensmittel, infolge schlechter Ernten;
2. Die Beendigung der UNRRA-Lieferungen. Steigerung der Dollarknappheit auf der ganzen Welt;
3. Die Kohlenkrise in England.

Die ernste Situation widerspiegeln sich, wie das Weissbuch weiterhin ausführt, auch im Aussenhandelsprogramm. Der Export wurde auf eine Rate von 140% (1938 = 100) im Juni und auf eine solche von 160% im Dezember 1948 reduziert. Vorsorglicher Weise waren diese Zahlen nur provisorisch festgesetzt worden. Wie das Weissbuch ausführt, wirke sich die Materialknappheit und der verschärfte Exportzwang zweifach aus, indem in einigen Branchen (z. B. Maschinen, Fahrzeuge), der Inlandbedarf derart gross sei, dass weniger als vorgesehen exportiert werden könne; andererseits solle als Ausgleich die Ausfuhr von Textilien aller Art beträchtlich gesteigert werden. Trotzdem führen in den gesteckten Ausfuhrzielen die Fahrzeuge mit 272% des Volumens von 1938, gefolgt von den Maschinen mit 203%, elektrischen Apparaten usw. mit 235% und Geschirren, Glaswaren etc. mit 223%. Die alte Exportindustrie — Textilien — figuriert mit 131% dahinter, woraus der Rückstand dieser Industrie wieder einmal deutlich sichtbar wird. Ganz entscheidend gegenüber der Vorkriegszeit fällt aber mit einem Exportvolumen von nur 39% die Kohle ab. Die angegebenen Zahlen stellen die vorgesehene Monatsrate auf Ende des Jahres 1948 dar. Dieser revidierte Plan sieht ein Gesamt-Exportvolumen von nurmehr 150% anstatt 160% vor, welches Ziel Ende 1948 erreicht werden sollte.

Das wertmässige Exportbudget lautet auf anderthalb Mrd. Pfund Sterling gegenüber 1,125 Mrd. Pfund Sterling im Vorjahr. Davon stellt die Sterlinggruppe einen Anteil von 735, die westliche Hemisphäre einen solchen von 235; die übrigen Länder partizipieren mit 530 Mill. Pfund Sterling. Die Importsomme für 1948 wird gemäss der Entwicklung in den ersten Wochen 1948 auf 1,670 Mill. Pfund Sterling geschätzt (Allerdings stehen auf dem Importplan nur 1,574 Mill. Pfund Sterling), so dass sich zusammen mit einem Defizit von 80 Mill. Pfund Sterling aus den sogenannten „invisibles“ ein Gesamtdefizit von 250 Mill. Pfund Sterling ergeben würde.

Gold- und Dollarreserven

Ein Vergleich mit den Ziffern von 1946 und 1947 (laut Weissbuch 1948) zeigt, dass die gesamten Gold- und Dollarbezüge im Jahre 1946 308 Mill. Pfund Sterling betragen, im Jahre 1947 bereits 1,107 Mrd. Pfund Sterling. Mit Einschluss von Goldgeschenken, hauptsächlich aus Südafrika, und von Bezügen aus dem internationalen Währungsfonds betragen die entsprechenden Ziffern 1948 226, resp. 963 Mill. Pfund Sterling als Nettoverminderung der Reserven Grossbritanniens. Anfangs 1948 bezifferten sich die Währungsreserven Grossbritanniens noch auf insgesamt 680 Mill. Pfund Sterling (inbegriffen das südafrikanische Golddarlehen). In der ersten Hälfte des Jahres sollten Rückzüge im Betrag von 227 Mill. Pfund Sterling gemacht werden. Es war also vorauszusehen, dass, wenn in der zweiten Hälfte von 1948 die Bezüge ebenfalls in diesem Rahmen gehalten werden könnten, sich die Reserven also während des Jahres 1949 völlig erschöpfen müssten.

Um die Reserven möglichst zu schonen, schlägt das Weissbuch vor, die Lebensmittelimporte aus dem Dollar- und anderen Hartwährungsländern weiterhin einzuschränken. Eine stärkere Einschränkung der Kapitalgüter und Rohstoffimporte aus diesen Gebieten würde dagegen die Vollbeschäftigung gefährden. Sie würde auch bedeuten, dass die Investitionsprogramme aufgegeben werden müssten. Von dem auf 9 Mrd. Pfund Sterling geschätzten Volkseinkommen dürften nach dem Plan nur noch 69% für den persönlichen Verbrauch ausgegeben werden gegenüber 70% im Vorjahr. Die Regierungsausgaben sollten von 24 auf 22% sinken.

Kapitalbildung

Für die Kapitalbildung sind in dem fraglichen Weissbuch Nettoinvestitionen von 12% (gegenüber 1947 14%) vorgesehen. Ohne die Ende 1947 gemachten Abstriche in den Investitionsprogrammen hätte die Bruttoinvestitionssumme schätzungsweise die Höhe von 2 Mrd. Pfund Sterling erreicht, davon 1600 Mill. Pfund Sterling in fixem Kapital, was nach eben dem gleichen Weissbuch etwa 20% des Brutto-Nationalproduktes ausmachen würde. Das Weissbuch vergleicht damit den französischen Monnet-Plan und den russischen Fünfjahresplan, die beide 20% übersteigen, ebenso die entsprechenden Ziffern der USA in den Jahren 1924—1928, die ungefähr 25% betragen, und kommt zu dem Schluss, dass die für Grossbritannien errechnete Zahl von ca. 20% nicht übermässig gross sei. Dazu ist zu bemerken, dass sowohl der französische, wie noch mehr der russi-

sche Plan eine recht trügerische Vergleichsgrundlage darstellen, denn beide Pläne basieren ebenfalls auf einer aus dem Gleichgewicht geratenen Wirtschaft und haben bisher ebensowenig oder noch weniger Erfolg aufgewiesen. Unter welchen Verhältnissen dazu noch der russische Plan durchgeführt wird, haben wir gesehen, und diese Tatsachen dürften auch den englischen Planern nicht unbekannt sein. Aber auch der Vergleich mit den USA, also mit einer freien Wirtschaft, muss mit allen Vorbehalten aufgenommen werden, denn im Gegensatz zum heutigen England waren die USA 1924—1928 bereits ein Gläubigerland mit einer aktiven Handels- und Zahlungsbilanz geworden. Zudem befand sich ihre Wirtschaft, vor allem die Industrie, im Stadium einer mächtigen Entwicklung, besaßen doch die USA reiche Rohstoffquellen und hatten schon während der ersten Weltkriegen eine Reihe neuer Industrien (Chemische Industrie usw.) errichtet, die damals dank dem Kapitalreichtum, dem geschützten riesigen Inlandmarkt und den nahen Rohstoffquellen einer fast unbegrenzten Produktionsausdehnung entgegenzusehen.

Das Weissbuch errechnet, dass der jährliche Verschleiss an Kapital Ersatzinvestitionen in Höhe von 900 Mill. Pfund Sterling nötig mache. Dazu kämen noch die bereits erwähnte Reparatur der Kriegsschäden und der Kriegsrückstände in Höhe von 4—4,5 Mrd. Pfund Sterling. Die Reduktion der Bruttoinvestitionen von ursprünglich 1,6 Mrd. Pfund Sterling auf 1,45 Mrd. Pfund Sterling im Jahre 1948 umfasst nur dauerhafte Kapitalgüter⁹² und ist zu den Preisen von 1947 berechnet. Die Investitionsrate soll auf Ende 1948 auf 1,320 Mrd. Pfund Sterling gebracht werden. Die Abstriche, so wird betont, seien aber im öffentlichen Sektor grösser als hier aufgezeigt, könnten jedoch nicht gemessen werden. Die neuen Projekte sollten unter zwei Gesichtspunkten unternommen werden, nämlich: Konzentration der Produktivkräfte auf die Exportindustrie und die Basisindustrie Kohle, Stahl, Elektrizität und Transport. Damit würde das Brutto-Investitionsvolumen wieder annähernd demjenigen des Jahres 1946 angepasst. Zusammen mit den Investitionen in nicht dauerhaften Gütern (Warenlager) sind 1,8 Mrd. Pfund Sterling oder 18% des Nationaleinkommens für diese Ausgaben vorgesehen. Das Nationaleinkommen incl. der ausländischen Hilfe, die 1947 675 Mill. Pfund Sterling betrug (gleich dem Zahlungsbilanzdefizit) wird für 1948 auf 9,250 Mrd. Pfund Sterling angesetzt, wobei die ausländische Hilfe mit nurmehr 250 Mill. Pfund Sterling beziffert ist.

⁹² Capital Investment in 1948, S. 39.

Eine Zusammenstellung der Investitionen für das Jahr 1948 ergibt folgendes Bild:

a) Dauerhafte Kapitalgüter:

Nettoinvestition	720 Mill. Pfund Sterling
Ersatzinvestition	700 Mill. Pfund Sterling
Investitionen brutto:	1 420 Mill. Pfund Sterling

b) Dauerhafte und nichtdauerhafte Kapitalgüter

Nettoinvestition	1 100 Mill. Pfund Sterling
Ersatzinvestition	700 Mill. Pfund Sterling
Investitionen brutto:	1 800 Mill. Pfund Sterling

Daraus ergibt sich, dass 380 Mill. Pfund Sterling, also die Differenz zwischen 1100 und 720 Mill. Pfund Sterling Aufwendungen für nicht dauerhafte Produktionsmittel darstellen. Unklar ist allerdings die Ansetzung der Ersatzinvestitionen auf nur 700 Millionen Pfund Sterling, wo doch im Weissbuch selbst davon gesprochen wird⁹³, dass die Abnützung 900 Mill. Pfund Sterling beanspruche („The annual wear and tear of capital requires at current costs of construction some 900 . million of investment to make it good“). Dazu käme erst noch eine gewisse Jahresquote der kriegsbedingten Rückstände. Nach diesen Zahlen würde dann die tatsächlich notwendige Nettoinvestition 800—900 Mill. Pfund Sterling betragen, je nach der Summe, die den Nachholbedarf aus der Kriegszeit befriedigen müsste.

Wie setzen sich nun die für die Investitionen vorgesehenen Beträge zusammen? Das Wirtschaftsbudget sieht für den Staatshaushalt einen Ueberschuss von 275 Mill. Pfund Sterling vor; 700 Mill. Pfund Sterling sind „Depreciation allowances“, also Rückstellungen für die Abnützung von Anlagekapital. Das private Sparvolumen wird mit 575 Mill. Pfund Sterling eingeschätzt und setzt sich zusammen aus Gewinnrücklagen (Selbstfinanzierung) im Werte von 225 Mill. Pfund Sterling und dem individuellen Sparen von 450 Mill. Pfund Sterling, dem aber eine Reduktion der Steuerreserven von 100 Mill. Pfund Sterling gegenübersteht. Ersatzinvestitionen, Budgetüberschuss und Sparen ergeben eine Summe von 1,55 Mrd. Pfund Sterling. Dies sind die Bruttoinvestitionen Englands im Mutterland und in Uebersee. Da aber die Bruttoinvestitionen im Mutterland mit nur 1,8 Mrd. Pfund Sterling veranschlagt sind, wären die restlichen 250 Mill. Pfund durch Anleihen und Desinvestierungen im Ausland zu decken.

Trotz den Importeinschränkungen und der Bevorzugung des Exportes gegenüber den Investitionen, die das neue Programm für 1948 vorsah, bestanden gleichwohl Unsicherheitsfaktoren, die ihm ge-

⁹³ Economic Survey for 1948, S. 38, Z. 175.

fährlich werden konnten. So führte Stafford Cripps am Gewerkschaftskongress in Margate im September 1948 aus, dass die Durchführung seiner Wirtschaftspolitik ohne amerikanische Hilfe nicht möglich sein werde. Auch die Vollbeschäftigung hänge davon ab, ob genügend exportiert werden könne, um die notwendigen Einfuhren zu sichern. Der Export wiederum sei aber durch eventuelle Preissteigerungen gefährdet. Immer noch habe die Regierung gegen die Inflation zu kämpfen, was vor allem durch ein entsprechendes Staats-Budget geschehen solle. Cripps betonte auch die Unmöglichkeit, weitere Lohnerhöhungen durch Beschneidung der Gewinne der Unternehmer und Geldgeber zu kompensieren.

4. Bemerkungen zur britischen Investitions- politik

In der britischen Investitionspolitik lassen sich zwei Phasen unterscheiden, wovon die eine vom Kriegsende bis Ende 1947 dauert und die andere mit dem Jahre 1948 beginnt. Die erste Periode ist charakterisiert durch die Voranstellung der Kapitalbildungsprogramme, der allgemeinen Umdisponierung und Neuorganisation der Produktion überhaupt (Im Zusammenhang mit den Verstaatlichungsaktionen der Kohlenindustrie und des Transportwesens); die zweite Periode nach der entscheidenden Wendung im Jahre 1947 ist gekennzeichnet durch die Anpassung der Investitionstätigkeit an die wirtschaftlichen Möglichkeiten, insbesondere deren Einordnung in die allgemeine Wirtschaftspolitik, die ihrerseits vor allem durch den Aussenhandel und den Zahlungsverkehr bestimmt wurde, wobei die verantwortlichen Stellen die Kursänderung durch die internationalen Lebensmittel- und Rohstoffpreiserhöhungen, durch die Kohlenkrise im Winter 1947 und durch die schnelle Erschöpfung der Währungsreserven während 1947 begründeten.

Eine Reihe prominenter Fachleute hat allerdings schon im Laufe der ersten Periode darauf hingewiesen, dass der Gesamtplan den wirtschaftlichen Realitäten nicht Rechnung trage, weil die Investitionen zu hoch beziffert seien. Die Entwicklung hat ihnen Recht gegeben, denn die erwähnten Ereignisse haben nur eine Situation verschärft, die sich schon zu Beginn der Planwirtschaftsperiode herauszubilden begann. Auch die Auslandsdarlehen hätten bei der übersetzten Investitionsrate ein Abgleiten des Lebensstandards nicht verhüten können.

Wir haben weiter oben ausgeführt, dass für die Bezahlung einer der Vorkriegszeit entsprechenden Wareneinfuhr und der infolge der Investitionen erhöhten Rohstoffeinfuhr, sowie für die Wiederinstand-

stellung der Kriegsschäden unter Berücksichtigung der inzwischen erfolgten Bevölkerungszunahme eine Erhöhung des Exportvolumens von 75% gegenüber 1938 nötig gewesen wäre. In den Wirtschaftsplänen war jedoch nur eine Ausfuhr von 100—130% (1938 = 100) vorgesehen. 1946 wurde die Vorkriegsmenge erreicht, 1947 kam auf 108% und für 1948 wurde ein Volumen von 130% angesetzt. 175% würden bei den für 1948 errechneten Preisen einen Exportertrag von ca. 2 Mrd. Pfund Sterling ergeben und somit eine ausgeglichene Zahlungsbilanz ermöglichen. Wenn wir von diesem Betrag die Dollarhilfe, aufgeteilt in vier Jahre, abziehen, also ca. 375 Mill. Pfund Sterling, so müsste noch für 1625 Mill. Pfund Sterling exportiert werden. Es fragt sich nun, ob es irgendwie möglich gewesen wäre, diese Exportziffer zu erreichen. Zweifellos wäre eine Herabsetzung der Konsumtion gegenüber dem Vorkriegsniveau nicht zu umgehen gewesen. Wenn jedoch die Investitionssumme, die vom Nationaleinkommen abgezweigt wurde, auf ca. 700 Mill. Pfund Sterling belassen worden wäre, wie es 1946 der Fall war und auch im Bereich der verfügbaren Ersparnisse lag⁹⁴, (Die privaten Ersparnisse betragen 1946 780, 1947 nur noch 605 Mill. Pfund Sterling), so hätten einmal Produktionsmittel im Werte von rund 400 Mill. Pfund Sterling für die Steigerung des Exportes eingesetzt werden können, zum zweiten hätten aber auch beim Import Güter, die für die Investitionen unerlässlich sind, eingespart werden können. Allerdings darf nicht erwartet werden, dass eine Einsparung von 400 Mill. Pfund Sterling ohne weiteres eine Erhöhung des Exportes um die gleiche Summe ermöglicht hätte. Erstens müssten diese Summen in die Exportindustrie geleitet werden, und dort hängt es wiederum von den verfügbaren Räumen, Arbeitskräften und evtl. auch Rohstoffen ab, ob die Produktion entsprechend hätte gesteigert werden können. Es ist ferner nicht anzunehmen, dass durch die Unterlassung dieser Investitionen Arbeitslosigkeit entstanden wäre; denn auch heute noch herrscht in vielen Industrien ein Mangel an Arbeitskräften. Bei anderen war die Beschäftigung höchstens mangels genügender Rohstoffzufuhren in Frage gestellt, die eben durch die freiwerdenden Mittel hätten eingeführt werden können. Durch die Steigerung der Investitionsrate um diese 400 Mill. Pfund Sterling hat also die Regierung einerseits Produktionskräfte gebunden, die der Exportintensivierung hätten dienen können, und andererseits Importe verursacht, die entweder zwecks Verminderung des Handelsdefizites hätten unterlassen werden können oder aber zur Deckung des Konsumbedarfes und Abtragung des Kaufkraftüberhangs zur Verfügung gestanden wären.

94 F. v. Hayek: „Probleme und Schwierigkeiten . . .“, S. 564.

So aber schuf sie wiederum unmittelbares Einkommen, erhöhte also die Konsumgüternachfrage und half, die für England so gefährliche Spanne zwischen „Säen“ und „Ernten“, d. h. zwischen der Bindung von Produktionskräften einerseits und der Erhöhung der für den Konsum oder den Export zur Verfügung stehenden Gütermengen andererseits zu verschärfen. Unter diesen Umständen wiegt die Reduktion der Investitionen in dauerhaften Kapitalgütern um nur 180 Mill. Pfund Sterling, die das revidierte Programm vorsah und mit der die 2. Phase der Investitionspolitik eingeleitet wurde, nicht mehr besonders schwer. Aber das neue Programm war bereits mit der Hypothek begonnener Projekte belastet und konnte deshalb die Investitionsrate nur allmählich senken.

Der zu grosse Optimismus in Bezug auf die Ueberlegenheit der Planung, das Unvermögen, resp. die Unmöglichkeit, die internationale Wirtschaftsentwicklung richtig abzuschätzen, und das Festhalten an doktrinären Richtlinien, wie sie im Gefolge der Verstaatlichungen auftraten, sind kausal verantwortlich für folgende Irrtümer:

- a) Die Investitionen waren in ihrer Gesamtheit zu hoch. Sie überschritten das Mass, das
 1. die Volkswirtschaft durch Konsumeinsparungen zur Verfügung stellen konnte; sie verschärften so den Inflationsdruck.
 2. durch die Begrenztheit der eigenen Währungsreserven und den Umfang der Auslandkredite unmissen war, und gefährdeten so die Aufrechterhaltung des Importes.
- b) Die Verteilung der Investitionen auf die verschiedenen Produktionszweige widersprach den Erfordernissen der aktuellen Wirtschaftslage. Es bestanden zuviele langfristige Projekte, welche Produktionskräfte banden, ohne in absehbarer Zeit einen positiven Beitrag an den Konsum oder Export zu leisten. Dadurch wurde
 1. eine rasche Erhöhung der Konsumversorgung verunmöglicht,
 2. eine Erhöhung des Exportes verhindert, was den Ausgleich der Handelsbilanz erlaubt hätte.
- c) Die Anstrengungen und der Aufwand zur Vermehrung des Kapitals als Mittel der Produktionserhöhung waren nicht in gleichem Masse begleitet von einer Erhöhung der individuellen Arbeitsleistung, die nur zum Teil durch eine Vermehrung der Zahl der Arbeitenden wettgemacht werden konnte. Aus diesem Grunde war
 1. zur Erzielung eines bestimmten Produktionsvolumens der Kapitaleinsatz höher als berechnet,
 2. wurde der Mangel an Arbeitern in wichtigen Industrien (Kohlenindustrie) verschärft und damit der reibungslose Produktionsfluss gefährdet.

Es ist unumstössliche Tatsache, dass die Konzeptionen der britischen Planwirtschaft nicht hätten aufrecht erhalten werden können, und unter Umständen die gesamte Wirtschaftspolitik zusammengebrochen wäre, wenn die Vereinigten Staaten von Amerika nicht ihr umfassendes Hilfsprogramm, den „Marshall-Plan“ ins Leben gerufen hätten. Dank dieser Hilfe erhielt Grossbritannien in den ersten 6 Monaten des Programms — nämlich vom 3. April bis 30. September 1948 — 447,9 Millionen Dollar. Bis zum 28. März 1949 erhöhte sich diese Summe auf 1,25 Milliarden Dollar, dies entspricht rund einem Viertel der gesamten Marshallhilfe an die 16 europäischen Nutzniesser-Länder. 412,5 Millionen Dollar sind Bezüge an Rohstoffen und Halbfabrikaten⁹⁵.

Die Marshallplan-Hilfe hat es der englischen Labourregierung wesentlich erleichtert, ihre Wirtschaftsziele beizubehalten und den einmal begonnenen Weg weiterzuverfolgen. Sie ermöglichte ihr insbesondere auch das Wagnis, in einer derart angespannten Wirtschaftslage mit der Verstaatlichung der Schlüsselindustrie, auf welches Thema wir kurz kommen wollen, weiterzufahren.

5. Streiflicht in die Verstaatlichung

Die Betrachtung der englischen Nachkriegs-Investitionspolitik wäre unvollständig, ohne einen Blick auf die Verstaatlichungskampagne zu werfen, die das Labourregime zur gleichen Zeit begonnen hat. Damit wurde der britischen Wirtschaft der Stempel der absoluten sozialistischen Planwirtschaft, nämlich der zentralgeleiteten Wirtschaft mit Gemeineigentum an den wichtigsten Produktionsgütern, aufgeprägt. Auf Grund der 1945 geschaffenen Gesetze wurden folgende Wirtschaftszweige verstaatlicht:

- Bank von England (1946),
- Zivilluftfahrt (1946),
- Kohlenindustrie (1947),
- Ueberseeische Telegraphie (1947),
- Elektrizitätsverteilung (1948),
- Elektrizitätsproduktion (1948),
- Transportwesen (1948),
- Gasindustrie (1948);
- geplant: Stahlindustrie (1950).

Die Kohlenindustrie, das Transport- und das Elektrizitätswesen, um die drei wichtigsten Zweige zu nennen, weisen zusammen ein investiertes Kapital von ca. 2800 Millionen Pfund Sterling auf⁹⁶.

⁹⁵ N. Z. Z. No. 752, 1949.

⁹⁶ Angaben aus: „Das britische Verstaatlichungsexperiment“, Sonderdruck der N. Z. Z. 1950, S. 9.

Projektiert war ferner noch die Verstaatlichung der Eisen- und Stahlindustrie, eine Massnahme, die sehr umstritten ist, greift sie doch über die Sozialisierung sogenannter „Public utilities“ und Unternehmen der Rohstoffgewinnung hinaus auf die verarbeitende Industrie, die sehr stark mit der übrigen Privatwirtschaft verflochten ist.

Als Folge der Verstaatlichung entstanden nun einige mächtige Unternehmen, „Mammutgebilde der Wirtschaft“. Damit erhebt sich das Problem der Organisation derartiger Unternehmen, das wohl nie befriedigend gelöst werden kann, denn die Ueberdimensioniertheit verunmöglicht eine genügende Uebersicht. Deshalb ist die Gefahr der Bureaukratisierung, des Aufbaues einer „endlosen Hierarchie“ und der Schwerfälligkeit bereits gegeben. Es ist nicht anzunehmen, dass die Behörden diesen Folgen durch „sowjetrussische“ Massnahmen zu begegnen versuchen, unter welchem Regime Fehler in der Disposition mit Zwangsarbeit u. ä. geahndet werden. Abgesehen davon, dass auch solche Mittel nicht helfen und nur den „Verschleiss“ an Direktoren fördern! Der nicht eingespielte, stark verästelte und komplizierte Apparat behindert freie, rasche Entschlüsse in grossem Masse, führt zu Unsicherheit, Angst vor Kompetenzanmassung, zu Interesselosigkeit und wertlosen, weil verklausulierten Entscheidungen. Dies ist nicht zuletzt eine Folge der Erweiterung der führenden Organe. Zu den Betriebsleitern, die sich vielfach aus den ehemaligen Besitzern und Direktoren rekrutieren, gesellen sich nun Ausschüsse, Kommissionen, Ressortchefs usw. aller Art, die jeder auf seine Weise in das Leben eines solchen Staatsbetriebes eingreifen.

Mit der Verstaatlichung wurde zugleich der Gedanke des staatlichen Monopols verwirklicht und der Konsument sieht sich nun einem mächtigen Staatstrust gegenübergestellt, wo früher immerhin mehrere Unternehmen miteinander in Konkurrenz gestanden haben. In gewissen Industrien wiederum wurde der vorher so verschrieene kapitalistische Monopolismus einfach durch den des Staates ersetzt. „Der Grund dafür, dass das Labourregime bei seiner Verstaatlichungspolitik die Bildung von Staatsmonopolen gewissermassen zum Prinzip machte, dürfte zum grossen Teil der planwirtschaftlichen Grundkonzeption ihrer Befürworter zuzuschreiben sein.

.. Dazu kommt, dass das Labourregime mit der Verstaatlichung direkt die zentrale Planung auf den betreffenden Wirtschaftssektoren anstrebe, deren volle Verwirklichung erst durch eine Verbindung von staatlichem Eigentum und staatlichem Monopol gesichert erscheint“, so schreibt die NZZ⁹⁷.

⁹⁷ idem, S. 26/7.

Im Zuge der Verstaatlichung fand naturgemäss auch ein Ausbau des Mitspracherechts der Arbeitnehmerschaft statt. Es wurden sogenannte Konsultativkommissionen errichtet, die im Sinne eines Beratungskörpers wirken sollten. Gewerkschaftler wurden in die Leitung der Betriebe gewählt und erhielten vor allem das Personal- und Wohlfahrtswesen zugeteilt. Gleichzeitig wurden alte Forderungen der Arbeiter verwirklicht, wie z. B. in der Kohlenindustrie die Fünftagewoche, garantierte Ferien und höhere Löhne. Das alles zu einer Zeit, in der Arbeitermangel und Kohlenknappheit herrschte! Es darf einen schon aus diesem Grunde nicht verwundern, dass der erste Jahresabschluss der nationalisierten Kohlenindustrie ein Defizit von 23 Millionen Pfund Sterling melden musste. Aehnliche Erfahrungen wurden zur selben Zeit auch in Frankreich gemacht. Dazu kommt noch, dass bei der Verteilung der Investitionsgelder auf die einzelnen Wirtschaftszweige die nationalen Unternehmen bevorzugt worden sind. Die Defizite, die ein privates Unternehmen über kurz oder lang zu einer gründlichen Ueberprüfung seiner Finanzstruktur, seines Kostenniveaus und seiner Organisation gezwungen hätten, werden bei den Staatsbetrieben auf die Gemeinschaft, also den Steuerzahler, überwältigt, der schon als Konsument durch die Monopolstellung des Staates bedroht ist. Grössere Defizite der Staatsunternehmen können dazu führen, dass künftig nicht nur der Produktions-, sondern auch noch der Finanzminister eine gewisse Kontrolle ausüben will, wodurch der Verwaltungsapparat nur noch mehr aufgebläht würde.

Es muss auf der anderen Seite erwähnt werden, dass die Produktion auch in den verstaatlichten Betrieben gestiegen ist und sowohl die Gesamtleistung wie auch die Leistung pro Arbeiter im allgemeinen eine Aufwärtsbewegung verzeichnen konnte. Heute schon ein abschliessendes Urteil über die Verstaatlichung in Grossbritannien zu fällen, wäre verfrüht, denn die Anpassungsschwierigkeiten aller Art sind so gross, die Auswirkungen auch auf andere Gebiete — denken wir nur an die parlamentarische Kontrolle — so bedeutend, dass erst noch einige Jahresergebnisse abgewartet werden müssen.

Im Zusammenhang mit der Investitionspolitik darf man als sicher annehmen, dass die Verstaatlichungen sich ganz entschieden in der Richtung eines Festhaltens an der zentralen Planung und eines Aufblähens des Investitionsvolumens auswirken! Um den Fortschrittsgeist und andere Vorteile der Verstaatlichung gegenüber dem alten Regime unter Beweis zu stellen, werden natürlich solchen Industrien möglichst moderne und grosszügige Neuausstattungen zugebilligt.

Schlussbetrachtungen

In der Einleitung zu dieser Arbeit haben wir gesagt, dass es hier vor allem um die Frage gehe, ob im Gegensatz zur marktwirtschaftlichen Ordnung die zentralgeleitete Planwirtschaft besser in der Lage sei, eine gleichgewichtsgestörte Volkswirtschaft durch die Lenkung und Planung der Investitionstätigkeit wieder ins Gleichgewicht zurückzuführen. Selbstverständlich stellt der Griff auf die Kapitalbildung und die Einkommensverwendung des Volkseinkommens nicht die einzige Massnahme der Planwirtschaft dar, sie ist vielmehr ein Glied einer langen Kette von Planungsaktionen wie z. B. Ueberwachung und Steuerung des Aussenhandels, Zinsfusstabilisierung, hohe Besteuerung der Privat- und Unternehmungseinkommen, Rationierung, Kontingentierung usw. usw. Nun gibt es aber kaum einen weittragenderen Eingriff in das wirtschaftliche System eines Volkes als der in die Kapitalbildung. Selbst wenn es zutrifft, dass eine erhebliche Vermehrung des Produktivkapitals zur Wiedergewinnung des wirtschaftlichen Gleichgewichts notwendig ist, so spielen doch auch die hiezu verwendeten Mittel eine Rolle. Lassen wir uns nicht täuschen durch die Tatsache, dass es der Planwirtschaft meistens gelang, die Produktionsmengen überall dort zu heben, wo namhafte Investitionen gemacht worden sind! Jeder in diesen Dingen einigermaßen Bewanderte weiss, dass damit über die Produktivität des gesamten Wirtschaftskörpers nichts ausgesagt wird, und dass erst zu untersuchen ist, ob dadurch die Produktivität wirklich gehoben und nicht etwa beeinträchtigt worden ist. Wie das englische Beispiel zeigt, ist letzterer Fall möglich. Vollends widersinnig wäre es, die Notwendigkeit einer solchen Lenkung damit begründen zu wollen, dass in Folge von Inflation, Zahlungsbilanzkrise und anderen Erscheinungen des wirtschaftlichen Ungleichgewichts eine natürliche Steuerung der Volkswirtschaft ja doch wirkungslos wäre! Diese Symptome lassen sich im Gegenteil oft auf die Ausschaltung der fundamentalen marktwirtschaftlichen Funktionen zurückzuführen.

Man kann sich nun fragen, wieso gerade die Investitionslenkung ein derart unsicheres Instrument der Planwirtschaft darstellt, wo doch andererseits die statistischen und wirtschaftstheoretischen Erkenntnisse eine rasche und gute Kontrolle der Wirtschaft erlauben. Die Erklärung hiezu können wir uns geben, wenn wir uns an die im I. Abschnitt dieser Arbeit behandelten Probleme erinnern, wenn wir uns vergegenwärtigen, wie komplex in Wirklichkeit die Zusam-

menbänge zwischen Sparen, Investieren und der daraus hervorgehenden Kapitalbildung bezw. Kapitalfehlleitung sind. Diese sind derart im ganzen Wirtschaftsleben verflochten, dass sich an ihnen gleichsam die Empfindlichkeit, Krisenanfälligkeit unserer arbeitsteiligen, hochspezialisierten und durch grosse Produktionswege charakterisierten Wirtschaft kristallisiert.

Obwohl wir uns auf die Darstellung dreier wesentlicher Richtungen der theoretischen Durchdringung des Investitions- und Kapitalbildungsproblems beschränken, zeigen schon diese Ausführungen, dass unser Thema tatsächlich ein Kernproblem des Wirtschaftens berührt. Als solches bietet es heute noch grosse Schwierigkeiten, sich gewissermassen als geschlossene Theorie behandeln zu lassen. Die Koexistenz verschiedener wissenschaftlicher Erklärungen der Zusammenhänge in der Kapitalbildung bedeutet nun zunächst vielleicht eine Verwirrung für den, der eine eindeutige Lösung erwartet. Unsere Darstellungen im theoretischen Teil lassen jedoch erkennen, dass die Ursachen hiezu sowohl in der verschiedenartigsten Betrachtung des Gesamtproblems wie auch in der unterschiedlichen Begriffsbildung durch den Autoren liegen. Denken wir an die Konzeption Keynes' als Beispiel zum ersten Fall, oder an die Auffassung vom Kapital der anglo-amerikanischen Theorien einerseits, der oesterreichischen andererseits, als Illustration zum zweiten Fall.

Betrachten wir unter diesem Aspekt das Unterfangen der Planwirtschaftler, im Reiche der Kapitalbildung die Lösung ihrer Probleme zu suchen, so darf a priori gesagt werden, dass sie sich damit eine äusserst heikle Aufgabe gestellt haben.

Es ist zwar ohne weiteres klar, dass die Planwirtschaft auch dem Phänomen der Investition alle Aufmerksamkeit schenken musste. Tatsache ist, dass sie das auf eine Art und Weise getan hat, die beiden nicht gut bekommen ist. Dadurch, dass Umfang und Art der Investitionen weitgehend nach einem Plan festgelegt worden sind, stellten sich eine Reihe von Problemen, deren Lösung oder Lösungsversuche doch einiges über die Funktionsfähigkeit der Planwirtschaft auszusagen vermögen. Die Betrachtung der englischen Wirtschaftspolitik in den Jahren 1945, 1946 und 1947, die wir als die unmittelbaren Nachkriegsjahre bezeichnet haben, gab uns hiezu einige nützliche Hinweise. In einer Situation des wirtschaftlichen Ungleichgewichtes, gekennzeichnet durch einen ausserordentlich starken Ueberhang der Kaufkraft über die Produktion, einen grossen Nachholbedarf auf dem Gebiet der Kapitalinvestition und eine Verschiebung der aussenwirtschaftlichen Struktur hat die Planwirtschaft infolge ihrer einseitigen Bevorzugung der Investition in einem Mass, das der aktuellen Tragfähigkeit des Wirtschaftskörpers nicht entsprach, die

Spannungen eher noch verschärft und die Gesundung hinausgezögert. Sie hat in vielen Beziehungen an massiven Fundamenten herumbgebaut, wo die Erstellung leichterer, aber benutzbarer Bauten notwendiger gewesen wäre: Wie wir gesehen haben, zeigte die Planung Mängel sowohl in der Abstimmung der lang auf die kurzfristigen Investitionen, in der Festsetzung der Gesamtquote der Investitionen im Hinblick auf die Bedürfnisse des Konsums und vor allem des Exportes und Importes infolge der prekären Lage der Währungsreserven. Anders ausgedrückt: die Blickrichtung galt vornehmlich den langfristigen, strukturellen Bedürfnissen, unterschätzte dabei aber die Bedeutung der kurzfristigeren Bedürfnisse, welche aus den konjunkturellen Gegebenheiten heraus entständen sind. Die reichlich fliessenden Hilfsmittel der Vereinigten Staaten (Dollaranleihe und Marshallplanhilfe), sowie anderer Länder, und die Umdisponierung im Investitionsplan nach dem Jahre 1947 vermochten das Schlimmste zwar abzuwenden, gleichwohl war nützliche Zeit verloren gegangen. Die steigenden Produktionsziffern, von denen die Regierung eine rasche Besserung der Währungslage erhofft hatte, zeigten den erwarteten Erfolg nicht, wenigstens nicht in einem entscheidenden Ausmass, so dass für den Staat die Heranziehung fremder Mittel zur Deckung des Investitionsbedarfes eine erhebliche Belastung seiner Zahlungsbilanz bedeutet.

Der Rückblick auf das sozialistische Planwirtschaftsexperiment Englands lehrt uns deshalb eindringlich, dass die Investitionslenkung das wirtschaftliche Gleichgewicht nicht herbeizuführen vermag, denn es ist nicht möglich, bei Ausschaltung der marktwirtschaftlichen Bewegungsfreiheit die nationale Investitionstätigkeit so zu steuern, dass nicht einfach andere Wunden — sei es im staatlichen Währungsfonds und in der Goldreserve — geschlagen werden. Wohl können Erfolge verzeichnet werden, England konnte ja auch ständig steigende Produktionsziffern melden, aber es sind eben nur Teilerfolge; und die konjunkturellen Entwicklungen auf dem Weltmarkt, denen sich kein Land entziehen kann, haben sich stets als stärker erwiesen. Planung kann eben nicht noch alle Entwicklungsmöglichkeiten berücksichtigen, kann den Konjunkturverlauf nicht vorwegnehmen, weshalb sie immer an die Gegenwart gebunden bleiben. Englands Planwirtschaftsexperiment, obwohl hinter im Theoretiker und Praktiker von Ruf gestanden sind, erhärtet diese Tatsache. Die Zahlungsbilanz ist schliesslich der unbestechliche Masstab, an dem der wirkliche Erfolg der englischen Planwirtschaft gemessen werden muss.

Keine wirtschaftliche Handlung des Individuums unterliegt so sehr auch irrationalen Entscheidungen wie freiwilliges Sparen und Inve-

stieren, da sie notwendigerweise an grössere Zeitabschnitte, Jahre, Jahrzehnte gebunden sind. Das freiwillige Sparen aber ist die Hauptader der Kapitalbildung, die jedoch absterben muss, wenn die Entscheidung über die Verwendung der freigewordenen Mittel dem Einzelnen genommen wird, und wenn sich erst noch erweist, dass der erhoffte Erfolg ausbleibt. Sie muss auch absterben, wenn der Staat über das Mass des Notwendigen hinaus dem Einzelnen die Möglichkeit zum Sparen nimmt. Inflationäre Erscheinungen, Goldhortung durch den Einzelnen sind die Folgen, welche die Kapitalbildung insbesondere und das Wirtschaftsleben überhaupt heeinträchtigen. Planwirtschaft, das zeigt die Wirklichkeit, ist Feind der freiwilligen Spartätigkeit, auf welche aber jene Investitionstätigkeit aufbaut, die als einzige das Gleichgewicht der Wirtschaft nicht stört und somit zur besten und dauerhaftesten Kapitalbildung führt. Planwirtschaft unterbindet zudem die freie Investitionstätigkeit, die integrierender Bestandteil der Freiheit des Wirtschaftens ist und es in einem freiheitlichen Staat auch bleiben muss.

Literaturverzeichnis

- Amonn Alfred, „Volkswirtschaftliche Grundbegriffe und Grundprobleme“, Bern 1944.
- Bazlen O., „Kann zuviel gespart werden?“, Stuttgart 1935.
- Beveridge William H., „Planning under Socialism' and other addresses“, London 1938.
- British Government, „Economic Survey for 1947“, London 1946.
„Economic Survey for 1948“, London 1947.
„Capital Investment in 1948“, London 1947.
- British Information Service, „Britain's Wage Problems“ in: Labour and Industry in Britain, London 1946.
- Brutzkus Boris, „Economic Planning in Soviet Russia“, London 1935.
- Donner O., „Geld und Konjunktur“, Berlin 1934.
- Eucken Walter, „Kapitaltheoretische Untersuchungen“, Jena 1934.
- Fisher A., „Some lessons of the War“ in: Full Employment and State Control, London 1945.
- Foster u. Catchings, „Vom Sinn und Widersinn des Sparens“ (deutsche Uebersetzung), Wien 1931.
- Gross Herbert, „Das Gesicht der Weltwirtschaft“, Hamburg 1947.
- Gürgán Ihsan, „Contribution à l'étude du Capital et de sa formation en économie politique“ (Thèse), Neuchâtel 1947.
- Haberler Gottfried, „Prosperität und Depression“ (deutsche Uebers.), Bern 1948.
- Hahn Albert, „Ist Sparen eine Tugend oder ein Laster?“ Separatdruck der N. N. Z. (1381, 1385, 1391).
- von Hayek F., „The Pure Theory of Capital“, London 1941.
„Profits, interest and investment“, London 1939.
„Preise und Produktion“, Wien 1931.
„Der Weg zur Knechtschaft“ (deutsche Uebers.), Erlenbach-Zürich 1945.
„Gibt es einen Widersinn des Sparens“, Wien 1931.
„Collectivist Economic Planning“ (mit Beiträgen von Pierson, von Mises, Halm und Barone), London 1938.
„Probleme und Schwierigkeiten der englischen Wirtschaft“ in: Schweiz. Monatshefte No. 9, Zürich 1947.
- Hicks J. R., „The Social Framework“, Oxford 1942.
- Jevons Stanley, „Full Employment and State Control“, London 1945.
- Jöhr Walter A., „Ist ein freiheitlicher Sozialismus möglich?“, Bern 1948.
- Kahn Alfred, „The British Balance of Payments and Problems of Domestic Policy“ in: Quarterly Journal of Economics No. 3 1947.
- „Konkurrenz und Planwirtschaft“
Mit Beiträgen von A. Amonn, H. G. Bieri, W. A. Jöhr, E. Bongras, E. Küng, H. Böhi, H. Dütschler und J. Walter, Bern 1946.
- Keynes John M., „Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes“, (deutsche Uebers.), München und Leipzig 1933.
- Kravchenko V., „Ich wähle die Freiheit“ (deutsche Uebers.), Zürich 1947.
- Küng Emil, „Zahlungsbilanzausgleich und Inflationsdruck“ in: Aussenwirtschaft, Heft IV, 1947.

- Lederer Emil, „Planwirtschaft“, Tübingen 1932.
- Lerner Abba P., „The Economic of Control“, New York 1944.
- Marschak und Lederer, „Kapitalbildung“, London 1936.
- Pirou Gaetan, „Economie libérale et économie dirigée“, Paris 1946.
- Polanyi M., „Full Employment and Free Trade“, Cambridge 1945.
 „U. S. S. R. Economics“, Manchester 1936.
- Röpke Wilhelm, „Gesellschaftskrisis der Gegenwart“, Erlenbach-Zürich 1942.
 „Die Lehre von der Wirtschaft“, Erlenbach-Zürich 1946.
 „Internationale Ordnung“, Erlenbach-Zürich 1945.
 „Theorie der Kapitalbildung“, Tübingen 1929.
 „Europäische Bilanz des Kollektivismus“, in: „Schweiz. Monatshefte, Heft 6, 1947.
- Rueff J., „Fallacies of Lord Keynes General Theory“, in: Quarterly Journal of Economics No. 3, 1947.
- Schiff Erich, „Kapitalbildung und Kapitalaufzehrung im Konjunkturverlauf“, Wien 1933.
- Zeitungen: Neue Zürcher Zeitung,
 No. 1273, 1735, 1385 etc. 1948
 752 etc. 1949
 Separatdruck „Das britische Verstaatlichungsexperiment“ 1950.